

THE PENNSYLVANIA STATE UNIVERSITY
SCHREYER HONORS COLLEGE

DEPARTMENT OF GERMANIC AND SLAVIC LANGUAGES AND LITERATURES

ISLAMKUNDE IN NORDRHEIN-WESTFALEN:
MITTEL ZUR INTEGRATION ODER QUELLE DER UNEINIGKEIT?

ERIN M. COLLINS
Fall 2011

A thesis
submitted in partial fulfillment
of the requirements
for baccalaureate degrees
in German, French and Francophone Studies, and International Studies
with honors in German

Reviewed and approved* by the following:

Martina Kolb
Assistant Professor of German and Comparative Literature
Thesis Supervisor / Honors Adviser

Ursula Bettina Brandt
Lecturer in German
Faculty Reader

* Signatures are on file in the Schreyer Honors College.

ZUSAMMENFASSUNG

Religionsunterricht ist in den deutschen staatlichen Schulen ein ordentliches Lehrfach (Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland VII, 3). Religionsunterricht wird an Schulen in Nordrhein-Westfalen erteilt, wo mindestens 12 Schüler der entsprechenden Konfession angehören (Schulgesetz NRW III, 31, 1). Muslime, die in Deutschland leben, werden bis jetzt nicht als eine Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes anerkannt. Deswegen haben sie nicht das Recht auf Religionsunterricht, wobei die türkisch-alevitische Minderheit eine wichtige Ausnahme darstellt (Kaplan 2008). Im Jahr 1999 hat Nordrhein-Westfalen den Schulversuch „Islamkunde“ als eine Art Übergangslösung eingeführt. Sie unterscheidet sich vom Religionsunterricht, indem sie die Grundlagen des entsprechenden Bekenntnisses auf eine sachliche, anstatt auf konfessionelle Weise vermittelt (Ucar 2007). Die Akzeptanz dieses Übergangslehrfachs bei den Muslimen wurde mehrmals untersucht (Kiefer 2005). Im Gegensatz zu diesen Untersuchungen versucht meine Studie die folgende Frage zu beantworten: Was sind die soziologisch-politischen Ziele des Schulversuchs und werden diese Ziele erreicht? Ich habe Gespräche geführt mit Politikern, Beamten, Vertretern der Islamischen Gesellschaften und der Kirchen, mit Schulleitern und Lehrern an zwei Schulen, welche an dem Schulversuch teilgenommen haben, und an einer Schule, die nicht teilnahm. Ich habe Fragebögen an muslimische und nicht-muslimische Viertklässler, die diese Schulen besuchten, und ihre Eltern verteilt. Die Absicht dieser Studie ist es die verschiedenen Erwartungen, die Gesellschaftsmitglieder zu diesem Schulversuch haben, und wie diese Erwartungen die Akzeptanz des Schulversuchs beeinflussen hervorzuheben. Die Ergebnisse dieser Studie werden eine besser informierte, öffentliche Diskussion dieses kontroversen Themas fördern.

INHALTSVERZEICHNIS

<u>EINLEITUNG UND FRAGESTELLUNG</u>	1
1. <u>Einleitung</u>	2
a. Historischer Überblick über den Religionsunterrichts in Deutschland	9
i. <i>Religionsunterricht in Deutschland</i>	9
ii. <i>Eine „vorübergehende“ religiöse Minderheit</i>	13
iii. <i>Das Integrationsproblem</i>	14
iv. <i>Islamkunde in deutscher Sprache</i>	15
b. Leitkultur und Grundgesetzpatriotismus	16
i. <i>Das Problem der deutschen Identität</i>	17
ii. <i>Die Leitkulturdebatte</i>	18
iii. <i>Verfassungspatriotismus</i>	20
2. <u>Fragestellung und Methodologie</u>	21
a. Fragestellung	21
b. Erklärung der Methodologie	21
<u>DURCHFÜHRUNG DER STUDIE UND IHRE ERGEBNISSE</u>	24
3. <u>Politische Parteien und die Regierung</u>	24
a. Das Nordrhein-Westfälische politische System	24
b. Islamkunde im Laufe der Koalitionen	26
i. <i>Die Rot-Grün Koalition (1995-2005)</i>	26
ii. <i>Die Schwarz-Gelb Koalition (2005-?)</i>	27
c. Parteipositionen hinsichtlich der Islamkunde	31
i. <i>CDU</i>	31
ii. <i>SPD</i>	33
iii. <i>FDP</i>	34
iv. <i>Bündnis 90/Die Grünen</i>	35
v. <i>Die Linke</i>	37
d. Schulministerium und Islamkunde	38
i. <i>Einführung des Schulversuchs Islamkunde in Nordrhein-Westfalen</i>	38
ii. <i>Ziele des Schulversuchs Islamkunde</i>	39
iii. <i>Bewertungen des Schulversuchs Islamkunde</i>	41
iv. <i>Herausforderungen und Versuche der Überwindung</i>	42
e. Diskussion	46
4. <u>Die Religionsgemeinschaften</u>	47
a. Positionen der Islamischen Verbände hinsichtlich der Islamkunde	49
i. <i>DITIB</i>	49
ii. <i>VIKZ</i>	52
iii. <i>Zentralrat der Muslime in Deutschland</i>	56
iv. <i>Islamrat</i>	58
b. Die Christliche Kirchen und Islamkunde	62
i. <i>Die Evangelische Kirche</i>	62
ii. <i>Die Katholische Kirche</i>	66

c. Diskussion	67
5. <u>Grundschullehrer, Schüler und Eltern</u>	68
a. Die Methode	70
b. Schule A	73
i. Lehrer	73
ii. Viertklässler	77
iii. Eltern der Viertklässler	79
c. Schule B	83
i. Lehrer	83
ii. Viertklässler	89
iii. Eltern der Viertklässler	90
d. Schule C	92
i. Lehrer	93
ii. Viertklässler	94
iii. Eltern der Viertklässler	95
e. Diskussion	96
<u>SCHLUSSFOLGERUNG UND ZUKÜNFTIGE FORSCHUNGSMÖGLICHKEITEN</u>	101
6. <u>Ergebnisse</u>	101
a. Islamkunde als ein Integrationsmittel	101
b. Akzeptanz des Islamkundeunterrichts	107
7. <u>Zukünftige Entwicklungen und Forschung</u>	111
a. Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen seit dem Ende der Studie	111
b. Zukünftige Forschungsmöglichkeiten	114
<u>ANHANG</u>	116
<u>BIBLIOGRAPHIE</u>	120

EINLEITUNG UND FRAGESTELLUNG

Religionsunterricht ist in den deutschen staatlichen Schulen ein ordentliches Lehrfach.¹ Religionsunterricht wird an Schulen in Nordrhein-Westfalen erteilt, wo mindestens 12 Schüler den entsprechenden Konfession angehören.² Muslime, die in Deutschland leben, werden bis jetzt nicht als eine Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes anerkannt. Deswegen haben sie nicht das Recht auf Religionsunterricht, wobei die türkisch-alevitische Minderheit eine wichtige Ausnahme darstellt.³ Im Jahr 1999 hat Nordrhein-Westfalen den Schulversuch „Islamkunde“ als eine Art Übergangslösung eingeführt. Sie unterscheidet sich vom Religionsunterricht, indem sie die Grundlagen des entsprechenden Bekenntnisses auf eine sachliche, anstatt auf konfessionelle Weise vermittelt.⁴

Die Akzeptanz dieses Übergangslehrfachs bei den Muslimen wurde mehrmals untersucht.⁵ Im Gegensatz zu diesen Untersuchungen versucht meine Studie die folgende Frage zu beantworten: Was sind die soziologisch-politischen Ziele des Schulversuchs und werden diese Ziele erreicht? Ich habe Gespräche geführt mit Politikern, Beamten, Vertretern der Islamischen Gesellschaften und der Kirchen, mit Schulleitern und Lehrern an zwei Schulen, welche an dem Schulversuch teilgenommen haben, und an einer Schule, die nicht teilnahm. Ich habe Fragebögen an muslimische und nicht-muslimische Viertklässler, die diese Schulen besuchten, und ihre Eltern verteilt. Die Absicht dieser Studie ist es die verschiedenen Erwartungen, die Gesellschaftsmitglieder zu diesem Schulversuch haben, und wie diese

¹ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland VII, 3.

² Schulgesetz NRW III, 31, 1.

³ Ismail Kaplan, „Start gegeben: Alevitischer Religionsunterricht an den Grundschulen,“ AABK, 22 Sep. 2008, 20 Jul. 2009 <<http://www.alevi.com/religionsunterricht0+M5bafIcb4474.html>>.

⁴ Bülent Ucar, ed. Islamkunde in Nordrhein-Westfalen: Einige Infos (Düsseldorf: NRW Landesinstitut für Schule, 2007).

⁵ E.g. Michael Kiefer, Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen (Münster: Lit Verlag, 2005).

Bülent Ucar, „Die Akzeptanz des Faches Islamkunde in NRW,“ Staatlicher Islamunterricht in Deutschland: Die Modelle in NRW und Niedersachsen im Vergleich, ed. Stefan Reichmuth et al. (Berlin: Lit Verlag, 2006) 53-60.

Erwartungen die Akzeptanz des Schulversuchs beeinflussen hervorzuheben. Die Ergebnisse dieser Studie werden eine besser informierte, öffentliche Diskussion dieses kontroversen Themas fördern.

Diese Arbeit beginnt mit einer Einleitung zu den Themen, die zur Einführung des Schulversuchs „Islamkunde“ geführt haben und mit der Fragestellung. Der zweite Teil nimmt sich die Forschung selbst vor und erörtert die Ergebnisse. Die Arbeit endet mit einer Schlussfolgerung und einer Darstellung von möglichen, späteren Untersuchungen.

Der erste Teil, Einleitung und Fragestellung, beginnt mit einer Einführung in den historischen und kulturellen Kontext. In dem historischen Überblick des Religionsunterrichts in Deutschland werden der Religionsunterricht, die Muslime als eine vorübergehende, religiöse Minderheit, das Integrationsproblem und der Schulversuch „Islamkunde“ in deutscher Sprache dargestellt. Danach werden die Konzepte Leitkultur und Grundgesetzpatriotismus erklärt, wobei das Problem der deutschen Identität, die Leitkulturdebatte und das Konzept des Grundgesetzpatriotismus hier hervorgehoben werden. Dann kommt die Fragestellung und eine Erklärung der angewandten Methodologie.

Einleitung

Heute leben rund 13 Million Muslime in der Europäische Union (3.5% der Gesamtbevölkerung), obwohl die Anzahl und Herkunft der Muslime von einem Land zum anderen sich stark unterscheidet.⁶ Die Mehrzahl der Muslime in Ländern wie Großbritannien und Frankreich stammen von den ehemalige Kolonien. Zum Beispiel stammt die Mehrheit der 2 Millionen Muslime in Großbritannien aus Indien, Pakistan und Bangladesh, während die

⁶ Muslims in the European Union: Discrimination and Islamophobia (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, 2006).

Mehrheit der 4 bis 6 Millionen in Frankreich lebenden Muslime ihre Wurzeln in Algerien, Marokko und Tunesien haben.⁷ Im Gegensatz dazu leben 3.8 bis 4.4 Millionen Muslime in Deutschland und repräsentieren damit 4.6 bis 5.2% der Bevölkerung eines Landes, welches nur eine kurze Kolonialperiode genoss. Ungefähr 63% der deutschen Muslime stammen ursprünglich aus der Türkei und weitere 14% kommen aus südeuropäischen Ländern wie Bosnien, Bulgarien und Albanien.⁸

Die wachsende muslimische Minorität in Europa und ihre Integrationsschwierigkeiten haben für eine beachtliche nationale und internationale Aufmerksamkeit gesorgt. Zudem hat sie leidenschaftliche Analysen und Debatten über mögliche Lösungen ausgelöst. Mehr als bei anderen Minoritäten ist die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten darauf aus, eine Lösung der muslimischen Integrationsschwierigkeiten zu finden. Hinsichtlich dieses Ziels wurden mehrere Projekte durchgeführt.⁹ Diese Initiativen wurden aus Angst vor dem, was passieren könnte, wenn die Integration der Muslime nicht gelingt, eingeführt. Lokalisierte Ausbrüche von Gewalt und Unruhen bis hin zu islamistischem Extremismus und internationalen Terroranschlägen werden befürchtet. Zu den häufig genannten Beispielen zählen die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA, bei denen 2981 Menschen ums Leben kamen und die von 19 jungen, islamistischen Extremisten verursacht wurden,¹⁰ die Ermordung des kontroversen, Islamkritischen, niederländischen Filmemachers Theo van Gogh im Jahre

⁷ Deutschland, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Das Integrationsportal: Muslime in Europa, 19 Jul. 2009 <http://www.integration-in-deutschland.de/cln_117/nn_284176/SubSites/Integration/DE/01__Ueberblick/ThemenUndPerspektiven/Islam/Europa/europa-node.html?__nnn=true>.

⁸ Sonja Haug, Stephanie Muessig and Anja Stichs, Muslimisches Leben in Deutschland (Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2009) 11-12.

⁹ Haug 42.

¹⁰ United States, National Commission, The 9/11 Commission Report Final Report of the National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States Executive Summary, 21 Aug. 2004, 14 Jun. 2011 <http://www.9-11commission.gov/report/911Report_Exec.htm>.

2004 durch einen in den Niederlanden geborenem Muslim marokkanischer Herkunft,¹¹ die Zuganschlüge in Madrid 2004, die 191 Menschen das Leben kosteten und 1841 Leute verletzten und für die 21 Täter, hauptsächlich Marokkaner, verurteilt wurden,¹² die Anschläge in London 2005, die 52 Leute das Leben kosteten und mehr als 750 Menschen verletzten, und die von vier islamistischen Extremisten durchgeführt wurden¹³ und die Morddrohungen von Seiten islamistischer Kämpfer nach der Veröffentlichung Karikaturen des Propheten Mohammed in der dänische Zeitschrift Jyllands-Posten im Jahr 2005.¹⁴

Diese Studie konzentriert sich auf Nordrhein-Westfalen, die EU-Region mit der größten muslimischen Minorität.¹⁵ Nordrhein-Westfalen ist Deutschlands bevölkerungsreichstes Land und grenzt an die Niederlande und Belgien.¹⁶ Hinsichtlich der muslimischen Minoritätsfrage unterscheidet sich Deutschland von seinen Nachbarn durch das Verhältnis des Staates zur Religion. Laut Ghadban gibt es drei verschiedene Modelle der Verhältnisse zwischen dem Staat und der Religion in Europa. Im „getrennten System“ sind Staat und Religion komplett getrennt, wie es in Frankreich, Irland, Belgien und den Niederlanden der Fall ist. Im „Einheitssystem“ gibt es eine Staatsreligion, wie es in England, Norwegen und Dänemark der Fall ist. In dem „Konkordat - und Vertragssystem“ regulieren verschiedene Konkordaten und Verträge das

¹¹ “Dutch Courage and the death of Theo van Gogh – Counting the Cost – A usually tolerant country troubled by intolerant Muslim extremism,” The Economist 31 Aug. 2006, 14 Jun. 2011 <<http://www.economist.com/node/78540110>>.

¹² “Madrid Train Attacks,” BBC, 14 Jun. 2011 <<http://news.bbc.co.uk/2/shared/spl/hi/guides/457000/457031/html/default.stm>>.

¹³ “7 July Bombings,” BBC, 14 Jun. 2011 <http://news.bbc.co.uk/2/shared/spl/hi/uk/05/london_blasts/what_happened/html>.

¹⁴ “Mohammed Cartoon Row Intensifies,” BBC, 1 Feb. 2006, 14 Jun. 2011 <<http://news.bbc.co.uk/2/hi/4670370.stm>>.

¹⁵ North Rhine Westphalia, Innenministerium, Islamismus-Missbrauch einer Religion.

¹⁶ Nordrhein Westfalen, Die Landesregierung, Nordrhein-Westfalen, 20 Jul. 2009 <<http://www.nrw.de/Nordrhein-Westfalen/index.php>>.

Verhältnis zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften. Deutschland ist in die letzte Kategorie einzuordnen.¹⁷

In Deutschland erhalten anerkannte Religionsgemeinschaften viele Sonderrechte und werden als Partner des Staates betrachtet. Religionsgemeinschaften genießen Steuererleichterungen und andere Arten finanzieller Unterstützung. Dazu kommt, dass der Staat „Kirchensteuer“ für sie eintreibt. Die Religionsgemeinschaften arbeiten was den Religionsunterricht betrifft auch eng mit dem Staat zusammen. Religionsunterricht wird an Schulen in Nordrhein-Westfalen erteilt, wo jeweils mindestens 12 Schüler der entsprechenden Konfession angehören.¹⁸ Religionsunterricht ist ein ordentliches Lehrfach in deutschen, staatlichen Schulen (außer in Berlin und Bremen) und ist normalerweise vorgeschrieben für alle Schüler, die der entsprechenden Konfession angehören. Schüler ab 14 Jahren und Eltern, deren Kinder jünger als 14 Jahre sind, können sich bzw. ihre Kinder vom Religionsunterricht befreien.¹⁹ In den meisten Ländern müssen vom Religionsunterricht abgemeldete Schüler Ethikunterricht besuchen. Im Gegensatz zu dieser Regel müssen alle Schüler in Berlin und Brandenburg am Ethikunterricht teilnehmen und können dann Religionsunterricht hinzuwählen, wenn sie möchten. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind Religionsunterricht und Ethikunterricht gleichgestellt. Das heißt, dass die Schüler zwischen den beiden Unterrichtsformen frei wählen können.²⁰

¹⁷ Ralph Ghadban, „Staat und Religion in Europa in Vergleich: Grossbritannien, Frankreich und die Niederlande,“ Bundeszentrale für politische Bildung, Jul. 2002, 20 Jul. 2009 <http://www.bpb.de/veranstaltungen/STZS3V,0,Staat_und_Religion_in_Europa_im_Vergleich.html>.

¹⁸ NRW Schulgesetz, III.,31, 1.

¹⁹ Deutschland, Bundesministerium des Innern, Staat und Religionsgemeinschaften in Deutschland, 19 Dez. 2005, 20 Jul. 2009 <http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/PolitikGesellschaft/KirchenReligion/StaatReligion/StaatReligion_node.html>.

²⁰ United States, State Department, Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, “Germany,” International Religious Freedom Report 2010, 17 Nov. 2010, 19 Jun. 2011 <<http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2010/148938.htm>>.

Weil sich der deutsche Staat sich wegen seiner religiösen Neutralität mit allen Religionsgemeinschaften auseinander setzen muss, muss der Staat im Umgang mit der muslimischen Minorität sie als Muslime und nicht nur als Immigranten oder Deutsche ansehen. Wie die meisten seiner europäischen Nachbarn, ist Deutschland und ganz besonders Nordrhein-Westfalen bedacht darauf, die muslimische Minorität in der deutschen Gesellschaft zu integrieren. Obwohl die meisten Muslime, die in Deutschland leben, mit Ausnahme der türkischen alevitischen Minorität, die 2004 anerkannt wurde, nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt werden,²¹ haben verschiedene deutsche Länder, unter anderem auch Nordrhein-Westfalen, mit verschiedenen Arten der Islamlehre an staatlichen Schulen experimentiert. Beamte des Schulministeriums haben die Integration der muslimischen Minorität in die deutsche Gesellschaft als eines der Ziele des Islamunterrichts in der Schule erklärt.²²

Nordrhein-Westfalen hat die Führung hinsichtlich des Islamunterrichts übernommen. Nordrhein-Westfalen hat schon im Jahr 1986 Islamische Unterweisung im muttersprachlichen Unterricht im Rahmen des Muttersprachunterrichts (MSU türkisch und arabisch) erteilt, und war das erste Land im Jahre 1999, welches den Schulversuch Islamische Unterweisung in deutscher Sprache als eigenständiges Unterrichtsfach einführte. Nordrhein-Westfalen hat diesen Schulversuch weitergeführt und im Jahre 2005 den Namen zu „Islamkunde in deutscher Sprache“ geändert.²³ Nordrhein-Westfalen hat sogar den ersten staatlich anerkannten alevitischen Religionsunterricht im Schuljahr 2008/09 eingeführt.²⁴ Integrationsminister Armin

²¹ Kaplan.

²² Klaus Gebauer, „Bildungs- und gesellschaftspolitische Ziel-Ebene,“ Islamkunde in Nordrhein-Westfalen: Einige Infos, ed. Bülent Ucar (Düsseldorf: NRW Landesinstitut für Schule, 2007) 11-12.

²³ „Islamkunde in deutscher Sprache (Organisation),“ Islamkunde in Nordrhein-Westfalen: Einige Infos, ed. Bülent Ucar (Düsseldorf: NRW Landesinstitut für Schule, 2007) 4-7.

²⁴ Kaplan.

Laschet hat am 1. Juli 2009 verkündet, dass Nordrhein-Westfalen den islamischen Religionsunterricht im Schuljahr 2010/11 einführen werde.²⁵

Die Medien haben sich sehr stark zu diesen Schulversuchen geäußert, die auch das Thema mehrere Untersuchungen waren, wie zum Beispiel Michael Kiefers Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen, Klaus Gebauers "Islamkunde in NRW," Bület Uçars "Die Akzeptanz des Faches Islamkunde in NRW," Kays Mutlus "Erfahrungsbericht eines muslimischen Orientalisten als Lehrer im Schulversuch Islamische Unterweisung als eigenständiges Unterrichtsfach in NRW". Solche Kommentare und Untersuchungen konzentrieren sich oft auf Rechtsfragen, Lehrpläne und deren Ziele, Islamkundes Akzeptanz in der muslimische Gesellschaft, ihre Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten zu ordentlichem Religionsunterricht und wie Nordrhein-Westfalen sich von anderen Bundesländern hinsichtlich islamischer Unterweisung unterscheidet.

Nur wenige Akademiker und Reporter fragen sich, was die soziologisch-politischen Ziele dieser Programme sind. Die meisten nehmen an, dass Nordrhein-Westfalen Geld, Zeit und Energie in diese islamischen Unterweisungsprogramme im Namen der sozialen Integration investiert. Fördert Islamkunde (oder ein eventueller islamischer Religionsunterricht) die Integration der Muslime in die deutsche Gesellschaft wirklich? Wenn ja, wie genau? Betrachtet die deutsche, christliche Bevölkerung es als ein Mittel der Integration? Wie ist die Stellung der deutschen muslimischen Bevölkerung dazu?

Wenn diese Studie die Kennzeichnungen „Christen“ und „Muslime“ benutzt, werden die Religiosität und der Glauben dieser Personen und Gruppen nicht beobachtet. Für die Studie kommt es nicht darauf an, ob die Personen wahre Gläubige sind oder ob sie einige oder alle

²⁵ "NRW: Laschet verkündet Islamunterricht – Die Grünen kritisieren," Migazin, 3 Jun. 2009, 20 Jul. 2009 <<http://www.migazin.de/2009/07/03/nrw-laschet-verkundet-islamunterricht-die-grunen-kritisieren>>.

Grundsätze ihres Glaubens annehmen, denn die deutsche Regierung erforscht diese Angelegenheiten nicht, sondern behandelt alle Mitglieder einer anerkannten Religionsgemeinschaft gleich. Zum Beispiel werden alle deutschen Katholiken gleich behandelt, ohne Unterschied, obwohl manche die Kirche jeden Sonntag besuchen und andere nicht, einige die heilige Kommunion annehmen und einige nicht. In dieser Studie werden Personen als Christen oder Muslimen bezeichnet, wenn sie sich so bekennen oder wenn sie Mitglieder einer der Kirchen oder muslimische Organisationen sind. Religionsunterricht ist ein Grundgesetzrecht in Deutschland, für jeden Schüler eines bestimmten Bekenntnisses ohne Rücksicht auf seinen persönlichen Glauben. Diese Studie versucht die Standpunkte der Personen zu verstehen, die theoretisch dieses Recht besitzen. Der Leser sollte aber darauf hingewiesen werden, dass nicht alle Christen und Muslime unbedingt ihren Glauben praktizieren, oder starke Gefühle diesbezüglich haben.

Das Ziel dieses Forschungsprojektes ist nicht, eine definitive Antwort auf diese Fragen zu erhalten, oder eine explizite Verbindung zwischen Islamkunde und dem Integrationsniveau zu beweisen. Stattdessen versucht dieses Projekt, die Unterschiede und Vereinbarkeiten im Verständnis der verschiedenen sozialen Gruppen von den soziopolitischen Ziele des Islamkundeunterrichts und ihre Wahrnehmungen von der Verwirklichung dieser Ziele zu ergründen. Anders ausgedrückt: sind alle auf der gleichen Seite?

Diese Frage ist relevant, gerade jetzt, wo sich Islamkunde auf ganz Deutschland ausbreiten könnte und ordentlicher islamischer Religionsunterricht, auch für die Sunniten, eine Wirklichkeit in der nahen Zukunft werden könnte. Das würde bedeuten, dass nach einem langen, schweren Kampf und viel Mühe von Seiten aller Parteien, das Ziel erreicht würde. Wenn große Unterschiede in Zielen und Erwartungen erst dann zu Tage treten, könnte die resultierende

Enttäuschung und Desillusionierung zu schweren Rückschlägen für die zukünftige Zusammenarbeit und Integration führen.

Historischer Überblick des Religionsunterrichts in Deutschland

Religionsunterricht in Deutschland

Seit dem Mittelalter ist Religionsunterricht ein wichtiger Teil des Unterrichts an deutschen Schulen. Ursprünglich stand Religionsunterricht Christen zur Verfügung (Katholiken und Protestanten abhängig von der Region). Vor der Weimarer Republik im Jahre 1919 war Deutschland ein „christliches Land.“²⁶ Die meisten Kinder besuchten zu dieser Zeit Bekenntnisschulen.²⁷ Die Verfassung der Weimarer Republik beendete die explizite Verbindung zwischen dem Staat und der Religion. Zum Teil wegen Elternanträgen, wurde jedoch der Religionsunterricht ein ordentliches Lehrfach, obwohl die Teilnahme daran nicht obligatorisch war.²⁸ Nichtsdestoweniger besuchten die meisten Kinder katholische oder evangelische Schulen. Im Jahre 1931 gab es nur 295 sekuläre und 97 jüdische Schulen aus einer Gesamtzahl von 52.959 deutschen Grundschulen. Es gab auch nur 8,921 Simultanschulen, die dann Gemeinschaftsgrundschulen genannt wurden, und die die Weimarer Republik als die normative Schulart ankündigte.²⁹

Hitler begann seine Regierung, indem er den christlichen Kirchen und ihren Mitgliedern einen Status Quo bezüglich des Religionsunterrichts versprach.³⁰ Er hat sogar im September 1933 ein Konkordat mit Rom beschlossen, welches die Freiheit der katholischen

²⁶ Martin Heckel, “Religionsunterricht für Muslime?” *Juristenzeitung* 54.15/16 (1999), 741.

²⁷ Frank J Gordon, “The German Evangelical Churches and the Struggle for the Schools in the Weimar Republic,” *Church History* 49.1 (1980), 47.

²⁸ Gordon 48.

²⁹ Gordon 54.

³⁰ Ernst Christian Helmreich, *Religious Education in German Schools: An Historical Approach* (Cambridge: Harvard University Press, 1959) 154.

Bekenntnisschulen und Privatschulen sicherte und der Kirche das Recht gab, die Lehrpläne des Religionsunterrichts zu gestalten und die Lehrer zu ernennen.³¹ Aber als Hitler seine Macht im Jahr 1936 festigte, veränderte sich seine beschwichtigende Haltung.³² Die Nazis drängten danach, dass alle staatlichen Schulen interkonfessionell würden, liquidierten viele Privatschulen, vor allem katholische,³³ und schafften die Noten im Religionsunterricht ab.³⁴ In den Schulen, in denen der Religionsunterricht noch nicht ganz abgeschafft wurde, war die Qualität sehr schlecht.³⁵ Während die Nazi-Regierung die katholische Bekenntnisschulen und Privatschulen beseitigte, schaffte sie den jüdischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen ab und zwang die Juden, jüdische Schulen zu besuchen. Im Jahr 1938 gab es 68 staatliche jüdische Grundschulen und 72 private, jüdische Grundschulen.³⁶ Im Jahr 1942 wurden alle Unterweisungen jüdischer Kinder von bezahlten und unbezahlten Lehrern verboten.³⁷

Am Ende des Zweiten Weltkrieges (8. Mai 1945) war das deutsche Schulsystem komplett zusammengestürzt. Die vier Besatzungsmächte verordneten die Schließung aller Schulen für die Sommerferien.³⁸ Im November 1945 beschlossen die Besatzungsmächte, dass Religionsunterricht den Schülern zur Verfügung gestellt werden sollte, aber auf einer freiwilligen Basis.³⁹ Es gab auch die Rechtsfrage bezüglich des Konkordats von 1933. Am Ende beschlossen die Amerikaner, dass es weiterhin respektiert werden sollte. Im Gegensatz dazu beschloss die Sowjetunion, es einfach zu ignorieren.⁴⁰ Dieser Unterschied hebt die Tatsache

³¹ Helmreich 159.

³² Rainer Lachmann and Bernd Schröder eds., Geschichte des evangelischen Religionsunterrichts in Deutschland: Ein Studienbuch (Neukirchen-Vluyn: Neukirchener Verlag, 2007) 351.

³³ Helmreich 176.

³⁴ Helmreich 183.

³⁵ Helmreich 194.

³⁶ Helmreich 202.

³⁷ Helmreich 208.

³⁸ Helmreich 213.

³⁹ Lachmann 274.

⁴⁰ Helmreich 219.

hervor, dass die Besatzungsmächte kein einheitliches Schulgesetz bezüglich des Religionsunterrichts durchführte. Die Besatzungsmächte hatten sogar verschiedene Abmachungen mit den deutschen Ländern in der selben Besatzungszone. Diese Widersprüchlichkeiten waren das natürliche Ergebnis, den lokalen Traditionen und Wünschen der Eltern so weit als möglich zu folgen.⁴¹

Schulgesetze wurden im Jahr 1949 in den Verfassungen der westdeutschen Bundesländer formalisiert. Im Jahr 1946 führte die Sowjetunion das Gesetz der Demokratisierung der deutschen Schulen in ihrem Sektor durch. Dieses Gesetz verbot das Errichten von Privatschulen und machte Religionsunterricht zu einer Angelegenheit der Kirchen, die ihn zu Lasten ihrer Zeit und Kosten erteilen konnte.⁴² Die Verfassung der Deutschen demokratischen Republik adoptierte im Jahr 1949 dieses Gesetz, aber fügte noch hinzu, dass Kirchen das Recht hatten, Religionsunterricht auf dem Schulgelände zu erteilen.⁴³

Die Bundesrepublik Deutschland nahm eine eher traditionelle, staatlich geförderte Haltung zum Religionsunterricht an. Nach Artikel 7, Absatz 3 des Grundgesetzes ist Religionsunterricht ein ordentliches Lehrfach, außer an Sekundärschulen. Das bedeutet, dass die Religionsunterrichtsnote auf dem Zeugnis erscheint,⁴⁴ mit in den Notendurchschnitt einbezogen wird und so Auswirkungen auf die Versetzung hat.⁴⁵ Weil Religionsunterricht ein ordentliches Lehrfach ist, ist der Staat dazu verpflichtet, die notwendige Finanzierung und die Lehrer zur Verfügung zu stellen, aber der Lehrinhalt muss in Absprache und mit der Zustimmung der Religionsgemeinschaft gestaltet werden, sodass die Trennung des Staats und der Religion

⁴¹ Lachmann 274.

⁴² Helmreich 258.

⁴³ Helmreich 259.

⁴⁴ Friedrich Wintzer, et al., Praktische Theologie (Neukirchen-Vlyun: Neukirchener Verlag, 1997) 159.

⁴⁵ Stefan Muckel, "Islamischer Religionsunterricht und Islamkunde an öffentlichen Schulen in Deutschland," Juristenzeitung 56.2 (2001), 60.

eingehalten werden kann.⁴⁶ Obwohl Religionsunterricht verpflichtend ist und Schüler automatisch eingeschrieben werden, können Schüler abgemeldet werden, mit der Vorlage eines schriftlichen Antrags ihrer Eltern oder eines Vormunds.⁴⁷ Das Grundgesetz befreite zwei Bundesländer von dieser Bedingung im Rahmen der “Bremer Klausel” (Art. 7.3.1). Bremen forderte die Teilnahme aller Schüler an einer Bibelgeschichtsklasse anstatt am Religionsunterricht, West Berlin ähnelte der DDR hinsichtlich dem Religionsunterricht.

Religionsunterricht wurde bis heute in der Form der Nachkriegszeit fortgeführt. Obwohl es in den sechziger und siebziger Jahren einige Diskussionen um den Religionsunterricht gab, war der Status Quo des Religionsunterrichts niemals ernsthaft gefährdet. In den frühen siebziger Jahren haben sich zwischen einem Viertel und einem Drittel der Schüler vom Religionsunterricht abgemeldet. Die Beliebtheit, sich abzumelden, war sicherlich teilweise darauf zurückzuführen, dass die Schüler daraus eine freie Stunde gewannen.⁴⁸ Als Reaktion darauf führten die Bundesländer Ethikunterricht als eine Art Ersatzunterricht ein, der obligatorisch für alle Schüler war, die an keinem Religionsunterricht teilnahmen. Weiterhin wurde Religionsunterricht als ein Abiturfach eingerichtet. Infolgedessen verringerte sich in den späten siebziger und achtziger Jahren die Anzahl der Schüler deutlich, die sich vom Religionsunterricht abmeldeten.⁴⁹ Die deutsche Wiedervereinigung hatte keinen nennenswerten Einfluss auf den Religionsunterricht. Die neuen Bundesländer nahmen das Grundgesetz an und führten staatlich geförderten Religionsunterricht ein. Im Gegensatz zu den anderen Ländern, benutzte Brandenburg die “Bremer Klausel” und führte anstatt Religionsunterricht das verpflichtende Fach Lebensgestaltung/Ethik/Religion ein. Berlin hat seine Verfahrensweise

⁴⁶ Heckel 751.

⁴⁷ Wintzer 159.

⁴⁸ Lachmann 284.

⁴⁹ Lachmann 286.

weitergeführt, wo Religionsgemeinschaften eingeladen werden, Religionsunterricht nach der Schule zu erteilen, anstatt Religionsunterricht zu einem ordentlichen Lehrfach umzuwandeln.⁵⁰

Eine „vorübergehende“ religiöse Minderheit

Nach dem Zweiten Weltkrieg durchlief die religiöse Landschaft Deutschlands eine starke, wenn auch zuerst unbeachtete, Veränderung. Bis 1961 waren die meisten Deutschen und in Deutschland lebenden Personen Christen. Zu der kleinen, jüdischen Minderheit kam noch eine sehr kleine muslimische Minorität, hauptsächlich aus Ägypten und Palästina.⁵¹ Wegen des Arbeitskräftemangels während dem Wirtschaftswunder in den fünfziger und sechziger Jahren, unterzeichnete die deutsche Regierung jedoch bilaterale Anwerbeabkommen mit Italien, Griechenland, der Türkei, Portugal und Jugoslawien. Dadurch wurde es Gastarbeitern gestattet, in den deutschen Industriesektoren auch ohne entsprechende Ausbildung zu arbeiten. Diese hauptsächlich männlichen Arbeiter wurden später mit ihren Familien vereinigt. Da die überwältigende Mehrheit der Gastarbeiter Sunniten oder Aleviten aus der Türkei waren, stieg Deutschlands muslimische Bevölkerung rasch auf eine bedeutsame Weise an.⁵²

Nichtsdestotrotz arbeitete die Regierung unter der Annahme, dass diese Familien irgendwann wieder in ihre jeweiligen Herkunftsländer ziehen würden. Deswegen hat sie sich wenig mit der Integration dieser „vorübergehenden“ Minorität beschäftigt.⁵³ Zu diesem Zeitpunkt dachte nicht nur die deutsche Öffentlichkeit, sondern auch die Gastarbeiter selbst, dass diese Annahme stimmte. In diesem Zusammenhang haben Länder mit großer Anzahl von Gastarbeitern, wie Nordrhein-Westfalen, den Kindern der Gastarbeiter Muttersprache-

⁵⁰ Wintzer 162.

⁵¹ Nordrhein Westfalen, Innenministerium, Islamistische Organisationen in Nordrhein-Westfalen, 2007, 18 Oct. 2008 <www.im.nrw.de/verfassungsschutz>.

⁵² Lachmann 384.

⁵³ Lachmann 384.

Ergänzungsunterricht angeboten. Theoretisch sollte dieser Unterricht den Kindern dabei helfen, ihre Muttersprache nicht zu vergessen und so zu einer guten Reintegration in ihren Herkunftsländern beitragen.⁵⁴ Zusätzlich zu diesem Spracherwerb leitete Nordrhein-Westfalen im Jahr 1986 islamische Unterweisungen im Rahmen des Muttersprachunterrichts ein. Dieses islamische Unterweisungsprogramm wird bis heute weitergeführt. Wiederum stellte der Staat den Kindern der Gastarbeiter die notwendigen Werkzeuge für die Reintegration in ihren Herkunftsländern zur Verfügung, also Sprache und Religion. Was die deutsche Öffentlichkeit betraf, so waren diese Kinder in erster Linie „Ausländer.“ Ihre religiösen Überzeugungen waren unwichtig, da sie nicht deutsch waren und sowieso wieder wegziehen würden.⁵⁵

Das Integrationsproblem

Nachdem der deutsche Staat und die deutsche Gesellschaft verstanden haben, dass die Gastarbeiter in Deutschland bleiben würden, fingen die Debatten und Diskussionen des Islams über die Integration und die Möglichkeit eines ordentlichen islamischen Religionsunterrichts sich zu verbreiten an. Deutschlands Einbürgerungsgesetze, die die neue Perspektive der Gastarbeiter widerspiegeln, durchliefen in den neunziger Jahren eine Reihe von Veränderungen, die mit den Einwanderungsgesetzen von 2004 beendet wurden.⁵⁶ Diese Gesetze erlaubten Gastarbeiterkindern, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten.⁵⁷ Im Jahr 1999, also im

⁵⁴ Muckel 63.

⁵⁵ Riem Spielhaus, „Religion und Identität – Vom Deutschen Versuch, „Ausländer“ zu „Muslimen“ zu machen,“ *Internationale Politik* March (2006), 28.

⁵⁶ Spielhaus 29.

⁵⁷ Albrecht Fuess, „Islamic Religious Education in Western Europe: Models of Integration and the German Approach,“ *Journal of Muslim Minority Affairs* 27.2 (2007), 228.

gleichen Zeitraum, begann Nordrhein-Westfalen den Schulversuch „Islamische Unterweisung“ in deutscher Sprache, der später Islamkunde in Deutscher Sprache genannt wurde.⁵⁸

Heute leben zwischen 3.8 und 4.3 Millionen Muslime in Deutschland, von denen zwischen 2.5 und 2.7 Millionen türkische Wurzeln besitzen. Gut 45% aller Muslime, die in Deutschland leben, sind deutsche Staatsbürger.⁵⁹ Rund eine Million Muslime wohnen in Nordrhein-Westfalen allein. Um die 670.000 sind türkische Staatsbürger und zwischen 250.000 und 300.000 sind deutsche Staatsbürger türkischer Herkunft. Der Islam ist nach dem Christentum Deutschlands zweitgrößte Religion.⁶⁰ Während diese Einwanderer die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, wird ihre Religion dazu benutzt, sie von anderen Deutschen zu unterscheiden. Wie Spielhaus sagt, sind die „Ausländer“ die „Muslime“ geworden. Zur Zeit suchen Deutschland und Nordrhein-Westfalen Wege, diese ethnische und religiöse Minorität zu integrieren. Die Debatte um den islamischen Religionsunterricht muss im Licht dieser Umstände, wie auch der langen Geschichte des Religionsunterrichts in Deutschland, betrachtet werden.

Islamkunde in deutscher Sprache

Diese Studie konzentriert sich auf dem Schulversuch Islamkunde in deutscher Sprache. Obwohl er nicht das erste Modell der islamische Unterweisung in Nordrhein-Westfalen ist, ist er das erste Modell, welches dem Zweck der Integration dient. Die islamische Unterweisung, die im Jahr 1986 eingeführt wurde und die bis heute im Rahmen des Muttersprachunterrichts weitergeführt wird, unterstützt die alte Denkweise, nach der die Gastarbeiterkinder Ausländer die letztendlich zurück zu ihre Herkunftsländer ziehen werden.

⁵⁸ „Islamkunde in deutscher Sprache (Organisation).“

⁵⁹ Haug 11-12.

⁶⁰ Nordrhein-Westfalen, Innenministerium, Islamistische Organisationen in Nordrhein-Westfalen.

Der Schulversuch Islamkunde wurde im Jahr 1999 eingeführt und wird mindestens bis zum Schuljahr 2010/2011, in dem er theoretisch in den Schulversuch islamischer Religionsunterricht übergehen wird, weitergeführt werden. Ganz gleich, ob dieses Vorhaben planmäßig abläuft oder nicht, bleibt Islamkunde ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum islamischen Religionsunterricht. Tatsächlich haben sich die nordrhein-westfälische Regierung und die vier großen islamischen Verbände von Beginn an vorgestellt, dass Islamkunde einen Schritt darstellen sollte. Der Schulversuch Islamkunde muss deshalb untersucht werden. Glauben die Regierung, die politischen Parteien, die islamischen Verbänden, die christlichen Religionsgemeinschaften und die Schulgemeinschaften, dass er ein Schritt in der richtige Richtung ist?

Im Schuljahr 2008/2009 nahmen 128 Schulen aller Arten und 10.122 Schüler am Schulversuch teil. Nordrhein-Westfalen hat insgesamt 6.566 Schulen und 2.826.162 Schüler. Demnach ist es klar, dass obwohl Nordrhein-Westfalens Schulversuch Islamkunde der größte seiner Art in Deutschland ist,⁶¹ er nur eine kleine Minderheit der muslimischen Schüler erreicht.

Leitkultur und Grundgesetzpatriotismus

Zusätzlich zum Verständnis der Geschichte des Religionsunterrichts in Deutschland ist es auch notwendig, die Einwanderungs – und Integrationsdebatten in Deutschland zu beachten, um den sozialen Kontext der Islamkunde wirklich zu verstehen.

⁶¹ Michael Kiefer, "Islamunterricht in den Ländern – Überblick über die Modellversuche," Auf dem Weg zum Islamischen Religionsunterricht, Ed. Michael Kiefer, Eckart Gottwald and Bülent Ucar (Berlin: Lit Verlag Dr. W. Hopf, 2008) 117.

Das Problem der deutschen Identität

Im heutigen Deutschland gibt es eine Furcht, dass Deutschland ein Einwanderungsland wird und noch wichtiger, dass Deutschland seine nationale Homogenität verlieren wird.⁶² Jedoch selbst wenn eine komplette Assimilation von Seiten der Einwanderer erwartet wird, wird nicht viel mehr als die Akzeptanz der Prinzipien der Demokratie und der Menschenrechte, die im Grundgesetz vorhanden sind, und der Erwerb der deutschen Sprache ausdrücklich gefordert, zum Teil wegen des Problems „Deutschheit“ zu definieren.⁶³

Zum Teil wegen der späten Geburt der deutschen Nation (im Vergleich zu anderen europäischen Ländern) hat sich Deutschland seit langem mit seiner Identität abgemüht. Vor der deutschen Vereinigung unter Bismarck spielte die Kultur, die in dem ethnischen Konzept des Volksgeistes wurzelte, eine zentrale Rolle für die Identitätsbildung.⁶⁴ In Abwesenheit einer starken Definition der Deutschheit haben Deutsche ihre nationale Identität oft definiert, indem sie sie mit dem, was sie nicht ist, verglichen. Diese Handhabung nahm ihre Extremform während der Nazizeit an, wo der „deutsche“ Arier gegenüber dem untergeordneten „Anderen“, der in Deutschland wohnte gestellt – sei es der Jude, der Slave, der Roma, oder der Homosexuelle.⁶⁵ Obwohl heute der Nationalsozialismus und der Holocaust die „Anderen“ repräsentieren,⁶⁶ spielt Ethnizität immer noch eine Rolle für die deutsche Identitätsbildung. Deutschland sieht sich immer noch als ein Volk, das durch kulturelle und Blutverwandschaft vereinigt ist. Dieses Konzept ist in Deutschlands Staatsbürgerschaftsgesetzen widergespiegelt,

⁶² Emanuel Richter, “Die Einbürgerung des Islams,“ Aus Politik und Zeitgeschichte: Muslime in Europa 20 (2005), 3.

⁶³ Katherine Pratt Ewing, Stolen Honor: Stigmatizing Muslim Men in Berlin, (Stanford, CA: Stanford University Press, 2008) 211.

⁶⁴ Sabine von Dirke, “The German Debate on Multiculturalism,” German Studies Review 17.3 (1994), 513.

⁶⁵ Stefan Manz, “Constructing a Normative National Identity: The Leitkultur Debate in Germany 2000/2001,” Journal of Multilingual and Multicultural Development 25:5-6 (2004), 483.

⁶⁶ Manz 481-482.

die immer noch in erster Linie auf dem „jus sanguinis“ basieren, obwohl das Gesetz entspannt wurde, so dass Kinder nicht deutscher Einwanderer auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen.⁶⁷

Die Leitkulturdebatte

Der Begriff „Leitkultur“ wurde ironischerweise 1996 vom syrischen Einwanderer Bassam Tibi geprägt. Er behauptete, dass multikulturelle Politik zu Parallelkulturen und einem Verlust an universellen Werten führen würde. Um solch einen Zerfall zu bekämpfen, hat er eine europäische Leitkultur vorgeschlagen, die die Gesellschaft durch die universellen Werte der Aufklärung verbinden würde. Deutsche Politiker haben später „deutsch“ mit „europäisch“ ausgetauscht, um den Begriff dadurch in einen spezifischen, nationalen Zusammenhang zu stellen.⁶⁸ Während der neunziger Jahre befürworteten konservative Stimmen der CDU/CSU und in Rechtsparteien die Assimilation der Einwanderer und brachten die Angst vor dem Verlust der deutschen Identität zur Sprache.⁶⁹ Ausländer sollten sich durch kulturelle Anpassung als der deutschen Staatsbürgerschaft „würdig“ beweisen.⁷⁰

Obwohl mehrere CDU/CSU Abgeordnete während der neunziger Jahre den Begriff „Leitkultur“ in ihren politischen Diskurs benutzten, ohne viel Aufmerksamkeit zu erregen,⁷¹ wurde die Leitkulturdebatte im Oktober 2000 ausgelöst, als der damalige Fraktionschef der konservativen CDU Oppositionspartei, Friedrich Merz, in einer Rede vor dem Bundestag sagte, dass die Einwanderer die deutsche Leitkultur adoptieren sollten.⁷² Obwohl Merz den Begriff auf

⁶⁷ Manz 483.

⁶⁸ Manz 484.

⁶⁹ Manz 483.

⁷⁰ von Dirke 523.

⁷¹ Manz 484.

⁷² Ewing 212.

das Verfassungsschutzkonzept zurückführte, und obwohl er so wie die CDU den Begriff innerhalb von drei Wochen ganz aufgab,⁷³ löste die Bemerkung eine massive Reaktion von Seiten sowohl seiner Unterstützer als auch seiner Kritiker aus. So blieb dieses Thema für mehrere Wochen lang die Nummer Eins in den Nachrichten.⁷⁴ Wenn man den historischen Zusammenhang betrachtet, ist diese Reaktion nicht überraschend. „Leit“ weist natürlich auf eine hierarchische Beziehung zwischen den Kulturen hin, wobei die „deutsche“ Kultur über die „anderen“ Kulturen gestellt wird.⁷⁵ Die politische Linke und die Vertreter der deutschen Minderheitsgruppen, einschließlich der Juden und Muslime, kritisierten die Verwendung dieses Begriffs heftig.⁷⁶ Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, benutzte sogar den Anlass des Kristallnachtsgedenkens am 9. November dazu, seine starke Ablehnung zu äußern.⁷⁷

Obwohl der Begriff „Leitkultur“ gründlich von den linken und mäßigen Stimmen in Deutschland kritisiert wurde (wegen seiner Nachklänge von Deutschlands traumatischer Vergangenheit) ist es weniger klar ob die Idee hinter dem Begriff die Deutschen ärgerte.⁷⁸ Wie sollen Einwanderer und Ausländer sich ihrem Gastland anpassen? Genügt es, Deutsch zu lernen? Auf welche Aspekte der Deutschheit können sich Deutsche und integrierte Einwanderer einigen?

⁷³ Ewing 213

⁷⁴ Manz 482.

⁷⁵ Manz 483.

⁷⁶ Ewing 202.

⁷⁷ Manz 486.

⁷⁸ Ewing 212.

Verfassungspatriotismus

Wegen der Nazivergangenheit hält man es generell nicht für angemessen, dass Deutsche stolz auf ihre Geschichte oder ihre nationale Symbole sind. Infolgedessen spielt das Grundgesetz, das im Jahr 1949 geschrieben wurde, eine prägende Rolle in Deutschlands Nachkriegszeitidentitätbildung. Aus diesem Stolz auf das Grundgesetz entwickelten Jürgen Habermas und Dolf Sternberger die Idee des Verfassungspatriotismus. Theoretisch ist dieser eine ungefährliche Art des Patriotismus, denn er spiegelt die universellen Werte der Aufklärung wider und hat dadurch eine generell anerkannte Korrektheit erlangt.⁷⁹

Überraschenderweise haben die Ideen von Verfassungspatriotismus und Verfassungsschutz mehr direkte Auswirkungen auf die muslimische Bevölkerung als das kontroverse Leitkulturkonzept. Seit 2001 wurden Gesetze, die Einwanderer beeinflussen, im Namen des Verfassungsschutzes durchgesetzt.⁸⁰ Seit 2005 können „Ausländer“ deportiert werden – auch die, die in Deutschland geboren und groß wurden, - auf der Basis der Verdächtigung, das Grundgesetz verletzen zu wollen.⁸¹ Zudem führt das Bundesamt für Verfassungsschutz, das zuständig dafür ist, das Grundgesetz vor subversiven Gruppen zu beschützen, islamische Verbände, die keine Gewalttaten befürworten zusammen mit Neonazigruppen mit veröffentlichten Gewaltstatistiken in seinen Berichten auf. Solche Berichte verstärken die Öffentlichkeits-Assoziationen zwischen Muslimen und ihren Organisationen und die Gefährdung des Grundgesetzes und seiner Werte.⁸² Obwohl man natürlich keine Parallelen zwischen den Nazis und der heutigen, deutschen Regierung ziehen sollte, kann man sehen, wie

⁷⁹ Jürgen Habermas, Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats (Frankfurt am Main: Suhrkampff, 1992), 642.
Dolf Sternberger, „Verfassungspatriotismus,“ Frankfurter Allgemeine Zeitung (23 May 1979), Seite 1.

⁸⁰ Ewing 202.

⁸¹ Ewing 208.

⁸² Ewing 209-210.

die heutige Angst vor der Verletzung des Grundgesetzes in der Tradition der Furcht vor dem „Anderen“ und dem „Feind von Innen“ steht.⁸³ Die gegenwärtige Studie der Islamkunde sollte im Licht der deutschen Religionsunterricht-Geschichte und von Deutschlands Integrationsproblemen betrachtet werden.

Die Fragestellung und Methodologie

Die Fragestellung

Es gibt zwei Hauptfragen, die diese Studie leiten:

- 1) Glauben die Nordrhein-Westfälischen Einwohner, dass „Integration“ einer der Ziele der Islamkunde ist? Wenn nicht, was ist das Ziel? Wenn ja, wie fördert Islamkunde Integration?
- 2) Befürworten die Nordrhein-Westfälischen Einwohner Islamkunde?

Eine Erklärung der Methodologie

Nordrhein-Westfalen wurde wegen seiner großen muslimischen Minderheit und wegen seiner leitenden Rolle in islamischer Unterweisung für diese Studie ausgewählt. Diese Studie konzentriert sich auf Grundschulen, denn Grundschulen fördern die Integration stärker, als Sekundarschulen: 1) Jedes Kind besucht die Grundschule, während Kinder in den vier Sekundarschularten aufgeteilt werden. Muslimische Schüler aus Einwandererfamilien neigen zur Überrepräsentation in manchen dieser Arten und zur Unterrepräsentation in anderen, aus Gründen, die über den Rahmen dieser Studie hinausgehen.⁸⁴ 2) Eltern sind in den

⁸³ Ewing 206.

⁸⁴ Muslimische Schüler aus Einwandererfamilien neigen zur Überrepräsentation in der Hauptschule und zur Unterrepräsentation im Gymnasium. Das Bildungsniveau der Eltern, Probleme bei der Erbweibung der deutsche Sprache, Rassismus und Diskriminierung generell zählen zu den Gründen.

Grundschuljahren aktiver in ihrer Beteiligung an der Schulbildung ihrer Kinder. Was den Religionsunterricht betrifft, so können Kinder sich nicht eigenständig abmelden bis sie ihr 14. Lebensjahr erreicht haben.

Ich war vom 17. Mai 2009 bis zum 31. Juli 2009 in Nordrhein-Westfalen. In dieser Zeit habe ich Vertreter der wichtigen Akteure und Teilnehmer des Schulversuchs Islamkunde interviewt. Es gab drei wichtige Gruppen: die politischen Parteien und die Nordrhein-Westfälische Regierung, die Religionsverbände und -gemeinschaften und die Schulgemeinschaften. Ich habe Vertreter der fünf politischen Parteien, die wenigstens einen Sitz im Nordrhein-Westfälischen Landtag haben, sowohl als auch die Beamtin des Schulministeriums, die für den Schulversuch Islamkunde zuständig ist, interviewt. Dazu habe ich drei der vier Vertreter von islamischen Verbände interviewt und zwar: Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland, Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) und Diyanet Isleri Türk Islam Birliği (DITIB). Ich habe auch einen Vertreter der Evangelischen Kirche im Rheinland interviewt und eine Stellungnahme des Erzbistums Köln erhalten. Schließlich habe ich zwei Grunschulen in Köln untersucht, die am Schulversuch Islamkunde teilnehmen. Dort habe ich die Schulleiter und Lehrer interviewt und habe Fragebögen an die Viertklässler und ihre Eltern ausgeteilt. Ich habe auch eine Grundschule in Hückelhoven untersucht, die nicht am Schulversuch Islamkunde teilnimmt, um meine Ergebnisse mit dem, was man an die überwiegende Mehrheit der Schulen in Nordrhein-Westfalen findet, die keine Islamkunde erteilen, zu vergleichen. Auch an dieser Schule habe ich den Schulleiter und die Lehrer interviewt und Fragebögen an die Viertklässler und ihre Eltern ausgeteilt.

Ich habe am 1. Juni 2009 IRB Genehmigung für meine Studie von Penn State erhalten (IRB # 30994). In Übereinstimmung mit IRB-Protokoll wurden alle Teilnehmer über meine

Studie und ihre Rechte als Teilnehmer informiert. Ich erhielt schriftliche Einwilligung von den Eltern im Namen der Kinder sowie mündliche Einwilligung von den Kindern und alle andere Teilnehmer. Ich habe meine Interviewpartner informiert, dass ich die Interviews auf einem Tonband aufzeichnete, und erhielt auch dafür mündliche Einwilligung. IRB-Protokoll gemäß wurden alle Teilnehmer versichert, dass ihre Teilnahme vertraulich war, and dass keine persönlich identifizierbare Daten veröffentlicht werden wurden. Deshalb werden Namen und Berufstitel in diese Studie nicht erwähnt.

DURCHFÜHRUNG DER STUDIE UND IHRE ERGEBNISSE

Politische Parteien und die Regierung

Die Nordrhein-Westfälische Regierung hat den Schulversuch „Islamkunde“ im Jahre 1999 eingeführt und sie seitdem trägt die alleinige Verantwortung. Das Schulministerium beaufsichtigt den Schulversuch, und die Politiker besitzen die Vollmacht, ihn zu ändern. Deswegen wäre jede Diskussion und Analyse des Schulversuchs „Islamkunde“ ohne Miteinbeziehen der Haltungen und Einstellungen der politische Parteien zur „Islamkunde“ und der Bewertung des Schulministeriums, unvollständig.

Ich habe den fünf Parteien im Nordrhein-Westfälischen Landtag E-Mails geschickt, in denen ich um Interviews mit ihren Vertretern bat, die mir die Parteiposition gegenüber „Islamkunde“ erklären könnten. Jede Partei hat einen Repräsentanten ausgesucht, den ich dann im Juli 2009 traf. Die folgenden Aussagen und Erklärungen stammen aus diesen Interviews. Auch die Beamtin des Schulministeriums, die für den Schulversuch „Islamkunde“ zuständig ist, gewährte mir im Juli ein Interview.

Das Nordrhein-Westfälische politische System

Nordrhein-Westfalen wurde am 23. August 1946 in der britischen Besatzungszone gegründet. Am 2. Oktober 1946 begann der Landtag seine erste Sitzung, wobei alle Mitglieder durch die Briten ernannt wurden. Die ersten demokratischen Wahlen fanden im Frühling 1947 statt. Seitdem haben verschiedene Koalitionen, sowie die CDU und die SPD Nordrhein-Westfalen regiert.⁸⁵

⁸⁵ Nordrhein Westfalen, Landtag, 60 Jahre Landtag 21 Jul. 2009
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/60JAHRE/010_60Jahre_Landtag.jsp>.

Landtagswahlen finden alle fünf Jahre statt.⁸⁶ Jeder deutsche Staatsbürger, der in Nordrhein-Westfalen lebt und mindestens achtzehn Jahre alt ist, ist wahlberechtigt. Nordrhein-Westfalen hat 128 Wahlbezirke. Die Gewinner jedes Wahlbezirks erhalten einen direkten Sitz im Landtag. Die restlichen 53 (oder mehr) Mitglieder stammen von den Länderreservelisten der Parteien. Sie werden genutzt, um jeder Partei die proportionalrichtige Repräsentation zu sichern (basierend auf dem Gesamtwahlergebnis). So wird eigentlich jede Stimme zweimal gezählt: einmal für den Kandidaten, den sie in ihrem Bezirk gewählt haben und einmal für die Partei des Kandidaten. Auf diese Weise können Parteien, die keinen ihrer Kandidaten direkt zum Landtag schicken können, dennoch Sitze zugeteilt bekommen jedoch nur die Parteien, die mindestens fünf Prozent der Stimmen der Gesamtwahl gewonnen haben.⁸⁷

Der Landtag wählt einen Präsidenten, der für alle administrativen Aufgaben des Landtags zuständig ist.⁸⁸ Der Landtag wählt auch einen Ministerpräsidenten, der die Macht hat, alle anderen Minister zu ernennen und zu entlassen.⁸⁹ Die Landesregierung wird durch den Ministerpräsidenten und die anderen Minister zusammengestellt.⁹⁰ Im Augenblick hat Nordrhein-Westfalen zehn Ministerien: das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung, das Finanzministerium, das Ministerium für Wirtschaft, Mittelklasse und Energie, das Ministerium für Inneres, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, das Ministerium für Schule und Weiterbildung, das Ministerium für Bauen und Verkehr, das

⁸⁶ Nordrhein-Westfalen, Landtag, Wahlen, 21 Jul. 2009
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/Wahlinformationen/wahlen.jsp>.

⁸⁷ Nordrhein Westfalen, Landtag, Das Wahlsystem, 21 Jul. 2009
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/Land_und_Landtag/wahlsystem.jsp>.

⁸⁸ Verfassung des Landes Nordrhein Westfalen, Teil 3, Absatz 1, Artikel 39.

⁸⁹ Verfassung des Landes Nordrhein Westfalen, Teil 3, Absatz 2, Artikel 52.

⁹⁰ Verfassung des Landes Nordrhein Westfalen, Teil 3, Absatz 2, Artikel 51.

Justizministerium, das Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen, und Integration.⁹¹

Islamkunde im Laufe der Koalitionen

Die Rot-Grün Koalition (1995-2005)

Von 1980 bis 1995 regierte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) Nordrhein-Westfalen eigenständig, aber 1995 verlor die SPD ihre absolute Mehrheit und war gezwungen, eine Koalition mit dem Bündnis 90/Die Grünen einzugehen.⁹² Diese Regierung hat den Erlass für den Schulversuch „Islamische Unterweisung in deutscher Sprache als eigenständiger Unterricht, “der parallel zur islamischen Unterweisung im Muttersprache-Ergänzungsunterricht, die 1986 begann, laufen sollte, am 28. Mai 1999 herausgegeben. Am 23. Februar 2005 wurde der Name des Schulversuchs zu „Islamkunde in deutscher Sprache (Islamkunde)“ geändert.⁹³

1999 war das Ziel des Schulversuchs die Integration der muslimischen Minderheit, die in Deutschland bleiben würde.⁹⁴ Wie begeistert die Politiker vom Schulversuch zu dieser Zeit waren, kann man diskutieren. Einer meiner Interviewpartner, ein Lehrer im Schulversuch, der 2005 Unterrichts – und Lehrpläne für Islamkunde entwickelte, und der den Schulversuch beaufsichtigte, behauptet, dass die politische Übereinstimmung zugunsten der Islamkunde in Nordrhein-Westfalen von Anfang an da war.⁹⁵ Eine andere Interviewpartnerin, die eng mit

⁹¹ Nordrhein-Westfalen, Die Landesregierung, Die Ministerien, 21 Jul. 2009
<http://www.nrw.de/Die_Landesregierung/Die_Ministerien/index.php>.

⁹² Nordrhein-Westfalen, Landtag, Kommentar zu den bisherigen Landtagswahlen, 21 Jul. 2009
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/Wahlinformationen/Wahlbetrachtungen.jsp>.

⁹³ “Islamkunde in deutscher Sprache (Organisation).”

⁹⁴ Kiefer, Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen 95.

⁹⁵ Professor bei der Universität Osnabrück, Persönliches Interview, 22 Jul. 2009.

Klaus Gebauer in der Entwicklung des Schulversuchs zusammengearbeitet hat, widerlegt diese Meinung und behauptet, dass 1999 viele Politiker gegen den Schulversuch waren.⁹⁶ Auf jeden Fall geben alle zu, dass das politische Interesse für Islamkunde nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 stark anstieg und als eine Methode betrachtet wurde, den Terrorismus in Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland zu verhindern.⁹⁷

Wegen der breiten politischen Unterstützung wuchs "Islamkunde" schnell. Bis Februar 2005 nahmen bereits 110 Schulen, 75 Lehrer und 7000-8000 Schüler am Schulversuch teil.⁹⁸ Doch im Mai 2005 läuteten die Wahlen eine neue Regierung mit neuen Prioritäten ein.

Die Schwarz-Gelb Koalition (2005-?)

Im Wahlkampf im Jahr 2005 gewann die Christlich Demokratische Union (CDU) einen klaren Sieg, betritt einer Koalition mit der Freien Demokratischen Partei (FDP) und trat wieder in die Regierung ein, von der sie seit 1966 ausgeschlossen war.⁹⁹ Der CDU-Chef in Nordrhein-Westfalen, Dr. Jürgen Rüttgers, wurde als Ministerpräsident gewählt. In dem vorherigen Wahlkampf 2000 hatte er keinen Erfolg mit Wahlsprüchen wie „Kinder statt Inder“¹⁰⁰ und „Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung.“¹⁰¹ Im Kontrast zu diesen vorherigen

IRB-Protokoll gemäß wurden alle Teilnehmer versichert, dass ihre Teilnahme vertraulich war, and dass keine persönlich identifizierbare Daten veröffentlicht werden wurden. Deshalb werden Namen und Berufstitel in diese Studie nicht erwähnt.

⁹⁶ Die Linke, persönliches Interview, 3 Jul. 2009.

⁹⁷ Bülent Ucar, Interview, Qantara.de – Dialog mit der islamischen Welt, 2009, 22 Jul. 2009
<http://de.qantara.de/webcom/show_article.php?wc_c=469&wc_id=1025&printmode=1>.

⁹⁸ "Islamkunde in deutscher Sprache (Organisation)."

⁹⁹ Nordrhein-Westfalen, Landtag, Kommentar zu den bisherigen Landtagswahlen.

¹⁰⁰ Patrick Bartlett, "Germans debate technology v immigration," BBC, 6 Apr. 2000, 15 Oct. 2011
<<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/704539.stm>>.

¹⁰¹ Tina Hildebrandt, "Auf dem Grat," Der Spiegel, 19 Mar. 2001, 16 Oct. 2011
<<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18758690.html>>.

Wahlprüchen, die in manchen Kreisen als ausländerfeindlich interpretiert wurden,¹⁰² hat seine Regierung jedoch die Integration betont.

Dr. Jürgen Rüttgers erklärte seine Entscheidung, das erste Ministerium in Deutschland für Integration zu gründen, in seiner Antrittsrede so: „Der Zusammenhalt der Generationen und das Gelingen der Integration sind für die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend.“¹⁰³ In dieser Rede betont er die Wichtigkeit der Integration der muslimischen Minderheit und seinen Wunsch, einen „regulären islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache, unter deutscher Schulaufsicht und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften“¹⁰⁴ einzuführen. Es ist interessant, dass er in seinem darauffolgenden Satz, muslimischen Lehrerinnen das Kopftuchtragen verbieten will. In dem Satz danach, beginnt er mit der öffentlichen Sicherheit. Obwohl er die Themen nicht verbindet, scheint diese Nebeneinanderstellung die Idee, dass deutsche Politiker nicht über deutsche Muslime und Integration reden können, ohne dabei Sicherheitsbedenken zu haben, zu bestätigen.

Die Regierung unterstützt zweifelslos “islamische Unterweisung” an Nordrhein-Westfälischen Schulen wegen der Integration und dem Wunsch, islamische, extremistische Tendenzen zu zügeln, wie die anderen Parteien auch. Doch zudem ist das Interesse der CDU auch eine Reaktion auf den wachsenden Druck der Kirchen. Die Kirchen wollen unbedingt ihre Religionsgemeinschaftsrechte und Privilegien beibehalten und wollen den Religionsunterricht in den Schulen sicherstellen. Deswegen setzen sie die politischen Parteien unter Druck – und die CDU, da sie eine christliche Partei ist, ist dem Druck der Kirchen besonders ausgesetzt:

¹⁰² Thomas Stein, “Wahlkämpfer Rüttgers verteidigt Äußerung "Kinder statt Inder," Berliner Zeitung, 10 Mar. 2000, 12 Jul. 2009 <<https://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2000/0310/none/0084/index.html>>.

¹⁰³ Jürgen Rüttgers, “Nordrhein-Westfalen kommt wieder: Mehr Selbstbestimmung wagen,” Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 13 Jul. 2005.

¹⁰⁴ Rüttgers, “Nordrhein-Westfalen kommt wieder: Mehr Selbstbestimmung wagen.”

Islamischer Religionsunterricht, der dem katholischen und evangelischen Religionsunterricht gleichzustellen wäre, stützt die Position der Kirchen hinsichtlich der demographischen Wandlung.¹⁰⁵

Das Ziel Islamkunde in Nordrhein-Westfalen einzuführen nahm im August 2006 konkrete Formen an, als Dr. Rüttgers' Kabinett den neuen Schulversuch „islamischer Religionsunterricht“ in Duisburg and Köln einführte.¹⁰⁶ Das Ziel der Regierung war es, mit lokalen Moscheen zusammenzuarbeiten und eine Schura zu formen; zusätzlich zu einem Rat aus Islamkundefachgelehrten, die statt einer anerkannten Religionsgemeinschaft den Platz des vorgeschriebenen Gesprächspartners einnehmen könnten. Dieser Schulversuch wurde von Anfang an mit viel Skepsis betrachtet, selbst in den Reihen der Koalitionsparteien.¹⁰⁷ Die vier wichtigsten muslimischen Organisationen waren auch nicht damit einverstanden, weil sie den Schulversuch als einen Trick sahen, den Religionsunterrichtsprozess zu umgehen. Die vier muslimischen Organisationen gründeten dann in Reaktion darauf den Koordinierungsrat der Muslime. Doch die Regierung hat sich geweigert, diese neue Organisation als eine Religionsgemeinschaft anzuerkennen. Aber ohne die Unterstützung der muslimischen Vereine, die die Moscheengemeinschaften finanziell tragen, war der Schulversuch von Anfang an zum Scheitern verurteilt.¹⁰⁸

Am 1. Juni 2009 hat der Integrationsminister Armin Laschet den Kabinettsbeschluss verkündet, der einen neuen islamischen Religionsunterricht-Schulversuch im Schuljahr

¹⁰⁵ Die Linke, persönliches Interview, 3 Jul. 2009.

SPD, persönliches Interview, 6 Jul. 2009.

FDP, persönliches Interview, 1 Jul. 2009.

¹⁰⁶ Bülent Ucar, „Eine Brücke von der Islamkunde zum Islamischen Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen,“ Auf dem Weg zum Islamischen Religionsunterricht, Eds. Michael Kiefer, Eckhart Gottwald, Bülent Ucar (Berlin: Lit Verlag, 2008) 77.

¹⁰⁷ YV, „Modell startet in Köln und Duisburg. Islamischer Religionsunterricht an nordrhein-westfälischen Schulen,“ Landtag intern 10 (2006) 17.

¹⁰⁸ Bülent Ucar, „Eine Brücke von der Islamkunde zum Islamischen Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen,“ 78.

2010/2011 versprach. Dieses Mal sollte der Schulversuch sich nicht nur auf Duisburg und Köln beschränken. Die Idee dahinter war, dass sich während des Schulversuchs, Muslime und muslimische Organisationen in Nordrhein-Westfalen entwickeln und eine Form annehmen könnten, die das Land offiziell als Religionsgemeinschaft anerkennen würde.”

Obwohl alle Parteien ihre Unterstützung der Idee des islamischen Religionsunterrichts zum Ausdruck bringen, haben viele Personen Zweifel an der Bedeutung des neuen Schulversuchs. Einer meiner Interviewpartner nennt ihn rundweg Etikettenschwindel.¹⁰⁹ Die Beamtin, die für den Schulversuch Islamkunde verantwortlich ist, gibt zu, dass es sehr wenige Unterschiede geben wird zwischen Islamkunde und dem neuen Schulversuch.¹¹⁰

Selbst der Kabinettserslass vom 1. Juli erkennt an, dass die Islamkundestruktur eine gute Grundlage ist, von der man islamischen Religionsunterricht entwickeln könnte. Wieso hat die Schwarz-Gelbe Koalition den Schulversuch Islamkunde nicht weiter ausgebaut? Seit 2005 wurden nur achtzehn weitere Schulen in dem Schulversuch aufgenommen und 2006 wurde die Vergrößerung des Schulversuchs komplett gestoppt¹¹¹ - gegen die Einsprüche der Oppositionsparteien.¹¹² Laut der SPD Repräsentantin im Nordrhein-Westfälischen Landtag, die ich interviewt habe, wollte die CDU den Schulversuch nicht an mehr Schulen ausbreiten, da sie der SPD keine Anerkennung geben wollte. Ohne auf die politischen Motivationen einzugehen, ist es bemerkenswert, dass der Schulversuch „Islamkunde“ im Schuljahr 2008-2009 nur 3% der muslimischen Schülerschaft in Nordrhein-Westfalen erreichte.¹¹³

¹⁰⁹ Professor bei der Universität Osnabrück, persönliches Interview, 22 Jul. 2009.

¹¹⁰ Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

¹¹¹ Britta Altenkamp, Pressestelle SPD-Landtagsfraktion, 1 Jul. 2009.

¹¹² YV 17.

¹¹³ Professor bei der Universität Osnabrück, persönliches Interview, 22 Jul. 2009.

Parteipositionen hinsichtlich *Islamkunde*

Die CDU und die FDP kam beim Wahlkampf im Mai 2005 an der Macht. Zur Zeit der Studie war die parteische Repräsentation in dem Nordrhein-Westfälischen Landtag folgendermaßen: Die CDU hatte 89 Mitglieder, die SPD 74, die FDP 12, Bündnis 90/Die Grünen 11 und Die Linke 1. Landtagsmitglied Rüdiger Sagel hat seine Parteizugehörigkeit im Oktober 2007 von Bündnis 90/Die Grünen zur Linken geändert.¹¹⁴

Am 1. Februar 2006 entschieden die vier Parteien im Landtag eine Arbeitsgruppe des Islamdialogs zu bilden. Das Hauptziel dieser multiparteiischen Gruppe ist es, zu einer Übereinstimmung hinsichtlich der Kriterien einer staatlich anerkannten muslimischen Religionsgemeinschaft zu gelangen.¹¹⁵ In der Zwischenzeit arbeitet die multiparteiische Gruppe mit dem *Koordinierungsrat der Muslime* bei solchen Themen zusammen, die deutsche Muslime angehen, wie zum Beispiel islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Obwohl zwischen den Parteien hinsichtlich dieses Themas eine große Übereinstimmung herrscht, hat natürlich jede Partei ihre eigene Einstellung.

CDU

Dem CDU-Referent nach, den ich interviewt habe, habe die CDU sich von Anfang an für islamischen Religionsunterricht auf gleichem Niveau mit dem christlichen Religionsunterricht engagiert. Laut der CDU sei konfessioneller Religionsunterricht sehr wichtig für die persönliche Entwicklung eines Kindes. Der Referent betonte, dass nur ein aufgeklärter Islam, der mit dem deutschen Grundgesetz und deutschen Werten übereinstimme, in Schulen unterrichtet werde. Er

¹¹⁴ Nordrhein-Westfalen, Landtag, Die Fraktionen, 17 Feb. 2010 <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/Parlament/Fraktionen.jsp>.

¹¹⁵ Nordrhein-Westfalen, Landtag, Aufgaben: Parlamentarische Arbeitsgruppe Islam-Dialog (A04/1), 25 Jul. 2009 <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/I.1/Ausschuesse/A04_1/aufgaben.jsp>.

erklärte, dass konfessioneller, islamischer Religionsunterricht die Integration in mancher Hinsicht fördern werde. Erstens werden die Kinder ihre persönlichen Werte verinnerlichen, und ihr Selbstvertrauen werde sich verstärken und ihnen helfen, ihren Weg zu finden. Zweitens werden sie sich von der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen fühlen, da ihre Religion auch in der Schule anerkannt werde. Und zuletzt werden sie sehen, dass ihre Werte mit den deutschen Werten übereinstimmen.

Dem CDU-Referent nach sei die mangelnde Anerkennung der islamischen Religionsgemeinschaft, ohne die kein verfassungsmässiger, islamischer Religionsunterricht stattfinden kann, das Hauptproblem. Aus Sicht der CDU sind die islamischen Organisationen verantwortlich für den mangelnden Fortschritt in diesem Gebiet.¹¹⁶ Der Referent sagte, dass die islamischen Verbände nicht gut mit der Regierung zusammen arbeiten und die deutschen Werte, wie zum Beispiel akademische Freiheit, nicht respektieren wie der Streit über Professor Kalisch zeige.¹¹⁷

Wegen des Anerkennungsproblems hat die CDU die Islamkunde als einen Schritt in der richtige Richtung gefördert. Der Referent sagte aber, dass Islamkunde, da sie kein konfessioneller Religionsunterricht sei, nicht ausreichend sei, und das es deswegen an der Zeit sei, den richtigen islamischen Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen einzuführen. Die

¹¹⁶ CDU, persönliches Interview, 1 Jul. 2009.

¹¹⁷ Johannes Nitschmann, "Koalitions-Streit um Islam-Professor," [WRD.de](http://www.wdr.de/themen/kultur/religion/islam/konflikte/kalisch/081231.jhtml) 31 Dez. 2008, 25 Jul. 2009 <<http://www.wdr.de/themen/kultur/religion/islam/konflikte/kalisch/081231.jhtml>>.

Professor Kalisch bei der Universität zu Münster ist dafür verantwortlich, die zukünftigen Islamkundeführer (und theoretisch auch die zukünftigen islamischen Religionsunterrichtslehrer) auszubilden. Doch in September 2007 hat er öffentlich die Existenz des Propheten Mohammeds in Frage gestellt. Diese Bemerkung, mehrmals wiederholt, erregte die Aufmerksamkeit der islamischen Organisationen, die für die Entlassung Professor Kalisch als Islamkundeführer im Ausbildungsprogramm ausriefen. Wären die islamische Organisationen eine anerkannte Religionsgemeinschaft, hätten sie das Recht, so einen Antrag zu stellen. Die CDU-Landtagsfraktionschef Helmut Stahl hat klar gemacht, dass da die islamische Organisationen nicht anerkannt sind, sie dieses Recht nicht haben und die Regierung die akademische Freiheit schützen müsse. In seine Worten: "Einen Kotau vor den islamischen Verbänden darf es nicht geben."

CDU hoffe, dass die islamischen Verbände dieses Unternehmen der Regierung, welches den muslimischen Schülern stark helfen werde, unterstützen werden.¹¹⁸

SPD

Die SPD Lantagsrepräsentantin, die ich interviewt habe, ist damit einverstanden, dass alle demokratischen Parteien (also auch ihre Partei, die SPD) den islamischen Religionsunterricht verwirklichen wollen. Doch weil der notwendige Rechtsrahmen zu Zeit und bis heute noch nicht vorhanden seien, hat die SPD 1999 den Schulversuch Islamkunde eingeführt. Der SPD nach, sei Islam in der Schule notwendig, da er die muslimische Gemeinschaft integriere. Islamkunde verbessere die Kommunikation mit den muslimischen Eltern, da sie sich nicht mehr wegen ihrer Religion als Außenseiter fühlen. Überdies sagte sie, dass es wichtig sei, Islam in der Schule zu haben, damit der Staat die Unterweisung beeinflussen und kontrollieren könne. Wenn Islam als Lehrfach erteilt werde, werden die meisten Kinder nicht mehr zur Moschee gehen, wo man nicht wissen könne, was ihnen beigebracht werde. Kinder fühlen sich eher integriert, wenn ihre Religion anerkannt und dem Christentum ebenbürtig betrachtet werde. Islamische Unterweisung in der Schule stelle die Hierarchie der deutschen Werte den muslimischen Kinder vor, so meine Interviewpartnerin.

Meiner Interviewpartnerin nach wurde die CDU von Seiten der Kirchen dazu gedrängt, islamischen Religionsunterricht einzuführen. Obwohl die SPD islamischen Religionsunterricht befürworte, sei die Partei dem neuen Schulversuch gegenüber skeptisch. Aus Sicht der SPD scheint die Kundgebung mehr politisches Theater als Substanz zu sein. Keiner weiß, wie dieser neue Schulversuch funktionieren soll. Die SPD hat mehrere Fragen: Worin liegt der Unterschied zwischen Islamkunde wie sie in Nordrhein-Westfalen erteilt wird und islamischem

¹¹⁸ CDU, persönliches Interview, 1 Jul. 2009.

Religionsunterricht? Wie wird man den Inhalt verändern? Die SPD weist darauf hin, dass Niedersachsen in seinem islamischen Religionsunterrichtschulversuch stecken blieb und nicht auf die nächste Stufe stieg. Nordrhein-Westfalen werde dieses Problem hoffentlich nicht erfahren, obwohl das, wegen der schlechten Planung gut möglich wäre. Die SPD sehe das Hauptproblem darin, dass durch das Drängen der CDU nach islamischem Religionsunterricht, die Partei es versäumte, den existierenden Schulversuch Islamkunde weiterauszubilden. Deswegen seien nicht annähernd genug Lehrer vorhanden, um irgendeine Art von islamischer Unterweisung zu erteilen. Meiner Interviewpartnerin nach haben nur zwei Studenten das Islamstudium an der Universität Münster absolviert, die für die Ausbildung von Islamkundelehrern zuständig ist. Deswegen befürworte die SPD den Schritt von der Islamkunde zum islamischen Religionsunterricht, sei aber skeptisch gegenüber dem Ergebnis.¹¹⁹

FDP

Die FDP glaubt, dass alle Parteien damit einverstanden seien, dass Islam unter deutscher Schulaufsicht in deutscher Sprache und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern an Schulen erteilt werden sollte. Der FDP nach diene die islamische Unterweisung der Integration. Es sei wichtig, dass sich die mehr als 300.000 muslimischen Schüler in Nordrhein-Westfalen akzeptiert fühlen und gleichberechtigt sind.

Die FDP betrachtet die islamischen Verbände als das Haupthindernis für den politischen Willens, islamische Unterweisung an Schulen in Deutschland einzuführen. Der FDP nach mögen die islamischen Verbände es nicht, wie die islamische Unterweisung erteilt werden soll. Sie wollen, dass Islam in türkischer Sprache von Imams unterrichtet werde, anstatt auf Deutsch, mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter deutscher Schulaufsicht. Trotzdem

¹¹⁹ SPD, persönliches Interview, 6 Jul. 2009.

unterstütze die FDP Islamkunde und den angekündigten islamischen Religionunterricht-Schulversuch und hoffe, dass die islamischen Verbände nicht zu viele Probleme verursachen werden.¹²⁰

Bündnis 90/Die Grünen

Laut meinem Bündnis 90/Die Grünen Interviewpartner, der mit dem Arbeitskreis seiner Partei, die sich mit allen Fragen rund um Muslime in Nordrhein-Westfalen befasst, "AK Grüne MuslimInnen," arbeitet, stehe das Bündnis 90/Die Grünen der Religion kritisch gegenüber, aber lehne sie nicht ab. Noch wichtiger sei es, dass die Partei sich als Beschützer von Minderheiten betrachte, und Muslime seien eine wichtige Minderheit in Deutschland. Aus diesem Grund habe Bündnis 90/Die Grünen NRW einen muslimischen Arbeitskreis gegründet. Bis jetzt ist er meinem Interviewpartner nach der einzige seiner Art in ganz Deutschland.

Bündnis 90/Die Grünen haben Islamkunde von Anfang an unterstützt, denn sie sei besser als nichts, obwohl islamischer Religionsunterricht das Ziel bliebe. Bündnis 90/Die Grünen engagiere sich im Namen der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung für islamischen Religionsunterricht. Die Partei sei auch daran interessiert, Muslime in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Nur die Rechtsparteien profitieren davon, wenn die Integration nicht geschehe. Deshalb glaube Bündnis 90/Die Grünen, dass muslimische Schüler ihren Glauben in der Schule lernen müssen, sodass sie offen damit umgehen können und sich nicht wegen ihrer Religion schämen müssen. Der Partei nach werde dies zu mehr Vertrauen führen und Vertrauen sei im aktuellen Klima unbedingt notwendig.

Bündnis 90/Die Grünen sehe, dass es viel verborgenes Misstrauen und große Angst gegenüber den Muslimen und islamischen Verbänden in der Gesellschaft und in den politischen

¹²⁰ FDP, persönliches Interview, 1 Jul. 2009.

Parteien gibt. Der Partei nach unterlaufe die aktuelle zweigleisige Methode der Regierung Vertrauensbildung und positive Entwicklung. Auf der einen Seite führe die Regierung ein endloses scheinendes Gespräch mit den existierenden islamischen Verbänden, das scheinbar zu nichts führt. Auf der andere Seite versuche die Regierung, einen sozusagen liberalen muslimischen Partner hervorzubringen. Die Regierung kritisiere immer etwas an den islamischen Verbänden, aber gäbe ihnen nie eine richtige Chance. Mein Interviewpartner nahm die Kritik des Staates der islamischen Verbände, die das Islamkundelehrerprogramm an der Universität Münster boykottierten, als Beispiel, denn er empfand, dass die Regierung die Verbände am Anfang nicht ausreichend konsultiert hätten. Bündnis 90/Die Grünen nach komme es am Ende dazu, dass der deutsche Staat den Islam zu viel kontrollieren und definieren wolle, worauf er verfassungsmäßig als religionsneutraler Staat eigentlich nicht das Recht habe. Deutschland versuche den Islam zu kontrollieren, da es Angst vor ihm habe. Alles, was mit Islam etwas zu tun habe, lande immer im Gebiet des Innenministeriums und sei mit deutscher Sicherheit verbunden. Die Partei sehe, dass dieses Verhalten keine Atmosphäre des Vertrauens und Verständnis schaffe.

Nichtsdestotrotz sagte mein Interviewpartner, dass Bündnis 90/Die Grünen ihren Beitrag leiste, um die Situation zu verbessern. Die Partei teile viele Ideen mit der interfraktionellen, parlamentarischen Arbeitsgruppe Islamdialog. Bündnis 90/Die Grünen sei froh, dass Nordrhein-Westfalen einen Integrationsminister habe und glaube, dass der Integrationsminister Laschet gute Ideen habe, aber die Partei stehe der Durchführung dieser Ideen kritisch gegenüber. Minister Laschet hat den neuen islamischen Religionsunterricht Schulversuch der Presse früh mitgeteilt, aber Bündnis 90/Die Grünen glauben, dass die islamischen Verbände wahrscheinlich kooperieren werden, da es ihr Ziel ist, Anerkennung von der Regierung zu erhalten. Die

Kundgebung ist von der Presse gut aufgenommen worden, aber die wirkliche Frage für Bündnis 90/Die Grünen sei, wie dieser Schulversuch durchgeführt werden soll. Es sei möglich, dass es nur symbolische Politik sei. Bündnis 90/Die Grünen, so mein Interviewpartner, wollen im Gegensatz dazu die islamischen Verbände wirklich in den Prozess einbeziehen und einen konkreten Fortschritt in islamischer Unterweisung in Nordrhein-Westfalen ermöglichen.¹²¹

Die Linke

Die Linke ist gegen konfessionellen Religionsunterricht jeder Art an deutschen Schulen und glaubt, dass Religion eine Privatangelegenheit sei, so die Mitarbeiterin der Linken, die ich interviewt habe. Die Partei ziehe eine allgemeine Religionsklasse vor, die Schüler aller Glaubensarten zusammen besuchen würden, und in der sie über die Geschichte und die wichtigen Glaubenslehren der großen Weltreligionen lernen würden. Die Linke glaubt aber, dass, so lange es Religionsunterricht in der Schule gibt, Islam den anderen Religionen gleichgestellt werden sollte. Der Inhalt der Islamkunde sei gut und Die Linke unterstütze islamischen Religionsunterricht aus Gleichberechtigungsgründen. Zudem glaubt Die Linke, dass es besser wäre, wenn Kinder über den Islam in der Schule lernten anstatt in den Moscheen, die der Staat nicht überwachen und kontrollieren kann.

Die Linke sei etwas überrascht über Laschets Kundgebung des neuen islamischen Religionsunterrichtschulversuchs gewesen. Die Partei hätte so eine Kundgebung eher vom Schulministerium als vom Integrationsministerium erwartet. Zudem wurde der Linken nach die CDU von den Kirchen unter Druck gesetzt, so einen Schritt zu unternehmen. Die CDU sei aber nicht pro-Islam und suche nach Ausreden wie die islamischen Verbände, damit dieser Schulversuch scheitere. Die Linke gibt zu, dass das Problem der islamischen Verbände sehr

¹²¹ Bündnis 90/Die Grünen, persönliches Interview, 14 Jul. 2009.

present sei. Die Linke denkt, dass sie sehr konservativ sind und dass sie nicht unbedingt die Mehrheit der Muslime in Deutschland vertreten. Der Linken nach wäre es besser, anderswo nach einer muslimischen Autorität zu suchen, mit der die Regierung zusammenarbeiten könnte, um islamischen Religionsunterricht einzuführen.

Das Schulministerium und *Islamkunde*

Obwohl die Beamtin, die zuständig für den Schulversuch *Islamkunde* ist, sehr aufgeregt war wegen des Kabinettschlusses vom 1. Juli 2009, einen islamischen Religionsunterrichts Schulversuch einzuführen, der im Schuljahr 2010-2011 anfangen und theoretisch schrittweise *Islamkunde* ersetzen würde, ist, gab sie zu, dass er sich nicht stark vom aktuellen Schulversuch *Islamkunde* unterscheiden würde. Der Hauptunterschied sei, dass die Regierung enger mit den islamischen Verbänden zusammenarbeiten werde. In Bezug auf die derzeitige Relevanz und zukünftige Bedeutsamkeit des Schulversuchs *Islamkunde* hat die Beamtin die Einführung, Ziele, Bewertungen und Herausforderungen erörtert.¹²²

*Die Einführung des Schulversuchs *Islamkunde* in Nordrhein-Westfalen*

Dem Schulministerium nach wollen muslimische Schüler und ihre Familien islamische Unterweisung in der Schule haben. Außer den Muslimen haben auch die Kirchen die schnellstmögliche Einführung von islamischem Religionsunterricht gefördert, aus Angst vor dem Verlust ihres eigenen Religionsunterrichts, obwohl diese Sorgen völlig unbegründet seien, nach Ansicht der Beamtin. Trotzdem war es klar, dass die Nordrhein-Westfälische Regierung keinen Fortschritt mit den islamischen Verbänden mache und deswegen, wenigstens zu der Zeit,

¹²² Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

islamischer Religionsunterricht nicht eingeführt werden konnte. Deswegen habe die Regierung Islamkunde eingeführt, ohne die islamischen Verbände zu konsultieren.

Das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest hat die Aufsicht des Schulversuchs im Namen des Schulministeriums übernommen. Das Institut hat die Lehrpläne entwickelt und die Lehrer ausgebildet. Lehrer wurden aus zwei Quellen rekrutiert: muslimische Lehrer des Muttersprachunterrichtsprogramms und muslimische Islamstudiengelehrte. Erstere, wenn sie gut genug Deutsch sprechen konnten, besuchten Islamkurse. Die Anderen wurden in Pädagogik und Lehrmethoden geschult. Schulen, die am Schulversuch Islamkunde teilnehmen wollten, mussten sich beim Schulministerium bewerben. Diese Bewerbungen wurden auf eine individuelle Weise bis 2006 überprüft, als die Vergrößerung des Schulversuchs Islamkunde, wegen dem Wunsch der Regierung, ihn mit echten islamischen Religionsunterricht zu ersetzen abgebrochen wurde.¹²³

Die Ziele des Schulversuchs Islamkunde

Dem Schulministerium zufolge werden die Ziele des Schulversuchs Islamkunde und sogar des eventuellen islamischen Religionsunterrichts oft von Seiten der islamischen Verbände und deutscher Politiker missverstanden. Das Ziel des Religionsunterrichts sei es zum Beispiel nicht, Kinder in den Ritualen ihres Glaubens zu schulen:

Das ist nicht Aufgabe von Religionsunterricht, die Kinder in Ritualen der Religion zu schulen. Das ist es nicht. Sondern, es gibt viele Muslime, die fasten, es gibt aber auch Muslime, die nicht fasten, und so muss man den Kindern als Lehrkraft das auch freistellen. Also man darf sie nicht darauf [sic] verpflichten. Das ist nicht der Sinn unseres Religionsunterrichts.¹²⁴

¹²³ Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

¹²⁴ Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

Das Schulministerium gibt zu, dass das die Erwartungen einiger muslimischen Eltern widersetzt, die erwarten, dass die Gebote erklärt werden und die Kinder verpflichtet sind, sie zu befolgen.

Der Beamtin nach könne man dieses Missverständnis auch in der deutschen Gesellschaft und sogar unter manchen Politikern finden. Sie glauben, dass es die Aufgabe der Islamkunde sei, Kinder von Koranschulen zu entfernen, aber laut der Beamtin sei die Schule nicht dafür verantwortlich, Kinder in den Ritualen und der Ausübung ihres Glaubens zu unterrichten. Erste Kommunion, Konfirmation und Bar Mitzwaklassen werden alle außerhalb der Schule von den jeweiligen Religionsgemeinschaften erteilt. In gleicher Weise werden muslimische Kinder weiterhin bestimmte religiöse Rituale in den Moscheen lernen.

Das echte Ziel der Islamkunde sei zweifach, so das Schulministerium. Erstens solle Islamkunde den Kindern helfen, sich zu informieren und mehr über ihre Religion nachzudenken, so dass sie das Risiko vermindern, dass sie radikalisiert werden könnten:

Wir möchten, dass mit einem kritisch reflektierten Islamkundeunterricht möglichen [sic] Einfluss von sehr, sehr konservativen vielleicht auch islamistischen Gruppen nicht bei den Kindern Fuß fasst, sondern dass es zur Reflexion kommt.¹²⁵

Zweitens sei das Schulministerium davon überzeugt, dass Islamkunde der Integration der muslimischen Schüler diene. Der Regierung zufolge stammen viele muslimische religiöse Leiter aus dem Ausland und verstehen die deutsche Kultur und die Probleme nicht, die der muslimischen Jugend begegnen. Islamkunde andererseits konzentriere sich immer auf die Realität, darauf, dass die Kinder in der Diaspora leben: "Islamkunde bietet ein Stück Integration, weil es immer von der Situation des Schülers in dieser Diaspora ausgeht."¹²⁶ Islamkunde soll auch eine Gelegenheit bieten, den Kindern Werte weiterzugeben, die notwendig für Integration und Gemeindeleben seien.

¹²⁵ Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein Westfalen, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

¹²⁶ Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein Westfalen, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

Bewertungen des Schulversuchs Islamkunde

Als sie nach einer Bewertung des Schulversuchs befragt wurde, wies die Beamtin auf Michael Kiefers Dissertationsarbeit von 2005 hin, die die Ergebnisse einer Befragung von 2002 enthält, und in Zusammenarbeit und mit Unterstützung des Schulministeriums durchgeführt wurde. Die Befragung hat die Eltern der Kinder erzielt, die Islamkunde besuchen. Die Beamtin erklärte, dass diese Studie zeige, dass die meisten Eltern mit der Islamkunde zufrieden seien.¹²⁷

In Michael Kiefers Studie wurden 288 Fragebögen an Islamkundeschüler an fünf Schulen ausgeteilt, um sie an ihre Eltern weiterzugeben. 153 wurden ausgefüllt und zurückgegeben.¹²⁸ Nur 49% derer, die antworteten, sagten, dass sie über die Ziele oder den Inhalt des Unterrichts informiert waren. Obwohl 61.4% damit einverstanden waren, dass Deutsch die Unterrichtssprache sein sollte, glaubten 53% von ihnen, dass die Lehrer ihre Universitätsausbildung in einem islamischen Land absolvieren sollten. 90.2% der Eltern waren damit einverstanden, dass alle Muslime, ob Shiiten, Sunniten oder türkische Aleviten, zusammen unterrichtet werden sollten. 42.5% derer, die antworteten, glaubten, dass der Staat nicht mit islamischen Verbänden zusammenarbeiten oder sie hinsichtlich der Islamkunde konsultieren müsse.¹²⁹ Wegen der niedrigen Rücklaufquote würde es einem schwer fallen, auf dieser Basis eine Studie über das Ergebnis zu schreiben, dass die meisten Eltern mit Islamkunde zufrieden sind. Da mehr als die Hälfte der Eltern, die antworteten, nicht über die Klasse informiert waren, scheint es, dass die Regierung nicht wirklich an informierten Eltern interessiert ist.

Außer Michael Kiefers Dissertationsarbeit von 2005 waren die einzige andere Art der Bewertung an die die Beamtin denken konnte, die Bemerkungen einiger lokaler Bezirke, dass die Kinder, die an Islamkunde teilnahmen, besser Deutsch beherrschten, da sie zwei Stunden mehr in

¹²⁷ Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein Westfalen, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

¹²⁸ Michael Kiefer, Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen, 196.

¹²⁹ Michael Kiefer, Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen, 201-202.

der Woche in Deutsch unterrichtet wurden.¹³⁰ Die Idee, dass Islamkunde das Deutsch der Schüler verbessern soll, ist auch in den Unterrichtsmaterialien vorhanden, wie zum Beispiel im Lehrbuch Die Schöne Quelle: Islamunterricht in der Grundschule, Klasse 3: helfen und stärken. Jedes Kapitel im Buch enthält eine Übung, in der die Schüler bestimmte Wörter und vermutlich ihre Bedeutungen besprechen sollen. Zu den Wörtern zählen Begriffe wie faul, Erdbeben, Taschengeld, ein bisschen, Beruf und Parfüm.¹³¹

Herausforderungen und Lösungsversuche

Das Schulministerium stehe hinsichtlich Islamkunde vielen Herausforderungen gegenüber und reagiert auf sie auf verschiedene Weise. Die größten Herausforderungen seien der Mangel an qualifizierten Lehrern, der Mangel an Begeisterung und sogar Feindseligkeit gegenüber Islamkunde seitens der Öffentlichkeit und die Schwierigkeiten mit den islamischen Verbänden.

Die Beamtin würde gerne mehr Werbung für den Schulversuch machen, vor allem den angekündigten islamischen Religionsunterrichtschulversuch. Werbung ist wichtig, da Schulen, die teilnehmen wollen, dies beantragen müssen. Sie gibt aber zu, dass der Hauptgrund, weshalb das Schulministerium nicht zu viel Werbung machen will, der vorhandene Mangel an Geld und qualifizierten Lehrkräfte sei:

Wir müssen natürlich vorsichtig sein, denn das kann auch ein mehr an Lehrerstellen erfordern und da muss ich immer mit dem Haushalt verhandeln ob wir mehr Lehrer dafür kriegen, denn normalerweise ist der Religionsunterricht in den [sic] Zuweisung der Lehrerstellen enthalten. Da kommt pro Kopf jedes Kindes zwei Stunden Religionsunterricht, aber wenn ich eine Schule habe, die hat pro Kopf Schüler [sic] zwei Stunden Religionsunterricht, dann muss ich aufteilen [sic] evangelisch, katholisch, islamisch, nicht getaufte Kinder und vom Religionsunterricht abgetakt, da habe ich schon

¹³⁰ Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein Westfalen, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

¹³¹ Havva Yakar et al., Die Schöne Quelle: Islamunterricht in der Grundschule, Klasse 3: helfen und stärken (Köln: Önel Verlag, 2008).

vier Lerngruppen, die kriege ich mit einer Lehrerresource von zwei Stunden pro Kind gar nicht hin. Das ist also fair. Also brauche ich da doch eigentlich ein bisschen mehr an Stellen. Das ist wohl klar. Ich würde mich freuen, wenn ich Werbung dafür machen könnte. Ich muss aber auch realistisch sehen, dass wir relativ wenig muslimische Lehrkräfte haben, die dafür zum Einsatz kommen können [sic]. Wir haben 310.000 muslimische Schüler in NRW und ich würde in den nächsten zehn Jahren nicht so viele Lehrer ausbilden, um alle zu versorgen.¹³²

Die Regierung habe aber eine neue Idee entwickelt, diesem Mangel an Lehrkräften entgegenzutreten. Inspiriert vom System in Baden-Württemberg will sie die Muslime, die schon Lehrer in Nordrhein-Westfalen sind, zur Weiterausbildung schicken, um sie als Islamkundelehrer zu qualifizieren. Dieses Zertifikatskursprogramm, in dem die Lehrer ein Jahr lang vier Tage in der Woche unterrichten und einen Tag Weiterbildungskurse besuchen, um sich in einem neuen Fach zu qualifizieren, wird schon seit langem in Nordrhein-Westfalen praktiziert. Sie weist darauf hin, dass es ein weiterer Gewinn des Programms sei, dass es das derzeitige Islamkundelehrerausbildungsprogramm an der Universität Münster umgeht. Viele Muslime wollen dieses Programm nicht besuchen, da Professor Kalisch, der es leitet, die historische Existenz des Propheten Mohammed in Frage gestellt hat. Die Beamtin hat sich ans Netzwerk der Lehrer mit Immigrationshintergründen gewendet und schon haben 100 muslimische Lehrer in Nordrhein-Westfalen ihr Interesse am Zertifikatskurs für Islamkunde kundgetan.¹³³

Ein aktueller muslimischer Lehrer in Nordrhein-Westfalen hat aber darauf hingewiesen, dass es nicht nur an qualifizierten Islamkundelehrern mangle, sondern auch an muslimischen Lehrern generell. Es gäbe viele Gründe für diese Unterrepräsentation. Eine unangemessen große Zahl an Muslimen in Deutschland besuchen keine Universität, und dazu kommt, dass die, die sie besuchen, andere Berufe wählen. Das Schulministerium sei nicht unbedingt für die

¹³² Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

¹³³ Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

geringe Anzahl der muslimischen Lehrer verantwortlich, aber es tue wenig dafür, die Muslime für den Lehrberuf zu begeistern.¹³⁴

Abgesehen vom Mangel an Lehrkräften muss das Schulministerium Islamkunde angesichts der Nordrhein-Westfälischen Öffentlichkeit durchführen, die nicht besonders begeistert vom Gedanken ist, durchführen:

...[Islamkunde] ist wahrlich kein Thema mit dem man den Durchschnittswähler in NRW begeistern kann. Es gibt sehr viele Vorurteile und auch eine gehörige Portion Rassismus in unserem Land und es gibt viele, die sagen, "Warum sollen die auch noch Religionsunterricht erhalten."¹³⁵

Die Beamtin wies darauf hin, dass viele Wähler vielleicht gar nicht wissen, dass Religionsunterricht im Grundgesetz steht und deshalb ein verfassungsgeschütztes Grundrecht in Deutschland ist. Das Schulministerium könne nicht einmal alle Lehrer überzeugen, dass islamischer Religionsunterricht eine gute Idee sei. Sogar an Schulen mit großen Prozentanteilen muslimischer Schüler, sei viel Widerstand vorhanden wegen der Schwierigkeiten, sich mit den muslimischen Eltern auseinanderzusetzen. Der Beamtin zufolge sprechen viele türkische Frauen kein Deutsch, obwohl sie einen Deutschtest bestanden haben, bevor sie eingewandert sind. Sie haben was das deutsche Schulsystem betrifft keine gute Vorstellung und sie geben keine deutschen Werte an ihre Kinder weiter. Diese Situation schließe eine gute Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Eltern aus.

Im Gegensatz zur Öffentlichkeit haben die politischen Parteien sich nie über die Notwendigkeit der Islamkunde und des islamischen Religionsunterrichts gestritten. Die Beamtin findet das lobenswert und ein gutes Gegengewicht zu den Wählern:

¹³⁴ Bündnis 90/Die Grünen, persönliches Interview, 14 Jul. 2009.

¹³⁵ Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

Das finde ich auch in Ordnung, dass man [sic] eben gerade weil es so viele Vorurteile und so offenen oder verdeckten Rassismus in der Gesellschaft gibt, dass [sic] alle politischen Parteien im Landtag da zusammen halten.¹³⁶

Wenn die Mehrheit der Wähler gegen Islamkunde ist, warum beschäftigen sich dann die Parteien überhaupt damit? Der Mitarbeiter der Grünen, den ich interviewt habe, bestritt, dass die Mehrheit der Nordrhein-Westfälischen Wähler gegen Islamkunde und islamischen Religionsunterricht sei. Er gab zu, dass vielleicht die Mehrheit misstrauisch sei, aber das heiÙe noch lange nicht, dass sie wirklich dagegen sei. Zudem versuchen die Parteien Anliegenheiten, die die Muslime interessieren, auszusprechen, da mehr und mehr Muslime Wähler werden.¹³⁷ Auf der anderen Seite hat die Mitarbeiterin der Linken auf die lange deutsche Tradition hingewiesen, vor allem was Schulreform angeht, von oben aus alles zu entscheiden, ohne Rücksicht auf die Einwände der Eltern.¹³⁸

Schließlich hat das Schulministerium auch viele Probleme mit den islamischen Verbänden. Der Beamtin nach missbilligen die islamischen Verbände viele der Verfahrensweisen der Islamkunde, wie zum Beispiel das Lehrerinnen keine Kopftücher tragen. Doch das größte Problem sei, dass die islamischen Verbände alles zu Religionspolitik machen, da sie als Gleiche zu den Kirchen anerkannt werden wollen. Die Regierung verweigere aber, sie als solche anzuerkennen. Die Regierung erkenne auch den Koordinierungsrat der Muslime, zu der alle großen islamischen Verbände gehören, nicht als legitim an. Deswegen fährt das Schulministerium damit fort, mit jedem Verband selbstständig zu verhandeln.

¹³⁶ Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein Westfalen, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

¹³⁷ Bündnis 90/Die Grünen, persönliches Interview, 14 Jul. 2009.

¹³⁸ Die Linke, persönliches Interview, 3 Jul. 2009.

Diskussion

Alle fünf Parteien, die im Nordrhein-Westfälischen Landtag anwesend sind, erklären den Wunsch nach der Einführung des islamischen Religionsunterrichts und alle behaupten, dass sie Islamkunde als einen Schritt in die richtige Richtung betrachten. Sie unterstützen islamische Unterweisung in Schulen wegen der Idee der Gleichberechtigung der Religionen und dem Wunsch, die muslimische Bevölkerung zu integrieren. Alle Parteien sind damit einverstanden, dass Integration verbessert wird, wenn Muslime fühlen, dass ihre Religion auch einen Platz in der Schule und der Gesellschaft hat, wie das Christentum.

Alle fünf Parteien wünschten sich, dass mehr Fortschritt in der Einführung des islamischen Religionsunterrichts erzielt werde. Die CDU und Die Linke, Parteien auf verschiedenen Seiten des politischen Spektrums, glauben, dass die islamischen Verbände wenigstens teilweise die Schuld dafür tragen. Doch Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen glauben, dass die Regierung auch schuld sei. Man muss hier erwähnen, dass keine dieser Parteien zur Zeit der Interviews an der Regierung war. Die Linke glaubt, dass die Regierung eine Ausrede sucht, um den Prozess scheitern zu lassen. Bündnis 90/Die Grünen denkt, dass die Regierung den Islam zu sehr kontrollieren und definieren will und damit keine vertrauensvolle Beziehung zu den islamischen Verbänden bildet.

Das Schulministerium ist für die Durchführung des Schulversuchs Islamkunde zuständig und wird letztendlich die Verantwortung für den islamischen Religionsunterricht tragen. Das Schulministerium glaubt, dass alle politischen Parteien Islamkunde und einen eventuellen islamischen Religionsunterricht komplett befürworten. Das Schulministerium sieht zwei Hauptziele für Islamkunde: Erstens, indem sie die muslimischen Kinder über ihren Glauben informieren, wird Islamkunde ihre Radikalisierung verhindern. Zweitens, indem sie sich auf das

Leben der Kinder in der Diaspora konzentrierten und ihnen die notwendigen Werte zu Integration und Gemeindeleben weitergeben, wird Islamkunde die muslimischen Kinder integrieren. Im Gegensatz zu den Aussagen der SPD und Der Linken will das Schulministerium nicht, dass Islamkunde islamische Unterweisung in den Moscheen ersetzt.

Insgesamt stimmen die Regierung und die politische Parteien überein, was islamische Unterweisung betrifft. Natürlich glauben manche Parteien, die nicht Teil der Regierung sind, dass Islamkunde Koranschulen ersetzen solle, obwohl die Regierung dies offen widerlegt. Die Regierung und Die Linke glauben, dass die islamischen Verbände die Schuld an dem Mangel an Fortschritt in islamischer Unterweisung tragen. Parteien in der Opposition geben der Regierung wenigstens zum Teil die Verantwortung dafür.

Die Religionsgemeinschaften

Als Teil meiner Studie habe ich die deutschen islamischen Verbände und die Kirchen interviewt. Diese Religionsgemeinschaften sind wichtig, nicht nur weil sie theoretisch die Muslime und Christen in Deutschland vertreten – inwieweit das der Wahrheit entspricht, ist umstritten - sondern auch wegen ihrer politischen Rolle hinsichtlich des Religionsunterrichts an den Schulen. Um konfessionellen Religionsunterricht gemäß Artikel VII, Paragraph 3 des deutschen Grundgesetzes einzuführen, muss der Staat mit der Religionsgemeinschaft zusammenarbeiten und seine Zustimmung erhalten: “Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt.”¹³⁹

Auf diese Weise wird die Religionsgemeinschaft zu einem Partner des Staates. Bis jetzt hat Deutschland noch keine nicht-alevitische muslimische Organisation als eine

¹³⁹ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.

“Religionsgemeinschaft” gemäß des Grundgesetzes anerkannt. Deswegen hat Deutschland bis jetzt keinen islamischen Religionsunterricht einführen können. Nordrhein-Westfalen behauptet, dass da der Schulversuch Islamkunde auf Fakten und nicht auf einem Glauben basiert, die Teilnahme und Übereinstimmung der muslimischen Gemeinschaft nicht rechtlich erforderlich sei. Trotzdem versteht Nordrhein-Westfalen, dass erstens die Rechtsgültigkeit dieser Stellung in Frage gestellt werden könnte, und dass sie zweitens, wenn sie den nächsten Schritt machen und den islamischen Religionsunterricht einführen wollen, die Teilnahme und das Einverständnis der islamischen Religionsgemeinschaft brauchen. Deshalb bleibt die Nordrhein-Westfälische Regierung in Kontakt mit den vier großen deutschen islamischen Organisationen (DITIB, VIKZ, ZMD und Islamrat) und versucht, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Theoretisch wird letztendlich eine oder eine Kombination von allen die rechtlich anerkannte islamische Religionsgemeinschaft in Deutschland, was die Tür zum islamischen Religionsunterricht gemäß des deutschen Grundgesetzes öffnen wird. Infolgedessen sind die Perspektiven der islamischen Organisationen von Islamkunde und islamischem Religionsunterricht wichtig, um islamische Unterweisung in Deutschland zu verstehen.

Die zwei größten, ältesten und einflussreichsten Religionsgemeinschaften in Deutschland sind die evangelische und die katholische Kirche. Wegen dieses besonderen Status konsultiert der Staat sie in verschiedenen Angelegenheiten, unter diesen auch Islamkunde und islamischer Religionsunterricht. Weil die Regierung ein offenes Ohr für sie hat, sind ihre Ansichten über diese Angelegenheit auch der Beachtung würdig.

Positionen der Islamischen Verbände hinsichtlich der Islamkunde

DITIB

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Diyanet Isleri Türk Islam Birliği, DITIB) ist der größte islamische Verband in Deutschland.¹⁴⁰ Die DITIB wurde im Jahr 1984 gegründet, hat ihren Hauptsitz in Köln und vertritt 870 Gemeinden. Der DITIB nach fühlen sich mehr als 70% der in Deutschland lebenden Muslime von der DITIB vertreten.¹⁴¹ Dieser Anteil ist relativ hoch gegenüber manch anderen Einschätzungen. Die Studie der Deutschen Islam Konferenz von 2009 fand heraus, dass 15.8% der Muslime, die von einer Gruppe von 6000 Menschen interviewt wurden, sich von der DITIB repräsentiert fühlen. Jedoch fand diese Studie auch heraus, dass die DITIB bei weitem die größte Anzahl der in Deutschland lebenden Muslimen repräsentiert, im Vergleich zu anderen islamischen Verbänden.¹⁴²

Die DITIB definiert ihr Ziel und seinen Existenzgrund: “Unser Vereinsziel ist es, Musliminnen und Muslimen einen Ort zur Ausübung ihres Glaubens zu geben und einen Beitrag zur Integration zu leisten. Darüber hinaus engagieren wir uns intensiv im sozialen Bereich.”¹⁴³

Obwohl die Nordrhein-Westfälische Regierung sie als einen zuverlässigen Partner mit einer relativ liberalen religiösen Aussicht und guter Integrationsarbeit betrachtet, will die Regierung sie nicht als eine offizielle deutsche Religionsgemeinschaft anerkennen, da sie eine türkische Organisation sei.¹⁴⁴ Die DITIB hat eine enge Beziehung mit Diyanet Isleri Başkanlığı (DIB), die Kommission für religiöse Angelegenheiten, die direkt unter der Kontrolle des türkischen Premierministers steht. Die Kommission, die 1924 gegründet wurde, hat eine weitreichende Kontrolle darüber, wie der Islam in der Türkei praktiziert wird. Weil die DITIB

¹⁴⁰ Michael Kiefer, “Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen,” 44.

¹⁴¹ “Wir über uns,” DITIB 19 Jan. 2010 <www.ditib.de>.

¹⁴² Haug 17.

¹⁴³ “Wir über uns,” DITIB 19 Jan. 2010 <www.ditib.de>.

¹⁴⁴ Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

darauf achtet, welche Anweisungen in Ankara gelten und keine Unabhängigkeit zeigt, denken die meisten Deutschen, dass sie nicht als eine deutsche Religionsgemeinschaft betrachtet werden kann.¹⁴⁵ Obgleich die DITIB ihre Zusammenarbeit mit der türkischen Kommission für religiöse Angelegenheiten offen zugibt, behauptet sie, dass die Beziehung notwendig sei. Die DITIB erklärt, dass sie die Beziehungen zur Türkei brauche, um ihren Gemeinden eine ausreichende Anzahl von Imamen zur Verfügung zu stellen.¹⁴⁶

Die DITIBs Position gegenüber der Islamkunde kann folgendermaßen zusammengefasst werden: “Es ist besser als nichts.”¹⁴⁷ Die DITIB behauptet, dass die deutsche Regierung schon vor 20 Jahren hätte erkennen können, dass die muslimischen Einwanderer nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden, und dass ihre Kinder bleiben würden, und dass sie islamischen Religionsunterricht brauchen würden. Der islamische Verband glaubt, dass die Nordrhein-Westfälische Regierung durch ein “schlechtes Gewissen” motiviert sei zu handeln.¹⁴⁸ Die DITIB zufolge erkannte die Regierung, dass sie sich um die religiösen Bedürfnisse der muslimischen Kinder, wie die christlichen und jüdischen Kinder, kümmern müsse. Die DITIB ist froh, darüber, dass die Nordrhein-Westfälische Regierung etwas für die muslimischen Kindern zu tun versucht und begrüßt den Schulversuch Islamkunde als einen ersten Schritt.

Obwohl die DITIB anerkennt, dass die Islamkunde viele Kinder in ihrer Religion geschult habe, sei die Organisation nicht ganz zufrieden mit der Islamkunde. Erstens erreiche Islamkunde nur eine Minderheit der muslimischen Kinder in Nordrhein-Westfalen. Zweitens glaube die DITIB, dass der Schulversuch Islamkunde die Einführung von richtigem islamischen Religionsunterricht verhindert habe. Die DITIB wolle eine schnellst mögliche Einführung des

¹⁴⁵ Michael Kiefer, “Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen,” 44-45.

¹⁴⁶ DITIB, persönliches Interview, 16 Jul. 2009.

¹⁴⁷ DITIB, persönliches Interview, 16 Jul. 2009.

¹⁴⁸ DITIB, persönliches Interview, 16 Jul. 2009.

islamischen Religionsunterrichts. Abgesehen davon, dass Religionsunterricht ein Grundrecht muslimischer Kinder laut des Grundgesetzes sei, fühlt die DITIB, dass die Einführung islamischen Religionsunterrichts den Ruf des Islams in Deutschland, der wegen der Anschläge am 11. September verletzt wurde, verbessern würde. Weiterhin glaubt die DITIB, dass viele deutsche Lehrer dem Islam gegenüber noch Missverständnisse haben, und dass Islamlehrer sie darüber aufklären könnten. Schließlich betrachtet DITIB islamischen Religionsunterricht als eine Notwendigkeit, um zu verhindern, dass muslimische Kinder von Islamisten manipuliert werden:

Es muss, es muss rasch geschehen. Also wir haben nicht mehr viel Zeit. Die Kinder verlassen die Schule ohne islamischen Religionsunterricht und wenn sie ihre Religion nicht gut kennen, dann können sie instrumentalisiert werden, der eine oder der andere und das muss vorgebeugt werden, durch einen guten islamischen Religionsunterricht.¹⁴⁹

Die DITIB ruft zur schnellen Handlung auf.

Jedoch sei die DITIB nicht sehr optimistisch, dass islamischer Religionsunterricht verwirklicht werden werde. Der islamische Verband weist auf den Mangel an muslimischen Lehrkräften hin. Dieser Mangel komme davon, abgesehen vom generellen Mangel an muslimischen Lehrkräften, dass man nur an einer Universität in Nordrhein-Westfalen studieren kann, um Islamlehrer zu werden. Die DITIB meint, dass muslimische Kinder nicht genug angemessene Aufstiegsmöglichkeiten in Vergleich zu ihren christlichen Mitschülern angeboten werden, und dass eine unproportional kleine Zahl für das Gymnasium ausgewählt werden. Die DITIB sei auch nicht zufrieden mit der Kundgebung der Nordrhein-Westfälischen Regierung, dass sie im Schuljahr 2010-2011 islamischen Religionsunterricht einführen werden. Die Organisation nennt es ein "leeres Versprechen."¹⁵⁰ Die Organisation glaubt, dass ohne dass die

¹⁴⁹ DITIB, persönliches Interview, 16 Jul. 2009.

¹⁵⁰ DITIB, persönliches Interview, 16 Jul. 2009.

Regierung einen Lehrplan entwickelt hat und mit den islamischen Verbänden zusammen gearbeitet hat, nichts daraus werden könne.

Die DITIB habe aber ihre Bereitschaft bekanntgegeben, mit der Regierung zusammen zu arbeiten, um islamischen Religionsunterricht einzuführen. Wie der Vertreter, den ich interviewt habe, es sagte: “DITIB hat das [Islamkunde] sogar am Anfang unterstützt und will jetzt natürlich so, wie man dieses Vorgehen unterstützt hat, dem entsprechend auch gewürdigt werden.“¹⁵¹ In anderen Worten will die DITIB als eine offizielle, deutsche Religionsgemeinschaft anerkannt werden.

VIKZ

Obwohl der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) der drittgrößte islamische Verband in Deutschland ist,¹⁵² fand die Deutsche Islam Konferenz Studie von 2009 heraus, dass 7.2% der Muslime, die interviewt wurden, sich vom VIKZ vertreten fühlten und so ist der VIKZ die zweitgrößte Organisation in der Vertretung der deutschen Muslime.¹⁵³ Der VIKZ ist stolz auf diesen Anteil und glaubt, dass die Studie zeigt, dass die Muslime sich stärker von den muslimischen Verbänden vertreten fühlen als die Politiker es zugeben wollen.¹⁵⁴

Das erste Islamische Kulturzentrum e.V. wurde im Jahr 1973 in Köln gegründet. Mehr islamische Kulturzentren folgten, und in 1980 vereinten sie sich und formten den VIKZ. Der VIKZ war eines der Gründungsmitglieder des Islamrats, aber entzog sich der Organisation im Jahr 1988 und trat stattdessen den ZMD bei. Der VIKZ trat im Jahr 2000 vom ZMD zurück. Da

¹⁵¹ DITIB, persönliches Interview, 16 Jul. 2009.

¹⁵² Peter Barth, “Islam und Islamismus: Eine Herausforderung für Deutschland,” (München: Studiengesellschaft für Friedensforschung e.V., 2003) 213.

¹⁵³ Haug 179.

¹⁵⁴ VIKZ, persönliches Interview, 2 Jul. 2009.

er das größte Mitglied war, war es ein schwerer Schlag für den ZMD.¹⁵⁵ Heute hat der VIKZ über 300 Gemeinden.¹⁵⁶ Die Organisation fährt weiter damit fort, mit dem Islamrat, dem ZMD und der DITIB zusammen zu arbeiten.

Der VIKZ betrachtet die religiösen Bedürfnisse der in Deutschland lebenden Muslime, als seine Hauptverantwortung: "In erster Linie arbeitet der Verband für die religiösen Bedürfnisse der in Deutschland lebenden Muslime und unterstützt sie im Alltag bei auftretenden, religiösen Fragen."¹⁵⁷ Der VIKZ ordnet seine zwei Gebiete der Spezialisierung als religiöse Ministration und Sozialarbeit ein.¹⁵⁸

Der VIKZ ist streng apolitisch. Wie der Vertreter, den ich interviewt habe, es sagte: "Politik ist in unseren Moscheen Tabu."¹⁵⁹ Peter Barth nach wird diese apolitische Position auch gegenüber Entwicklungen in der Türkei einbehalten.¹⁶⁰ Michael Kiefer behauptet, dass der VIKZ trotzdem keine wahre deutsche Organisation sei. Der VIKZ wird als Ausläufer der Süleymançilar Bewegung in der Türkei betrachtet. Wie der Name andeutet, folgen die Mitglieder dieser Bewegung den Lehren des türkischen Theologen Süleyman Hilmi Tunahan. Das Hauptziel des Ordens war es, Möglichkeiten für Kinder zu schaffen den Koran zu studieren, in einer zum großen Teil sekulären Türkei. Kiefer weist darauf hin, dass im Jahr 2000 die Süleymançilar Bewegung in der Türkei einen Führungswechsel erlebte, was zeitlich mit des Entzugs des VIKZ von der ZMD und der Ersetzung der VIKZ-Leitung mit türkischen Personen übereinstimmte. Kiefer glaubt, dass diese Ereignisse die Abhängigkeit des VIKZ von seinem

¹⁵⁵ Barth 212.

¹⁵⁶ "Selbstdarstellung des Verbandes der Islamischen Kulturzentren und dessen Gemeinden," VIKZ, 20 Jan. 2010 <www.vikz.de>.

¹⁵⁷ "Selbstdarstellung des Verbandes der Islamischen Kulturzentren und dessen Gemeinden."

¹⁵⁸ "Selbstdarstellung des Verbandes der Islamischen Kulturzentren und dessen Gemeinden."

¹⁵⁹ VIKZ, Persönliches Interview, 2 Jul. 2009.

¹⁶⁰ Barth 212.

türkischen Gegenstück betont und so zeigt, dass der VIKZ keine deutsche Religionsgemeinschaft sein kann.¹⁶¹

Im Gegensatz zu Kiefers Erwägung der Tatsachen, glaubt das Nordrhein-Westfälische Schulministerium, dass der VIKZ der höchstwahrscheinlichste Kandidat unter den islamischen Verbänden, mit denen es zusammen arbeitet, sei, um als Religionsgemeinschaft offiziell anerkannt zu werden:

Dann haben wir VIKZ, die wirklich eigentlich ein religiöser Verband sind. Also, die sind sehr streng religiös aber nicht islamistisch. Wenn die das [Religionsgemeinschaftsrecht] beantragen würden, ich glaube den müssten wir das genehmigen, weil die wirklich sehr religiös sind. Die haben auch schon mal Ärger gehabt mit – da wurden auch schon mal 850.000 Euro im Safe gefunden, die nicht versteuert waren und so, aber keine kriminelle Vereinigung im Sinne von Islamismus.¹⁶²

Der Schein der Religiösität und keine Beziehungen zu islamistischen Organisationen zu besitzen, scheinen die zwei wichtigsten Kriterien zu sein für die Entscheidung der Anerkennung einer Religionsgemeinschaft, mindestens aus der Sicht Nordrhein-Westfalens.

Der VIKZ würde gerne eine Religionsgemeinschaft werden und als Partner des Staates bei der Entwicklung des islamischen Religionsunterrichts mitarbeiten, obwohl er die Wichtigkeit des Miteinbeziehens der anderen Verbände auch betonen. Der Verband hat sich für den islamischen Religionsunterricht seit 1979 engagiert, als es ihn zuerst beantragte. Was Islamkunde betrifft, so habe der VIKZ nicht versucht den Schulversuch zu verhindern, obwohl er ihn auch nicht unterstützt, weil islamischer Religionsunterricht das Ziel des VIKZ ist: “Also, wir haben uns nicht dagegen gestellt, aber wir haben das auch nicht so favorisiert, weil wir an einem ordentlichen, islamischen Religionsunterricht hängen.”¹⁶³ Obwohl der VIKZ zugibt, dass die muslimischen Kinder wahrscheinlich viel im Islamkundeunterricht lernen, erkennt er Islamkunde

¹⁶¹ Michael Kiefer, “Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen,” 49,50.

¹⁶² Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, Persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

¹⁶³ VIKZ, Persönliches Interview, 2 Jul. 2009.

nur als eine Übergangsperiode an. Der VIKZ glaubt, dass die Regierung Islamkunde einführt, weil sie zu der Zeit keinen islamischen Religionsunterricht einführen konnte, aber zur gleichen Zeit muslimische Kinder in ihrem Glauben schulen wollten. Der VIKZ denkt, dass manche Politiker auch den Hintergedanken hegten, die Kinder von den Moscheen zu entfernen. Der VIKZ sei komplett gegen diese Idee, die er als “fatal” bezeichnet und glaubt stattdessen, dass islamischer Religionsunterricht und Korankurse sich gegenseitig ergänzen.

Letztendlich will der VIKZ die Transformation der Islamkunde zum islamischen Religionsunterricht erleben. Der VIKZ hege die Hoffnung, dass islamischer Religionsunterricht eine Wirklichkeit werde, so, wie die Nordrhein-Westfälische Regierung es im Jahr 2009 versprach. Obgleich der VIKZ etwas enttäuscht sei von dem Aufwand für die Einführung der Islamkunde, der seiner Meinung nach besser für islamischen Religionsunterricht gemacht worden wäre, versteht der VIKZ, dass es ein Prozess ist:

Man hat sehr viel in dieser [sic] Islamkunde reingesteckt. Die Energie hätte man denke ich für den islamischen Religionsunterricht aufbrauchen können und wir wären viel weiter als heute, aber es ist ein Prozess, die Politik lernt, islamische Organisationen lernen vieles dazu und ich denke, dass das gemeinsam bewerkstelligt werden kann.¹⁶⁴

Der VIKZ ist nach wie vor optimistisch, dass islamischer Religionsunterricht verwirklicht wird.

Abgesehen davon, dass Religionsunterricht ein Recht ist, das im Grundgesetz gesichert ist, glaubt der VIKZ, dass islamischer Religionsunterricht auch die Integration fördern würde: “Wir sagen, der islamische Religionsunterricht ist ein wichtiger Beitrag zur Integration.” Dem VIKZ zufolge, gäbe die Religion und das Lehren der Religion den Muslimen ihre Identität, und mit einer Identität können sie sich in der deutschen Gesellschaft wohl fühlen. Wenn sie nicht über den Islam lernen, können sie nicht zwischen religiösen und kulturellen Praktiken unterscheiden, was zu Problemen führen kann. Der Vertreter des VIKZ hat zum Beispiel den

¹⁶⁴ VIKZ, Persönliches Interview, 2 Jul. 2009.

Ehrenmord als islamwiderig beschrieben und als ein Beispiel solcher Missverständnisse dargestellt. Trotzdem warnt der VIKZ: Religion sei nur ein Teil der Integration. Der VIKZ nennt andere Faktoren, wie zum Beispiel Ausbildungs – und Wirtschaftsniveaus als wenigstens genauso wichtig wenn nicht mehr. Schließlich erkennt der VIKZ, dass Politiker eine andere Definition der Integration haben. Der VIKZ glaubt, dass Politiker denken, dass Assimilation die beste Art der Integration sei. Der VIKZ sei gegen Assimilation, aber unterstützt Integration.¹⁶⁵

Zentralrat der Muslime in Deutschland

Im Jahr 1988 wurden die Islamischen Arbeitskreise in Deutschland (IAK) gegründet. 1994 wurde sie zum Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD).¹⁶⁶ Der ZMD hat seinen Hauptsitz in Eschwege.¹⁶⁷ Im Moment besteht er aus 19 muslimischen Mitgliedern, die die Diversität des Islam in Deutschland vertreten. Die ZMD-Mitglieder stammen aus der Türkei, der arabischen Welt, Deutschland, Albanien, dem Iran und Bosnien. Alle Rechtsschulen des Islams (zugleich sunnitisch und schiitisch) sind vorhanden.¹⁶⁸ Obwohl der ZMD größere Zahlen veröffentlicht, wird geschätzt, dass der ZMD aus 200 Gemeinden zwischen 10.000 und 15.000 Mitgliedern besteht.¹⁶⁹ Diese Zahl würde weniger als 10% der organisierte Muslime in Deutschland umfassen.¹⁷⁰ Der Deutschen Islam Konferenz Studie zufolge vertritt der Zentralrat 2.7% der Muslime (zugleich organisierte und nicht organisierte) in Deutschland.¹⁷¹

Der ZMD erklärt seinen Existenzgrund: “Unsere wichtigste Aufgabe ist es, das muslimische Leben und die islamische Spiritualität in Deutschland zu fördern und den Muslimen

¹⁶⁵ VIKZ, persönliches Interview, 2 Jul. 2009.

¹⁶⁶ Michael Kiefer, “Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen,” 55.

¹⁶⁷ Barth 223.

¹⁶⁸ “Selbstdarstellung,” *Zentralrat*, 20 Jan. 2010 <<http://zentralrat.de>>.

¹⁶⁹ Barth 224.

¹⁷⁰ Michael Kiefer, “Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen,” 57.

¹⁷¹ Haug 179.

die Ausübung ihrer Religion zu ermöglichen und zu erleichtern.“¹⁷² Der ZMD nach gehören die Berechnung der Gebetszeiten und islamische Feste, die Etablierung der islamische Schlachtverordnungen, die Anlage islamischer Friedhöfe und Grabstätten, die Verbesserung der Korankurse in den Gemeinden und die Teilnahme an Aufklärungskampagnen über Sicherheit und Terrorismus dazu.¹⁷³

Schon im Jahr 1994 hat die IAK, der Vorläufer des ZMDS, die Anerkennung ihrer Religionsgemeinschaft bei der Nordrhein-Westfälischen Regierung beantragt und die Einführung des islamischen Religionsunterrichts beansprucht. Die Nordrhein-Westfälische Regierung hat gegen die IAK entschieden. Deshalb hat der ZMD zusammen mit dem Islamrat Nordrhein-Westfalen zu klagen versucht. Diese Art von Versuch ist bis jetzt zweimal gescheitert und im Moment hat der ZMD keine neuen Rechtsverfahren begonnen.¹⁷⁴

Eines der größten Hindernisse, dem der ZMD in seiner Suche nach offizieller Anerkennung begegnet, ist es, dass die Nordrhein-Westfälische Regierung Verbindungen zwischen den ZMD und den Muslimbruderschaften vermutet:

Dann haben wir den Zentralrat der Muslime, der glaube ich auch nur aus 5 Leute [sic] besteht und da muss man immer aufpassen. Da sind auch Verbindungen zu Muslimbruderschaften und mit bestimmten Personen und das ist beim Islamrat auch. Das ist sehr heikel und da sind wir zurückhaltend. Wir reden aber auch mit denen. Herr Schäuble zeigt sich ja mit den Vorsitzende [sic].¹⁷⁵

Ogleich die Regierung nicht den ganzen Kontakt zum ZMD abgebrochen hat, verhindern die Verdächtigungen bezüglich der Verwicklungen mit Muslimbruderschaften eine enge Zusammenarbeit. Deutsche Behörden glauben zum Beispiel, dass Dr. Nadeem Elyas,

¹⁷² “Selbstdarstellung,” *Zentralrat*, 20 Jan. 2010 <<http://zentralrat.de>>.

¹⁷³ “Selbstdarstellung,” *Zentralrat*, 20 Jan. 2010 <<http://zentralrat.de>>.

¹⁷⁴ Michael Kiefer, “Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen,” 57, 58.

¹⁷⁵ Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, Persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

ehemaliger Leiter des ZMD und im Moment ehrenamtliches Vorstandsmitglied, die arabische Muslimbruderschaft unterstützt, obwohl Dr. Elyas mehrmals diese Vorwürfe widerlegt hat.¹⁷⁶

Ich habe mehrmals versucht den ZMD per Telefon und E-mail zu erreichen, aber mir wurde kein Interview gewährt. Laut Michael Kiefer, sei der Verband komplett gegen den Schulversuch Islamkunde. Der ZMD glaubt, dass es ein Fall sei, bei dem der Staat Religion zu definieren versucht. Der Verband glaubt, dass Islamkunde mehr oder weniger islamischer Religionsunterricht sei, ohne Absprache mit der islamischen Religionsgemeinschaft und so also gegen die Verfassung sei.¹⁷⁷ Der ZMD will, dass die Regierung die islamischen Religionsunterrichtslehrpläne anschaut, die der ZMD entwickelt und die Regierung im Jahr 1999 präsentiert hat.¹⁷⁸

Islamrat

Der Islamrat wurde im Jahr 1986 in Berlin gegründet.¹⁷⁹ Der Hauptsitz des Islamrats ist in Köln. Der Islamrat besteht aus 37 Mitgliedsvereine, das heißt 40.000-60.000 Mitglieder.¹⁸⁰ Der Deutschen Islam Konferenz Studie zufolge, fühlen sich rund 2.2% der Muslime in Deutschland vom Islamrat vertreten.¹⁸¹

Die türkische Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) ist die größte Gemeinschaft im Islamrat und dominiert so den Verband.¹⁸² Viele der Vorstandsmitglieder sind von der

¹⁷⁶ Barth 224.

¹⁷⁷ Michael Kiefer, "Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen," 102.

¹⁷⁸ Michael Kiefer, "Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen," 58.

¹⁷⁹ "Selbstdarstellung," Islamrat. 20 Jan. 2010 <<http://www.islamrat.de>>.

¹⁸⁰ Hildegard Becker, "Der organisierte Islam in Deutschland und einige ideologische Hintergründe," in Schriftenreihe Migration, Flüchtlinge, und Integration – Band 14, Ed. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bonn: Bernd Brümmer, 2005) 62-85: 66.

¹⁸¹ Haug 179.

¹⁸² Barth 225.

IGMG, darunter auch der derzeitige Islamratleiter, Ali Kizikaya.¹⁸³ Diese engen Beziehungen zum IGMG sind problematisch für die Nordrhein-Westfälische Regierung: “Ja, da haben wir mit dem Islamrat Milli Görüs Probleme. Einige sitzen in Untersuchungshaft im Moment und da ist der Verfassungsschutz beobachtet sie.”¹⁸⁴ IGMG ist eine europäische, islamische Organisation mit Beziehungen zur türkischen islamistischen Bewegung, die von Mehmet Sabri Erkaban geleitet wird.¹⁸⁵ Am Anfang war IGMG öffentlich antisemitisch, antidemokratisch und gegen Ungläubige. Seit den neunziger Jahren sind solche Aussagen seltener geworden. Trotzdem fährt der *Verfassungsschutz* fort, den IGMG zu überwachen und hat die Organisation als “extremistisch” bezeichnet.¹⁸⁶

In der Zwischenzeit strebt der Islamrat nach offizieller Anerkennung, als Religionsgemeinschaft den Kirchen gleich. Der Islamrat erklärt seine Aufgabe: “Aufgabe des Islamrates ist insbesondere die religiöse, soziale und kulturelle Betreuung der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Muslime.”¹⁸⁷ Zu dieser Betreuung zählt die Schulung im Glauben, das Sichern islamischer, kultureller Werte, die Durchführung von Gebeten und Predigen, Begräbnisse, Feste, die Vertretung der Interessen der in Deutschland lebenden Muslime, Aufklärung des Islams und seiner kulturellen Tradition vor der Öffentlichkeit und das Beschützen islamischer, heiliger Orte. Interessant ist auch zu sehen, dass der Islamrat seine Unterstützung des islamischen Religionsunterrichts ebenfalls zu seinen Hauptaufgaben macht:

Der Islamrat tritt für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes in deutscher Sprache als ordentliches Lehrfach an den öffentlichen Schulen und für ein akademisches Fach an deutschen Hochschulen zur Ausbildung von islamischen Gelehrten und Religionslehrern in Deutschland ein und verpflichtet sich, dabei sowohl die [sic]

¹⁸³ Michael Kiefer, “Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen,” 54, 55.

¹⁸⁴ Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

¹⁸⁵ Michael Kiefer, “Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen,” 46, 47.

¹⁸⁶ Barth 214-216.

¹⁸⁷ “Selbstdarstellung.“ Islamrat. 20 Jan. 2010 <<http://www.islamrat.de>>.

Interessen der Betroffenen als auch der Schulgesetzgebung der Länder Rechnung zu tragen.¹⁸⁸

Wie bereits erwähnt, hat der Islamrat zwei gescheitete Rechtsverfahren mit dem ZMD zusammen eingeführt, um Nordrhein-Westfalen zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts zu zwingen.¹⁸⁹

In meinem Interview mit dem Vertreter des Islamrats war diese Kampagne für islamischen Religionsunterricht sehr klar. Islamkunde ist auf jeden Fall nicht das, was der Islamrat will und er glaubt, dass die Muslime etwas Besseres verdienen: “Also Islamkunde ist nicht das, was wir uns als Religionsgemeinschaft wünschen und es steht den Muslimen mehr als Islamkunde zu.”¹⁹⁰ Obgleich der Staat behauptet, dass er Islamkunde eingeführt habe, weil es an einen islamischen Partner im Sinne einer rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaft fehle, glaubt der Islamrat, dass er doch die Definition einer Religionsgemeinschaft erfülle, und dass der Staat diese Rechtsfrage benutze, um die Religion zu kontrollieren. Aus Sicht des Islamrats definiere der Staat die Religion über Islamkunde und entscheide, was gelehrt und priorisiert werden soll. Der Verband findet, dass diese Verfahrensweise der religiösen Neutralität des Staats widerspreche.

Anders als manch andere islamischen Verbände glaubt der Islamrat nicht, dass Islamkunde “besser als nichts” sei. Abgesehen davon, dass sie gegen das Grundgesetz verstösse, aus Sicht des Islamrats, sieht die Organisation auch andere Probleme mit Islamkunde. Der Islamrat glaubt, dass Islamkunde eine Quelle der Ungerechtigkeit sei. Er betrachtet Islamkunde als eine niedriger Form des Religionsunterrichts. Dem Islamrat nach merken Muslime diese

¹⁸⁸ “Selbstdarstellung.“ *Islamrat*. 20 Jan. 2010 <<http://www.islamrat.de>>.

¹⁸⁹ Michael Kiefer, “Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen,” 54, 55.

¹⁹⁰ Islamrat, persönliches Interview, 15 Jun. 2009.

ungleiche Behandlung, Deutschlands mangelnde Würdigung des Islams, die nicht zur Demokratiekultur passt, in der alle gleich behandelt werden sollen:

Islamkunde ist keine, keine Würdigung des Islams, keine, keine, die gleichbar [sic] wäre wie bei anderen Religionsgemeinschaften. Wenn sie die jüdische [sic] Religionsgemeinschaft oder die christliche [sic] Religionsgemeinschaft die Möglichkeit einräumen ihr Bekenntnis an die Schülerschaft weiter zu geben und die [sic] muslimischen Religionsgemeinschaft oder die muslimischen Schüler, Schülern das vorenthalten wird ist es eine Ungleichbehandlung. Sie geben dann die [sic] Muslimen eine Sonderrolle, eine, ja fast schon, eine mindere Rolle, auch ihrer Religion, wenn sie eine höherwertige Veranstaltung für andere Religionen haben und eine mindere für muslimische Schüler und das entgeht die [sic] Muslimen nicht, auch nicht, das ist natürlich auch nicht förderlich für, für, für, für die Demokrat, Demokratiekultur wo Menschen dann auch alle gleich sein sollen.¹⁹¹

Dazu stellt der Islamrat die Qualifikationen der Islamkundeführer in Frage. Um ein Islamkundeführer zu sein, müsse man nicht unbedingt ein praktizierender Muslim sein, der alles glaube, was er den Kindern beibringe. Aus Sicht des Islamrats sind solche Lehrer nicht akzeptabel. Wäre der Islamrat eine staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft, würde er ein Mitentscheidungsrecht bezüglich der Voraussetzungen für das Einstellen von islamischen Religionslehrern haben.

Deswegen wünscht der Islamrat die Einführung islamischen Religionsunterrichts gemäß dem Grundgesetz und so schnell wie möglich. Der Islamrat glaubt, dass islamischer Religionsunterricht zur Gleichbehandlung und Gleichberechtigung muslimischer Kinder führen würde. Er würde die Integration fördern, da muslimische Kinder sich mehr mit ihrer Schule identifizieren würden, weil sie sehen würden, dass auch ihre Religion einen Platz in der Schule hat. Abgesehen von den Vorteilen, die muslimische Kinder von islamischen Religionsunterricht gewinnen würden, würde die ganze Gesellschaft Nutzen davon ziehen, da Religion Personen Werte vermittelt, die nützlich für das Zusammenleben sind.¹⁹²

¹⁹¹ Islamrat, Persönliches Interview, 15 Jun. 2009.

¹⁹² Islamrat, Persönliches Interview, 15 Jun. 2009.

Die Christliche Kirchen und Islamkunde

Die Evangelische Kirche

Die *Evangelische Kirche* in Deutschland besteht aus 22 lutherischen, reformierten und unierten Landeskirchen.¹⁹³ Ich habe einen Vertreter der Landeskirche "Evangelische Kirche im Rheinland" (EKiR) interviewt. Diese ist die zweitgrößte der 22 Landeskirchen mit 767 Gemeinden und 2.82 Millionen Mitgliedern. Sie umfasst Teile der vier Bundesländer, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen. Alle meine Islamkundeforschungen fanden in den Teilen von Nordrhein-Westfalen statt, die EKiR umfasst. EKiR hat ihren Hauptsitz in Düsseldorf.¹⁹⁴

Über den politischen Einfluss gefragt, gab der EKiR Vertreter zu:

..normalerweise läuft das so bei solchen Sachen, die auch die Kirchen betreffen, weil es ähnliche Regelungen sind oder so, gibt's immer die Anfrage: „Was sagt Ihr dazu?“ Das bedeutet nicht, dass wenn wir sagen „Das ist doof,“ dass der [sic] die Regierung das auch nicht macht oder so, aber es gibt so zu sagen das Anhörungsrecht in Deutschland und das gerade bei so sensiblen Fragen. Das ist für die Regierung immer ganz gut, wenn sie sagen können: „Ja, die Religion, die Kirchen wollen das auch“ oder so. Also es ist eher eine atmosphärische Geschichte. Die müssen, die Regierungen müssen das nicht tun, aber wir werden bei vielen Dingen gefragt nach unsere Meinung und so.¹⁹⁵

Die Regierung konsultiert die Kirchen bei Angelegenheiten wie Islamkunde oder islamischer Religionsunterricht, aber die Kirchen werden nur nach ihrer Meinungen gefragt, die die Regierung später ignorieren kann.

Die *Evangelische Kirche* sei ziemlich skeptisch gewesen, als Islamkunde eingeführt wurde, da die Kirche einen islamischen Religionsunterricht gleich den christlichen Religionsunterricht etabliert sehen wolle. Obwohl islamischer Religionsunterricht das Ziel bleibe, stimme die Evangelische Kirche zu, dass der Schulversuch Islamkunde gut bei den

¹⁹³ "EKD & Kirchen," EKD, 20 Jan. 2010 <<http://www.ekd.de>>.

¹⁹⁴ "Rheinland," Evangelische Kirche im Rheinland, 23 Jan. 2010 <<http://www.ekir.de/>>.

¹⁹⁵ EkiR, Persönliches Interview, 13 Jul. 2009.

Schulen, Eltern und Kindern aufgenommen wurde. Deshalb setze die Evangelische Kirche sich nicht mehr gegen Islamkunde ein, obwohl sie letztendlich seine Weiterentwicklung zum islamischen Religionsunterricht sehen wolle.

Es gibt zwei Gründe, aus denen die Kirchen sich für islamischen Religionsunterricht interessieren. Erstens sind die evangelischen und katholischen Kirchen daran interessiert, dass Religionsunterricht weiterhin in der gleichen Weise und unter den gleichen, historischen, rechtlichen Bedingungen erteilt werde, angesichts des sozialen Wandel und "...je klarer alle den Religionsunterricht anbieten nach der selben Regeln verfahren, so sicherer ist es das es so bleibt."¹⁹⁶ Indem die Kirchen Religionsunterricht für Muslime sichern, versichern sie auch Religionsunterricht generell. Die evangelische Kirche behauptet aber, dass sie schon islamischen Religionsunterricht unterstützt habe, bevor es klar wurde, dass einige Gruppen in der Gesellschaft die Notwendigkeit der Fortsetzung des Religionsunterricht in Frage stellten: "Schon da hat die evangelische Kirche gesagt „Wir wollen, dass Muslime auch so einen Unterricht haben,“ so, unabhängig davon wie das jetzt, was für Auswirkungen das jetzt auf den eigenen Unterricht hat, auf die eigene Form."¹⁹⁷ Deshalb erkläre eigenes Interesse der Kirche die Unterstützung des islamischen Religionsunterrichts nicht ganz, meinem Interviewpartner zufolge. Der zweite wichtige Grund sei Verteidigung von Religionsfreiheit der evangelischen Kirche. Die evangelische Kirche habe eine lange Geschichte als Opfer religiöser Verfolgung und deshalb verteidige sie die Rechte religiöser Minderheiten. Die evangelische Kirche betont, dass dies der viel wichtigerer Grund sei. Und zwar glaubt die Kirche, dass wenn Religionsunterricht sich verändern solle, solch eine Veränderung unabhängig davon geschehen müsse, ob Muslime Religionsunterricht erhalten oder nicht.

¹⁹⁶ EkiR, Persönliches Interview, 13 Jul. 2009.

¹⁹⁷ EkiR, Persönliches Interview, 13 Jul. 2009.

Wie oben erwähnt sind der evangelischen Kirche viele Vorteile des Schulversuchs Islamkunde aufgefallen. Islamkundelehrer in den Schulen haben die Beziehungen mit den islamischen Verbänden verbessert, weil sie als offizielle Kontaktpersonen zwischen den deutschen Behörden, den Kirchen und den islamischen Verbänden dienen, die kleine Probleme und Konflikte schlichten konnten. Natürlich kann in Fällen, in denen die islamischen Verbände einen bestimmten Islamkundelehrer nicht leiden können, kann dieses Missfallen selbst neue Probleme und Konflikte schaffen. Nichtsdestotrotz habe die evangelische Kirche generell eine Verbesserung in den Beziehungen bemerkt. Dazu glaube die evangelische Kirche, dass die Islamkunde die Integration fördere, weil die Religion nicht mehr nur eine Privatangelegenheit sei, sondern ein Teil des öffentlichen Lebens. Da Islamkunde auf Deutsch unterrichtet werde, biete sie den muslimischen Kindern an, die Wörter ihrer Religion zu besprechen. Der evangelischen Kirche zufolge haben die Kirchen die Religion immer für einen wichtigen Teil der Integration gehalten. Deshalb müsse es den Einwanderer erlaubt sein, Moscheen zu erbauen und sich zuhause mit ihrer Religion zu befassen. Die evangelische Kirche gibt zu, dass viele christlichen Deutsche Bedenken und Vorurteile gegenüber Muslimen haben. Doch die Kirche glaubt, dass im Großen und Ganzen die Schulen, die Islamkunde eingeführt haben, positive Erfahrungen gemacht haben.

Die evangelische Kirche hat gemerkt, dass es wirklich keinen großen Unterschied gibt zwischen Islamkunde, wie sie zur Zeit unterrichtet wird, und dem islamischen Religionsunterricht. In den Wörtern der Kirchenvertreter sei Islamkunde nur eine “Mogelpackung” von islamischem Religionsunterricht – aus rechtlichen Gründen.¹⁹⁸ Die Eltern verstehen, dass es mehr oder weniger islamischer Religionsunterricht ist und sind damit zufrieden. Die Kirche gibt zu, dass die islamischen Verbände das etwas kritischer sehen, denn

¹⁹⁸ EkiR, persönliches Interview, 13 Jul. 2009.

sie wollen die gleichen Rechte wie die Kirchen, was die Entscheidung betrifft, was unterrichtet wird und von wem.

Und zwar sehe die evangelische Kirche die Rechtsfrage der Islamkunde und des islamischen Religionsunterrichts als das wichtigste Problem an. Meinem Interviewpartner zufolge sei das fundamentale Problem, dass die deutschen Gesetze ursprünglich nur auf den Kirchen basieren. In seiner Sicht wird echter Fortschritt nur möglich sein, nachdem diese Gesetze, in Gestalt und nicht in Substanz, modifiziert werden, damit andere Religionsgemeinschaften mit verschiedenen Strukturen auch offiziell anerkannt werden können:

Ich glaube bundesweit wird man einfach irgendwann gucken müssen wie kann man eigentlich diese Regelungen, die auf die Weimarer Republik zurückgehen eigentlich so transformieren, sodass auch der [sic] die Substanz so bleibt wie sie jetzt ist, aber bestimmte Kriterien auch angepasst werden auch an andere Religionsgemeinschaften. Damals hatten sie nur die christlichen Kirchen vor Augen und man kann nicht Muslimen sagen „Macht mal ne Kirche so wie die Christen“ ne? Also, geht einfach nicht... So lange wird da nix draus. Das ist ja die Situation, dass eigentlich seit 2 Jahrzehnten Muslimen sagen, „Wir wollen Religionsunterricht haben“ und der Staat immer sagt, „Ja, aber ihr müsst eine Organisation ein [sic] Ansprechpartner und so weiter.“ Ich glaub dass das irgendwann nicht so weiter führt, ich denk dass jetzt diese Lösung von Nordrhein-Westfalen nochmal vielleicht ein bisschen Drive reinbringt.¹⁹⁹

Er bemerkte, dass die Nordrhein-Westfälische Regierungs-Kundgebung der Einführung des islamischen Religionsunterrichtsversuchs im Schuljahr 2010-2011 ein neuer Schritt in die richtige Richtung sei. Die evangelische Kirche unterstütze diesen neuen Versuch im Unterschied zu der katholische Kirche, die es kritischer sehe.

Nichtsdestotrotz habe die evangelische Kirche auch Bedenken. Dieser islamische Religionsunterrichts-Schulversuch solle auch nur eine Übergangslösung sein, bis verfassungsmässiger, islamischer Religionsunterricht eingeführt werden kann. Doch die evangelische Kirche weist darauf hin, dass Islamkunde ja auch eine Übergangslösung war, die nach zwei oder drei Jahren richtiger, islamischer Religionsunterricht werden sollte. Diese

¹⁹⁹ EkiR, persönliches Interview, 13 Jul. 2009.

Transformation geschah nicht. Deshalb betont die evangelische Kirche, dass die Rechtsfrage des islamischen Religionsunterrichts unbedingt angepackt werden müsse:

...so kann man eigentlich auf Dauer nicht mit der Verfassung umgehen. Ja, das ist so das Problem, das rechtliche Problem. Es sind alle zufrieden und wir als Kirchen haben das auch nicht zu laut gesagt, weil wir sagten „Ach Mensch, es kommt ja, es ist gut für die Schülerinnen und gut für die Muslime und deshalb okay, aber es ist keine richtige Lösung. Das ist so.“²⁰⁰

Die evangelische Kirche will, dass eine echte rechtliche Lösung gefunden wird.

Die Katholische Kirche

Die katholische Kirche in Deutschland besteht aus vielen Gemeinden und Gruppen und hat Verbindungen zum Papst in Rom und der weltweiten Kirche.²⁰¹ Ich bin mit dem Erzbistum Köln, das Köln und sein Umfeld (6.181 km²) umfasst, in Kontakt getreten. Das Erzbistum Köln hat 2.2 Millionen Mitglieder, 43% der Bevölkerung in der Gegend.²⁰² Das Erzbistum Köln hat mir kein Interview gewährt. Aber es hat mir zwei E-mails geschickt, in denen es mir seine Stellung hinsichtlich Islamkunde und islamischem Religionsunterricht erklärte.

Die katholische Kirche habe keinen Kontakt zu den Islamkundelehrern und keine direkten Kenntnisse darüber, was genau in der Islamkunde abläuft. Deswegen sei die Kirche nicht bereit, eine Aussage darüber zu machen.²⁰³ Doch aus Sicht der katholische Kirche könne Religionskunde, sachliche, religiöse Unterweisung, Religionsunterricht, also spirituelle, religiöse Unterweisung, nicht, nicht einmal für Muslime, ersetzen. Religionsunterricht sei im Grundgesetz gesichert, während Religionskunde und Islamkunde das nicht seien.²⁰⁴ Die

²⁰⁰ EkiR, persönliches Interview, 13 Jul. 2009.

²⁰¹ "Katholische Kirche." Katholische Kirche. 20 Jan. 2010 <<http://www.katholische-kirche.de>>.

²⁰² "Kirchengemeinden im Erzbistum Köln." Erzbistum Köln. 23 Jan. 2010 <www.erzbistum-koeln.de>.

²⁰³ Erzbistum Köln, "AW: Mastersprojekt ueber Islamkundeunterricht," E-mail to author, 12 Jun. 2009. Erzbistum Köln, "AW: Mastersprojekt ueber Islamkundeunterricht," E-mail to author, 10 Jul. 2009.

²⁰⁴ Erzbistum Köln, "AW: Mastersprojekt ueber Islamkundeunterricht," E-mail to author, 10 Jul. 2009.

katholische Kirche glaubt, dass Islamkunde nicht landesweit durchgeführt wurde. Deswegen hofft sie, dass ein landesweiter, islamischer Religionsunterrichtschulversuch eingeführt werden wird, doch die Rechtsbedingungen, solch einen Schulversuch einzuführen, seien noch nicht gesichert.²⁰⁵ Die katholische Kirche glaubt, dass es notwendig sei, islamischen Religionsunterricht in Schulen mit hoher, muslimischer Bevölkerungen so schnell wie möglich einzuführen.²⁰⁶

Diskussion

Das Ziel aller Religionsgemeinschaften, die hier beschrieben werden, ist es, die so schnell wie mögliche die Einführung des islamischen Religionsunterrichts zu sichern. Die Religionsgemeinschaften sind aber geteilter Meinung: einerseits die, die sich nicht aktiv dem Schulversuch Islamkunde widersetzen, und andererseits die, die sich mit nichts außer die sofortige Einführung des islamischen Religionsunterrichts zufrieden geben.

Die DITIB, der VIKZ und die evangelische Kirche stimmen alle zu, dass muslimische Kinder wahrscheinlich viel über Religion im Islamkundeunterricht lernen. Sie glauben, dass die Gründe der Regierung für die Einführung der Islamkunde hauptsächlich ehrenhaft waren, indem die Regierung die Bedürfnisse der muslimischen Kinder decken wollte, aber gleichzeitig glaubte, dass zu der Zeit der rechtlich islamische Religionsunterricht nicht eingeführt werden konnte. Der VIKZ glaubt, dass einige Politiker muslimische Kinder von den Moscheen entfernen wollten, was der Verband für eine unlogische Folge der Islamkunde, oder auch islamischen Religionsunterricht hält. Die DITIB, der VIKZ und die evangelische Kirche stimmen zu, dass Islamkunde besser als nichts und eine gute Übergangslösung ist. Trotzdem wollen alle drei

²⁰⁵ Erzbistum Köln, "AW: Mastersprojekt ueber Islamkundeunterricht," E-mail to author, 12 Jun. 2009.

²⁰⁶ Erzbistum Köln, "AW: Mastersprojekt ueber Islamkundeunterricht," E-mail to author, 10 Jul. 2009.

Organisationen die schnellst mögliche Einführung des islamischen Religionunterrichts, da Religionunterricht gemäß des Grundgesetzes ein Recht der muslimischen Kinder ist, dessen sie im Moment beraubt werden. Islamischer Religionsunterricht würde auch verschiedene andere Vorteile haben, wie zum Beispiel die Verbesserung des Islambilds in Deutschland, den Abbau von Vorurteilen, die Vorbeugung gegen die Radikalisierung muslimische Kinder und die Integration islamischer Kinder, indem man ihre Identität verstärkt.

Im Gegensatz sind der ZMD, der Islamrat und die katholische Kirche sehr gegen die Islamkunde eingestellt (auch als Übergangslösung). Der ZMD und der Islamrat glauben, dass der Staat Islamkunde eingeführt hat, weil er den Islam kontrollieren und definieren will. Der ZMD, der Islamrat und die katholische Kirche glauben, dass Islamkunde gegen das Grundgesetz verstößt und grundgesetzmäßiger, islamischer Religionsunterricht eingeführt werden muss, da er ein Grundrecht ist. Der Islamrat glaubt, dass islamischer Religionsunterricht die Integration fördern würde, da Muslime sich mehr mit ihrer Schule identifizieren wurden.

Grundschullehrer, Schüler und Eltern

Zusätzlich zu den Politikern, dem Schulministerium und den islamischen Verbänden und den Kirchen, die alle betroffenen Personen theoretisch repräsentieren, wollte ich auch die Meinung der zuletzt genannten Personen hören. In der großen Kontroverse, die die Islamkunde umgibt, ist es wichtig, sich zu erinnern, dass die Personen, die am meisten vom Schulversuch oder dessen Abwesenheit betroffen sind, die Schulgemeinschaften sind: die Schulleiter, die Lehrer, die Schüler und die Eltern. Teilen diese die Meinungen der Politiker, des Schulministeriums und/oder der Religionsgemeinschaften, oder weichen ihre Ansichten von ihnen ab?

Um diese Fragen zu beantworten, habe ich zwei Grundschulen besucht, die am Schulversuch Islamkunde teilnehmen, und eine, die nicht am Schulversuch teilnimmt. Ich habe mich entschieden, mich auf Grundschulen zu konzentrieren, weil Deutschland vier Arten von Sekundarschulen hat, und muslimische Schüler ungleich unter den Schularten aufgeteilt sind. Das wiederum führt zu einer ungleichen Anzahl an Schulen jeder Art, die am Schulversuch teilnehmen. Von den 82 Sekundarschulen, die am Schulversuch in Nordrhein-Westfalen teilnehmen, sind 53 Hauptschulen und nur 2 Gymnasien.²⁰⁷ Dazu wollte ich auch die Ansichten der Eltern erfahren. Bis ein Kind 14 Jahre alt ist und die religiöse Mündigkeit erreicht hat²⁰⁸ können nur die Eltern das Kind vom Religionsunterricht abmelden.²⁰⁹ Deshalb sind Eltern von der religiösen Unterweisung ihres Kindes während der Grundschuljahre direkt betroffen.

Das Schulministerium teilt die im Schulversuch teilnehmenden Schulen in fünf Regionen auf. Die drei Schulen in dieser Studie gehören alle zum Großraum Köln, welcher die höchste Anzahl an Teilnehmern am Schulversuch hat (1.132 Schüler). Sechs der 16 Grundschulen in Großraum Köln, die am Schulversuch teilnehmen, sind in der Stadt selbst. Diese sechs Grundschulen stellen 376 der teilnehmende Schüler.²¹⁰ Die zwei Schulen in dieser Studie, die am Schulversuch Islamkunde teilnehmen, sind in der Stadt Köln. Die Schule, die nicht teilnimmt, ist außerhalb der Stadt im Großraum Köln zu finden.

Der Zweck des Einbezugs dieser dritten Schule in meine Studie ist es, die Wirklichkeit der Mehrzahl der Grundschulen in Nordrhein-Westfalen, die nicht am Schulversuch teilnehmen, darzustellen. Ich habe eine Schule außerhalb Kölns gewählt, weil in eher ländlichen Teilen

²⁰⁷ “Anzahl der Schulen, erteilter Unterricht und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Islamkunde in deutscher Sprache im Schuljahr 2008/09,“ (Düsseldorf: NRW Schulministerium, 2009).

²⁰⁸ Gesetz über die religiöse Kindererziehung, Absatz 5.

²⁰⁹ Schulgesetz NRW (Stand 15.2.2010), Paragraph 28, Artikel 6.

²¹⁰ “Anzahl der Schulen, erteilter Unterricht und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Islamkunde in deutscher Sprache im Schuljahr 2008/09.“

Nordrhein-Westfalens die Eltern keine Wahl haben, wo ihre Kinder zu Schule gehen. Generell schicken sie ihre Kinder zur nächst gelegenen Schule. In Köln haben die Eltern im Gegenteil dazu mehr Möglichkeiten. Sie können ihre Kinder in konfessionelle Schulen schicken, und wenn sie das nicht wollen, dann können sie ihre Kinder in Gemeinschaftsgrundschulen schicken. Diese Möglichkeiten der Wahl führen zu einem Niveau der religiösen Trennung, wenn auch nicht immer aus religiösen Gründen. Für diese Studie wollte ich eine dritte Schule, die nicht am Schulversuch Islamkunde teilnimmt, aber die eine hohe Anzahl an muslimischen Schüler hat, die nicht die Möglichkeit hatten, eine Schule, die am Schulversuch teilnimmt, besuchen.

Die Methode

Ich habe den Schulleitern der am Schulversuch teilnehmenden Schulen in Köln per E-mail geschrieben, um ihre Teilnahme an meiner Studie zu ersuchen. Die Schulleiter von zwei dieser Schulen, von jetzt an Schulen A und B genannt, haben zugesagt. Die Schulleiter haben den Lehrern mitgeteilt, dass ich eine Studie über Islamkunde durchführe. Ich habe die Lehrer, inklusiv Schulleiter interviewt, die mir ihre Einwilligung gaben. Ich habe auch Einwilligungsdokumente und Fragebögen für ihre Eltern an alle Viertklässler an Schule A und B ausgeteilt. Ich habe Fragebögen an die Viertklässler ausgeteilt, für die ich Einwilligungen von den Eltern erhalten habe. Die Interviewfragen und Beispiele der Eltern-und Schülerfragebögen befinden sich im Anhang. Die Interviews und Austeilung und Einsammlung der Fragebögen fanden zwischen dem 16. und 26. Juni 2009 an Schule A und zwischen dem 9. und 23. Juni 2009 an Schule B statt. Das gleiche Verfahren nahm auch an Schule C statt, die nicht am Schulversuch Islamkunde teilnimmt, und zwar vom 15. bis zum 30. Juni 2009. Die Interviews

und Fragebögen an Schule C waren etwas kürzer, da an der Schule keine Islamkunde erteilt wird. Beispiele für Materialien für Schule C befinden sich auch im Anhang.

In der Vergangenheit haben Islamkundestudien sich nur auf die Meinungen der muslimische Eltern konzentriert. Ich dachte jedoch, dass die Meinungen der nichtmuslimischen Eltern und Kinder aus mehreren Gründen auch wichtig sind. Erstens ist Deutschland eine demokratische Gesellschaft und die Entscheidungen und Gesetze, die den Schulversuch Islamkunde und die Etablierung des islamischen Religionsunterrichts betreffen, werden von Politikern und Schulministeriumsbeamten gefällt, die theoretisch alle Deutschen vertreten. Viele Entscheidungen über islamische Unterweisung werden sogar von Nichtmuslimen getroffen. Zweitens ist Islamkunde ein Schulfach und so könnte es wenigstens theoretisch Auswirkungen auf die Schumatmosphäre haben, und auf diese Weise haben alle Mitglieder der Schulgemeinschaft daran Interesse. Die Schulgemeinde und ihre Stellung zur Islamkunde könnte auch Auswirkungen auf das Schulfach haben.

In den Fragebögen wurden Teilnehmer nach ihrer Religion befragt und danach ob ihre Kinder irgendeine Art religiöse Unterweisung an der Schule besuchen. Obwohl das wie eine persönliche Frage klingt, behält Nordrhein-Westfalen die Konfession aller seiner Schüler im Auge, wie die folgende Tabelle klar macht:²¹¹

²¹¹ Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht. 2008/09. Statistische Übersicht 369 (Düsseldorf: Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nord Rhein-Westfalen, 2009) 25.

Konfession der Schüler(-innen) an Bekenntnisschulen:

Schülerinnen und Schüler an Bekenntnisschulen 2008/09	Grundschule				
	evang.	jüdisch	röm-kath.	Gemein- schafts- schule	insg.
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Schulen	103	2	1.034	2.127	3.266
Schülerinnen und Schüler	19.687	220	216.975	458.454	695.336
davon					
röm.-katholisch	3.479		132.588	144.485	280.552
evangelisch	9.544	1	36.180	145.184	190.909
islamisch	2.079		17.885	79.121	99.085
syrisch-orthodox	15		420	725	1.160
sonstige orthodox	181	1	1.762	3.828	5.772
jüdisch	8	186	45	264	503
andere Konfession	1.247	1	4.962	15.628	21.838
ohne Konfession	3.134	31	23.133	69.219	95.517
darunter vom Religionsunterricht abgemeldet (sind oben bei den Konfessionszugehörigen)					
evangelisch (abgemeldet)	18		28	653	699
röm.-kath. (abgemeldet)	5		206	286	497

Weder diese Tabelle noch die Antworten zu meinen Fragebögen sollten als ein Zeichen dafür angesehen werden, ob jemand religiös ist oder nicht. Zum Beispiel gibt es 280.552 katholische Grundschüler in Nordrhein-Westfalen. Besuchen sie alle die Kirche? Glauben sie an die Lehren der katholische Kirche? Man müsste jeden einzelnen fragen. Am Ende bedeutet es nur, dass 280.552 Grundsschüler getauft sind, und dass wenigstens einer ihrer Eltern katholische Kirchensteuer bezahlt. Dazu haben diese Kinder das Recht auf katholischen Religionsunterricht und werden dafür automatisch an Schulen angemeldet, die von wenigstens 12 Katholiken besucht werden. Genauso hätten die 99.085 muslimischen Grundschulschüler ein Recht auf islamischen Religionsunterricht, wenn so ein Unterricht eingeführt würde. Ich habe wegen dieses Verhältnisses zwischen der Religionsangehörigkeit und dem Recht auf Religionsunterricht in der Schule Teilnehmer nach ihrer Religion gefragt.

Die Lehrer wurden nicht nach ihrer Religion gefragt, aber per Definition sind alle Islamkundefahrer Muslime und alle Religionsunterrichtlehrer müssen der Konfession angehören, welche sie lehren. Einige andere Lehrer haben ihre Religion während des Interviews von selbst erwähnt. Ich habe den Leser nur dann darauf aufmerksam gemacht, wenn es relevant schien.

Schule A

Schule A ist eine Gemeinschaftsgrundschule. Das heißt, dass außerhalb des Religionsunterrichts Schüler nur ökumenisch christlichen Werten und Ideen ausgesetzt werden sollten, anstatt nur katholischen oder evangelischen. Schule A hat seinen Schulhof mit einer katholischen Grundschule geteilt. Schule A befindet sich in Köln und nimmt seit dem Jahr 2006 am Schulversuch Islamkunde teil. Schule A hat 174 Schüler, die Mehrzahl davon Muslime, und 11 Lehrer. Es gab ungefähr 45 Viertklässler, die in zwei Klassen aufgeteilt worden waren. Die Mehrzahl der Viertklässler waren Muslime. Die Schulleiterin war sehr aktiv in der Beantragung und Einführung des Schulversuchs Islamkunde in Schule A. Obwohl sie selber keine Muslimin war, oder besonders religiös (ihr zufolge), hat sie während ihrer Kindheit viele Jahre in der Türkei gelebt, hat eine offene Einstellung anderen Kulturen gegenüber und glaubt fest daran, dass jedes Kind über seinen Glauben lernen sollte, um ein gesundes Selbstbild zu bilden. Schule A hat nicht genug evangelische oder katholische Kinder, um evangelischen oder katholischen Religionsunterricht zu erteilen. Islamkunde wird Freitagnachmittags unterrichtet. Kinder, die die Islamkunde nicht besuchen, können früher nach Hause gehen.

Lehrer

Sechs Lehrer, die Islamkundelehrerin inklusiv, nahmen an dieser Studie teil. Alle hatten vom Schulversuch Islamkunde gehört, da ihre jeweilige Schule am Schulversuch teilnahm.

Lehrer A1 hat keinen Unterschied zwischen Islamkunde und Religionsunterricht gesehen, mit Ausnahme der Propheten. Lehrer A1 glaubte, dass Islamkunde eine gute Alternative zu Koranschulen darstelle. Lehrer A1 nach glauben viele mäßig muslimische Eltern, dass Islamkunde gut sei, weil sie ihre Kinder nicht in Koranschulen schicken wollen. Nichtmuslime

werden zwar eine Stunde früher entlassen, aber die muslimischen Kinder gehen trotzdem gerne hin, Lehrer A1 nach, da Grundschüler gerne mehr Zeit in der Schule zu verbringen. Die Lehrer unterstützen den Schulversuch. Lehrer A1 war schon vor der Einführung von Islamkunde an der Schule und hat seitdem keine Probleme bemerkt. Als Lehrer A1 gefragt wurde, ob Islamkunde die Integration fördere, dachte er, dass sie es vielleicht tue, aber wenigstens nicht auf eine bemerkbare Weise. Lehrer A1 fügte noch hinzu, dass Lehrer ohnehin viel Zeit mit Integrationsarbeit verbringen, wenn sie sich zum Beispiel über die Unterschiede zwischen Moscheen und Kirchen unterhalten.

Lehrerin A2 war eine langfristige Aushilfslehrerin an Schule A und hatte zur Zeit des Interviews ein Halbjahr an der Schule unterrichtet. Lehrerin A2 wurde als katholische Religionslehrerin ausgebildet, obwohl sie keinen katholischen Religionsunterricht an Schule A unterrichtete, da dieser nicht erteilt wurde. Lehrerin A2 glaubte, dass es wichtig sei, dass Kinder über ihren eigenen Glauben und auch andere Religionen lernen. Lehrerin A2 glaubte, dass Muslime ein Recht darauf hätten, in ihrer Religion in der Schule unterrichtet zu werden, und dass es vielleicht die Integration fördern würde, wenn sie auch über andere Religionen etwas erfahren würden. Lehrerin A2 dachte, dass die Kinder mit der Islamkunde zufrieden waren, und hatte von keinen Problemen mit den Eltern gehört. Doch Lehrerin A2 gab zu, dass sie wirklich keine Vorstellung davon hatte, was eigentlich in Islamkunde vorging.

Lehrerin A3 dachte, dass Islamkunde auf Türkisch unterrichtet würde, und dass Islamkunde schon seit mehr als 20 Jahren an Schule A erteilt würde. Der einzige Unterschied, den Lehrerin A3 zwischen Islamkunde und Religionunterricht sah, war, dass erstere sich auf den Koran konzentrierte und letzteren auf die Bibel. Lehrerin A3 glaubte, dass die Kinder gerne zur Islamkunde gingen, dass ihre Eltern keine Probleme damit hatten, und dass die Lehrer den

Schulversuch unterstützten. Lehrerin A3 glaubte jedoch nicht, dass sie die Integration fördere. Die einzige Weise in der sie Integration fördern würde wäre, Lehrerin A3 nach, wenn Nichtmuslime den Unterricht besuchen und über die islamische Kultur lernen würden.

Lehrer A4 war Moslem und unterrichtete Türkisch an Schule A im Deutsch-Türkisch Programm der Schule, das im Jahr 2008 eingeführt wurde. Lehrer A4 wusste, was der Unterschied zwischen Islamkunde und Religionsunterricht ist, dass der erste ein auf Fakten basierender Unterricht des Islam war, während der zweite konfessionelle auf Glauben basierende religiöse Unterweisung war. Lehrer A4 glaubte, dass Islamkunde eingeführt wurde, um ein Gegengewicht zum extremistischen, radikalen Islam zu bilden. Der Zweck des Islamkundeunterrichts sei es, Kindern zu lehren, dass Islam nicht gegen die Demokratie sei, die Gefahren solch einer Denkweise zu demonstrieren, wo die Gefahren in der Interpretation des Islams liegen, vorzuführen, wie man Islam in dem heutigen Zeitalter leben könne, und wie man tolerant mit anderen Kulturen umgehen sollte. Lehrer A4 glaubte, dass Islamkunde Integration fördere, indem sie muslimischen Schülern ein gesundes Selbstbild und Kenntnisse über ihre eigene Religion gäbe. Dies wiederum erlaube es ihnen, mehr Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Religionen zu zeigen. Laut Lehrer A4, seien die meisten Eltern zufrieden mit der Islamkunde, obwohl nicht alle muslimischen Eltern ihre Kinder hinschicken. Lehrer A4 ist mit Islamkunde zufrieden und will keinen islamischen Religionsunterricht sehen.

Lehrer A5 wusste, was der Unterschied zwischen Islamkunde und Religionsunterricht ist, dass der eine sachliche Vermittlung religiöser Kenntnisse und der andere eine konfessionelle Glaubenslehre ist. Lehrer A5 glaubte, dass es wichtig für Kinder sei, über ihre Religion und ihren Hintergrund zu lernen. Lehrer A5 berichtete, dass fast alle muslimischen Schüler am Islamkundeunterricht teilnahmen und über ihre eigene und über andere Religionen lernten.

Lehrer A5 nach nahmen die Kinder gerne an Islamkunde teil, und es gab keine Probleme von Seiten der Eltern oder der Lehrer. Lehrer A5 wäre froh, wenn alle Kinder teilnehmen würden, damit sie über den Islam lernen könnten. Lehrer A5 glaubte, dass Islamkunde auf jeden Fall Integration fördere, weil erstens Wissen generell Integration fördere, und weil zweitens die Schüler über geteilte islamische-christliche Wurzeln in der Bibel und über religiöse Feste lernen.

Lehrerin A6 war die Islamkundelehrerin und eine Muttersprachlertürkischunterrichtslehrerin. Zur Zeit der Studie hatte Lehrerin A6 Islamkunde seit drei Jahren auf Deutsch unterrichtet. Lehrerin A6 war froh, Islamkunde zu unterrichten, da es ihre Deutschkenntnisse verbessere. Lehrerin A6 glaubte, dass Islamkunde eingeführt wurde, um nichttürkischen Muslimen islamische Unterweisung anzubieten. Türkische Muslime hatten zuvor einige islamische Unterweisungen als Teil des Muttersprachenunterrichts erhalten. Lehrerin A6 dachte, dass es wichtig sei, Islamkunde in den Schulen zu unterrichten, wo sie von den Schulautoritäten beaufsichtigt werden konnte und deshalb nicht fanatisch sei, wie in manchen Moscheen. Lehrerin A6 glaubte, dass Islamkunde für die meisten Kinder die Hauptquelle von Informationen über den Islam sei. Lehrerin A6 zufolge besuchten die Schüler gerne den Unterricht, die Lehrer der Schule A schienen sich nicht gegen ihn zu stellen und die Eltern bewunderten sie aufgrund ihrer Kenntnisse. Lehrerin A6 glaubte, dass Islamkunde Kinder mit der Zeit integrieren werde, weil sie in Islamkunde über ihre eigene Religion lernen und auch lernen, andere Religionen zu respektieren. Lehrerin A6 nach gäbe es wenn Personen religiös seien, keine Integrationsprobleme, weil religiöse Menschen nicht hassen, sondern tolerant seien und einander lieben. “Und weiter, für jedes Kind sagen, du bist integriert, weil du Islamkunde hast, wir wünschen es so wird. Dafür geben wir Mühe.“

Es ist interessant zu bemerken, dass nur die Hälfte der Lehrer, die an Schule A, die zur Zeit der Studie schon drei Jahren lang am Schulversuch Islamkunde teilnahm, interviewt wurden, ein klares Verständnis von Islamkunde hatten. Die drei Lehrer, die über Islamkunde informiert waren, glaubten alle, dass Islamkunde Integration förderte, wähen keiner der anderen Lehrer besonders davon überzeugt war. Nichtsdestotrotz unterstützten alle Lehrer den Islamkundeunterricht. Drei Lehrer, darunter zwei Muslime, erwähnten, dass Islamkunde eine gute Alternative oder ein gutes Gegengewicht zur Art des Islams sei, zu der die Kinder außerhalb der Schule ausgesetzt werden.

Viertklässler

Sechs Schüler nahmen an dieser Studie teil: vier Muslime, ein evangelischer und ein nicht religiöser Schüler. Sie hatten alle schon vom Schulversuch Islamkunde gehört, der an ihrer Schule stattfand.

Von den vier muslimischen Schülern nahmen drei am Islamkundeunterricht teil und einer besuchte keinelei Art der religiösen Unterweisung an der Schule. Alle muslimischen Kinder sagten, dass man über den Islam in der Islamkunde lerne, oder etwas anders ausgedrückt, man lerne über "unseren Propheten." Als die Kinder über den Unterschied zum Religionsunterricht befragt wurden, erwähnten sie, dass Christen über Jesus lernen. Alle muslimischen Schüler glaubten, dass Islamkunde eine gute Idee sei. Einer erklärte, dass sie den Muslimen erlaube, früher über ihre Religion zu lernen, damit es später nicht so schwer sei. Einer erklärte, dass es viele Muslime an der Schule gäbe, und ein anderer erklärte, dass man erfahren könne, was Gott ihnen als Aufgabe gegeben habe.

Alle muslimischen Schüler sagten, dass die Schüler den Islamkundeunterricht gerne besuchten. Die drei, die an ihm teilnahmen, sagten, dass ihre Freunde ihn auch besuchten. Der muslimische Schüler, der Islamkunde nicht besuchte, sagte, dass seine Freunde ihn auch nicht besuchten.

Als sie nach den Auswirkungen der Islamkunde befragt wurden, sagten zwei, dass sie es nicht wüssten. Einer sagte, dass er gelernt habe, sich dem Islam anzupassen. Der muslimische Schüler, der Islamkunde nicht besuchte, berichtete, dass Teilnehmer länger in der Schule bleiben müssen.

Von den zwei Nichtmuslimen nahm der evangelische Schüler an keiner Art der religiösen Unterweisung an der Schule teil, während der nichtreligiöse Schüler die Islamkunde besuchte. Die beiden Schüler definierten Islamkunde als eine Klasse, in der man über Islam lernt. Als sie nach dem Unterschied zwischen Islamkunde und Religionsunterricht befragt wurden, erwähnte der nichtreligiöse Schüler, dass Christen im Religionsunterricht zur Kirche gehen. Diese Aussage deutet darauf an, dass wenigstens dieser Schüler die konfessionelle Natur des Religionunterrichts bewusst ist.

Als sie gefragt wurden, ob Islamkunde eine gute Idee war, antworteten beide, dass es so sei, obwohl der evangelische Schüler betonte, dass es gut wäre, wenn die Schule auch evangelischen und katholischen Religionsunterricht erteilen würde. Beide sagten, dass ihre Klassenkameraden und Freunde Islamkundeunterricht besuchten. Was die Auswirkungen des Islamkundeunterrichts auf sie betraf, sagte der nichtreligiöse Schüler, dass er jetzt mehr wisse, und der evangelische Schüler sagte, dass seine Freunde länger in der Schule bleiben müssen.

Die sechs Schüler schienen alle positive Gefühle gegenüber dem Islamkundeunterricht zu haben. Sie glaubten, dass Islamkunde eine gute Idee sei, und zwei erwähnten, dass sie etwas

vom Unterricht gelernt haben. Einige ihrer Antworten zeigen vielleicht nur die Unfähigkeit, in ihrem Alter abstrakter zu denken. Als sie nach dem Unterschied zwischen Islamkunde und Religionsunterricht gefragt wurden, schienen sie die Frage so verstanden zu haben, dass sie den Unterschied zwischen dem Islam und dem Christentum erklären sollten, anstatt den Unterschied zwischen Religionskunde und Religionsunterricht. Als sie nach den Auswirkungen des Islamkundeunterrichts auf sich selbst gefragt worden, nannten die zwei, die ihn nicht besuchen, dass die, die teilnehmen, länger in der Schule bleiben müssen. Dies ist wiederum eine sehr wörtliche Deutung der Frage.

Eltern der Viertklässler

Acht Eltern der Viertklässler nahmen an dieser Studie teil: fünf Muslime, ein katholischer, ein evangelischer und ein nicht religiöser Elternteil. Alle Eltern hatten schon vom Schulversuch Islamkunde gehört, der an der Schule ihres Kindes stattfindet.

Von den fünf Muslimen, schickten vier ihre Kinder zum Islamkundeunterricht, während das Kind des fünften Elternteils keine religiöse Unterweisung an der Schule besuchte. Alle muslimische Eltern sagten, dass in Islamkunde Schüler über den Islam lernen und ihn kennenlernen. Einer schrieb: "Man kann beten lernen und koran [sic]. Ein anderer schrieb: "Man kann Islamkunde gleichsetzen mit Reli-unterricht."

Zwei der muslimischen Eltern antworteten, dass Islamkunde sich nicht von Religionsunterricht unterscheide. Einer beantwortete die Frage nicht, und einer schrieb, dass die Religion oder Konfession der Unterschied sei. Einer schrieb: "Bei kath. und evang. Religionsunterricht hat man Bibel in der Hand, der Lehrer/in und die Kinder lesen aus der Bibel. Bei Islamkunde lernen die Kinder Das Buch Koran gar nicht."

Was die Gründe für die Einführung des Schulversuchs Islamkunde betrifft, erwähnten zwei, dass es viele Muslime in Nordrhein-Westfalen gäbe. Zwei nannten Ideen der “Gleichstellung” und “Gleichberechtigung.” Einer von diesen zwei nannte auch Religionsfreiheit, Anerkennung der Muslime und Integration. Einer berichtete, dass muslimischen Kinder erzählt werde, dass sie in Frieden in einer Gesellschaft mit verschiedene Glauben leben können.

Als sie gefragt wurden, ob die Einführung von Islamkunde eine gute Idee wäre, antworteten zwei muslimische Eltern ja (inklusive der Elternteil des Kinds, das die Islamkunde nicht besucht), ein Elternteil antwortete nicht und zwei antworteten nein. Die positive Antworten erklärten, dass Islamkunde eine gute Idee sei, da sie auf Deutsch unterrichtet wurde und so alle Muslime sie zusammen besuchen konnten (obwohl Islamkunde nicht genüge), und dass Religionsunterricht in Schulen auf der ganze Welt unterrichtet werde. Einer der Eltern, die negativ antworteten, erklärte, dass er Ethikunterricht bevorzuge.

Als sie gefragt wurden, ob Islamkunde Integration fördere, antwortete einer der muslimische Eltern ja, dass sie die Integration verschiedener muslimischer Kinder miteinander helfe, drei antworteten nein, und einer beantwortete die Frage gar nicht.

Als sie gefragt wurden, ob sie mit Islamkunde zufrieden seien, antworteten drei positiv, obwohl einer von ihnen erklärte, dass sie nicht genüge. Ein Elternteil sagte, dass er nicht antworten konnte, da sein Kind den Islamkundeunterricht nicht besuche und einer glaubte nicht, dass die Eltern mit Islamkunde zufrieden seien. Schließlich, als sie nach den Auswirkungen des Islamkundeunterrichts auf sich selbst und ihre Kinder gefragt wurden, berichteten zwei Eltern, dass ihre Kinder mehr über den Islam gelernt hatten.

Von den drei nicht muslimische Eltern, hatten zwei Kinder die keine religiöse Unterweisung an der Schule besuchten, und das Kind des nichtreligiösen Elternteils besuchte Islamkunde. Alle drei definierten Islamkunde als Religion für Muslime oder islamische Religion und keiner wusste, dass es einen Unterschied zwischen Islamkunde und Religionsunterricht gäbe.

Als sie nach den Gründen der Einführung des Schulversuchs gefragt wurden, antwortete der nichtreligiöse Elternteil: "Forschungszwecke!" und der evangelische Elternteil glaubte, dass sie wegen den hohen Anzahlen muslimische Schüler an manchen Schulen und aus einem Versuch, Extremismus zu verhindern eingeführt wurde. Als sie gefragt wurden, ob die Einführung von Islamkunde eine gute Idee sei, dachte der nichtreligiöser Elternteil, dass sie keine gute Idee sei, der evangelische Elternteil dachte, dass sie eine gute Idee sei, obwohl Islamkunde mehr erforscht werden sollte, und der katholische Elternteil hatte keine Meinung dazu. Der nichtreligiöse Elternteil glaubte nicht, dass Islamkunde Integration fördere, der katholische Elternteil hatte keine Meinung dazu und der evangelische Elternteil dachte, dass sie die Integration fördere, da Menschen jetzt denken, dass Muslime ernst genommen werden, und dass sie nicht benachteiligt werden.

Der katholische Elternteil dachte, dass die Eltern mit Islamkunde zufrieden seien. Der evangelischer Elternteil war nicht damit zufrieden, denn er dachte, dass evangelischer und katholischer Religionsunterricht auch an der Schule erteilt werden sollten. Der nicht religiöse Elternteil schickt sein Kind nur zum Islamkundeunterricht, weil sein Kind hingehen will und er nicht will, dass sein Kind von der Klassengemeinschaft ausgeschlossen werde. Sonst habe der Unterricht überhaupt keine Bedeutung für den nicht religiösen Elternteil. Basierend auf diesen Fragebögen wird klar, dass es viel Gründe gibt, weshalb Eltern ihre Kinder in den

Islamkundeunterricht schicken oder nicht. Ein muslimischer Elternteil glaubt, dass Islamkunde eine gute Idee sei, aber schickt sein Kind nicht dahin, während ein anderer muslimischer Elternteil gegen Islamkunde ist, aber sein Kind trotzdem hinschickt. Zudem schickt der nicht religiöse Elternteil sein Kind nur in den Islamkundeunterricht, damit er nicht von der Klassengemeinschaft ausgeschlossen wird.

Obwohl Islamkunde an der Schule ihrer Kinder erteilt wird und fünf der acht Eltern ihre Kinder hinschicken, wusste keiner der Eltern genug über Islamkunde, um den Unterschied zwischen ihm und richtigem Religionsunterricht erklären zu können. Dieser Wissenslücke deutet darauf hin, dass sie von den Schulbehörden entweder nicht ausreichend über Islamkunde informiert wurden, oder dass die Schulautoritäten absichtlich den Unterschied herunterspielten. Zudem deutet es darauf hin, dass islamische Verbände unwahrscheinlich viel Unterstützung von den Eltern erhalten werden, was ihr Streben nach islamischem Religionsunterricht angeht, da die Eltern keinen Unterschied zwischen Islamkunde und islamischem Religionsunterricht sehen.

Als sie nach den Gründen der Einführung von Islamkunde gefragt wurden, nannten die Eltern die hohe Anzahl der in Nordrhein-Westfalen lebende Muslime, Gleichberechtigung, Religionsfreiheit, Integration, friedliche Koexistenz, Forschungszwecke und den Versuch, den Extremismus zu verhindern. Obwohl Integration genannt wurde, dachten nur zwei Eltern, dass Islamkunde Integration fördere. Ein muslimischer Elternteil dachte, dass sie die Integration verschiedener Muslime fördere und der evangelische Elternteil dachte, dass sie Integration fördere, weil Menschen jetzt fühlen, dass Muslime ernst genommen werden und nicht benachteiligt werden. Obwohl beide Erklärungen eine Art der Integration ausdrücken, ist keiner der beiden, würde ich behaupten, mit dem klassischen Ideal der Integration vereinbar und keiner repräsentiert irgendeine Art Assimilation von Seiten der Muslime.

Schule B

Schule B ist eine Gemeinschaftsgrundschule. Wie Schule A teilt sie ihren Schulhof mit einer katholischen Grundschule. Schule B befindet sich auch in Köln und nimmt seit dem Jahr 2006 am Schulversuch Islamkunde teil. Die Schule hat 167 Schüler. Davon sind 125 Muslime. Insgesamt gibt es 37 Viertklässler, die in zwei Klassen aufgeteilt sind: 30 Muslime, 4 Evangelische, 2 ohne Religion und ein Zeuge Jehovahs. Die Schulleiterin war sehr aktiv in der Beantragung und Einführung des Islamkundeunterrichts an Schule B. Die Schulleiterin wurde als evangelische Religionsunterrichtslehrerin ausgebildet, obwohl sie an Schule B keine Religionsunterricht unterrichtet. Sie glaubt fest an die Wichtigkeit religiöser Unterweisung in der Schule. Deshalb wollte sie dafür sorgen, dass die Mehrzahl der Schüler an Schule B, also die Muslime, irgendeine Form der religiösen Unterweisung bekommen. Zusätzlich zur Islamkunde wird auch evangelischer Religionsunterricht an der Schule erteilt.

Lehrer

Acht Lehrer, einschließlich Islamkunde - und evangelische Religionslehrer, nahmen an dieser Studie teil. Alle Lehrer sagten, dass sie schon von Islamkunde gehört hätten. Lehrer B1 dachte, dass Islamkunde eingeführt wurde für die "Entwicklung der Persönlichkeit der Kinder," da Religion ein Teil vom Mensch sei, "Gerechtigkeit," da Religionsunterricht ein Grundgesetzrecht sei und "Verständigung," da Menschen, die über ihren Hintergrund und ihre Wurzeln informiert seien, sich auch darüber mit anderen unterhalten können. Lehrer B1 glaubte, dass der Unterschied zwischen Islamkunde und Religionsunterricht sei, dass der erste nicht missionarisch sei, versuche zu informieren und nicht konfessionell sei. Lehrer B1 zufolge helfe Islamkunde den Kindern, indem sie sie über sich selbst, ihre Familien und die Welt informiere.

Ihnen werde ein religiöses Weltverständnis angeboten, welches vom Staat kontrolliert werde. Lehrer B1 glaubt, dass muslimische Schüler wegen Islamkunde ein besseres Selbstbild bilden und weniger Diskriminierung erfahren. Lehrer B1 glaubt auch, dass nicht-Muslime von Islamkunde und durch Mitarbeit an Islamkunde-Religionsunterricht Vorteile ziehen, indem sie lernen, dass Islam normal sei. Lehrer B1 nach besuchen Muslime gerne die Islamkunde, denn er verknüpfe das Zuhause mit der Schule. Eltern seien damit zufrieden, denn der Staat nehme ihren Glauben Ernst, und die Lehrer wissen die Integrationsarbeit des Islamkundeunterrichts zu schätzen. Lehrer B1 denkt, dass seit der Einführung des Islamkundeunterrichts an Schule B die Eltern offener seien und akzeptiert werden und die Kinder mehr Wissen und mehr Selbstbewusstsein als Muslime in Europa haben. Dazu hat Lehrer B1 gelernt, dass die überwältigende Mehrheit der Muslime, wie die überwältigende Mehrheit der Christen, keine Fundamentalisten sind, sondern lediglich Gläubige, die das Beste für ihre Kinder wollen.

Lehrer B2 glaubt, dass Islamkunde eingeführt wurde, weil mehr als 90% der Schüler an Schule B muslimische Einwanderer seien. Es ist Lehrer B2 bewusst, dass Islamkunde nur objektives Wissen über Islam, im Gegenteil zu Religionsunterricht, vermitteln kann. Lehrer B2 nach helfe Islamkunde muslimischen Schülern, ihre Selbsterkenntnis und ihr Selbstbewusstsein zu verbessern und hilft nicht-muslimischen Schülern insofern, als sie die Ebenbürtigkeit des Islams und der evangelischen und katholischen Religion klar mache. Lehrer B2 hat gemerkt, dass Eltern Islamkunde unterstützen, und dass sie offener mit den Lehrern und der Schulverwaltung umzugehen scheinen. Trotzdem glaubt Lehrer B2, dass Integration ein langer Prozess sei und auch von vielen anderen Faktoren abhängig bleibe.

Lehrer B3 glaubt, dass Islamkunde eingeführt wurde wegen der hohen Anzahl muslimischer Schüler und der Notwendigkeit, Schülern Toleranz zu lehren. Lehrer B3 erwähnte,

dass Islamkunde sich vom Religionsunterricht unterscheide. Sie orientiere sich an muslimischen Schülern und werde von muslimischen Lehrern unterrichtet. Sie bespreche den Inhalt und die Interpretationen des Korans. Lehrer B3 nach helfe Islamkunde muslimischen Schülern bei der Bildung einer muslimischen Identität, in einer zum Großteil christlich beeinflussten Gesellschaft. Zudem helfe sie den anderen Schülern, indem sie über andere Religionen lernen und sie zu akzeptieren lernen. Lehrer B3 erklärt, dass Islamkunde Integration fördere, indem sie allen Kindern zeige, dass Islamkunde genauso ein Teil der Schule ist wie der Religionsunterricht. Zudem hat Lehrer B3 gemerkt, dass nicht muslimische und muslimische Schüler sich toleranter gegenüber einander verhalten. Lehrer B3 glaubt, dass muslimische Schüler, ihre Eltern und die Lehrer an Schule B alle die Islamkunde unterstützen.

Lehrer B4 glaubt, dass Islamkunde eingeführt wurde wegen der hohen Anzahl der muslimischen Schüler. Lehrer B4 denkt, dass Islamkunde eine Klasse über den Islam sei. Lehrer B4 glaubt, dass Islamkunde den muslimischen Schülern helfe, mehr über ihre eigene Religion zu erfahren, aber glaubt, dass Ethikunterricht für alle Schüler besser wäre. Auf der einen Seite glaubt Lehrer B4, dass Islamkunde schadet, weil sie die Kinder mehr über ihre eigene Religion unterrichte, anstatt sie zu lehren, wie man toleranter mit allen Religionen umgehen solle, aber auf der anderen Seite glaubt Lehrer B4, dass Islamkunde Integration fördere, indem sie über Weltthemen und nicht nur die eine Religion unterrichte. Lehrer B4 zufolge unterstützen muslimische Schüler, ihrer Eltern und die Lehrer an Schule B Islamkunde. Obwohl Lehrer B4 nicht an Schule B4 vor der Einführung von Islamkunde unterrichtet hat, glaubt Lehrer B4, dass die Einführung die Mitarbeit zwischen muslimischen Kinder verbessert habe.

Lehrer B5 glaubt, dass Islamkunde, wegen der hohen Anzahl muslimischer Schüler an Schule B eingeführt wurde. Lehrer B5 hat keine Ahnung, inwiefern Islamkunde sich vom

Religionsunterricht unterscheidet. Lehrer B5 zufolge, seien die muslimischen Schüler und Eltern mit Islamkunde zufrieden und die Klasse hilft muslimischen Schülern, mehr über ihre Religion und Kultur zu erfahren. Auf der einen Seite glaubt Lehrer B5 nicht, dass die anderen Schüler daran interessiert seien und auch nicht, dass alle Lehrer an Schule B5 den Schulversuch unterstützen. Trotzdem dachte Lehrer B5, als er über Integration gefragt wurde, dass Islamkunde die Integration fördere, weil die muslimischen Schüler mehr Anerkennung ihrer Religion erhielten. Lehrer B5 arbeitet erst seit kurzem an Schule B, also begann, nachdem Islamkunde schon eingeführt worden war.

Lehrer B6 glaubt, dass Islamkunde eingeführt wurde, weil die Mehrzahl der Schüler an Schule B Muslime seien und weil Islamkunde vom Staat überwacht werde, im Gegensatz zur islamischen Unterweisung an den Koranschulen. Lehrer B6 sieht keinen Unterschied zwischen Islamkunde und Religionsunterricht, außer der in Frage stehenden Religion. Lehrer B6 denkt, dass Islamkunde muslimischen Schülern helfe, so wie Religionsunterricht christlichen Schülern helfe. Lehrer B6 zufolge, seien die muslimischen Schüler und ihre Eltern von der Islamkunde begeistert und nur sehr wenige muslimische Eltern schicken ihre Kinder nicht dahin. Lehrer B6 arbeitet erst seit kurzem an Schule B, also nachdem Islamkunde schon eingeführt wurde.

Lehrerin B7 ist die evangelische Religionsunterrichtslehrerin. Lehrerin B7 glaubt, dass es die Aufgabe der Islamkunde sei, Aufgeschlossenheit der islamischen Unterweisung zu erlangen. Lehrerin B7 sieht keinen Unterschied zwischen Islamkunde und islamischem Religionsunterricht. Lehrerin B7 meint, dass muslimische Kinder, ihre Eltern und die Lehrer an Schule B an Islamkunde interessiert seien. Lehrerin B7 glaubt, dass Islamkunde Integration fördere, da die Zustimmung der Eltern zur Islamkunde, auch außerhalb des Fachs selber spürbar sei. Seit der Einführung der Islamkunde an der Schule gäbe es gemeinsame Feiern und einen Versuch,

gemeinsame Geschichten zu diskutieren. Wenn es sich um gewisse Themen handelt, arbeitet Lehrerin B7 mit dem Islamkundelehrer zusammen, um eine gemeinsame Religionsstunde zu leiten. Die Einführung von Islamkunde habe Lehrerin B7 sehr interessiert, und verständnisvoller und toleranter im Umgang mit anderen Religionen gemacht.

Lehrer B8 ist der Islamkundelehrer. Lehrer B8 unterrichtet seit 8 Jahren Islamkunde und lehrt auch Türkisch im Mutterspracheunterrichtsprogramm. Lehrer B8 glaubt, dass Islamkunde eingeführt wurde, damit muslimische Schüler, auch die, die nicht Türkisch sprechen, islamische Unterweisung erhalten. Lehrer B8 glaubt, dass Islamkunde muslimischen Kinder helfe, indem sie sich über ihre eigene Religion informieren und ihnen zeige, dass alle Religionen gleich behandelt werden. Lehrer B8 zufolge, unterstützen muslimische Schüler, ihre Eltern und die anderen Lehrer den Islamkundeunterricht. Lehrer B8 hat gemerkt, dass die anderen Lehrer sehr neugierig seien und ihm viele Fragen stellen. Lehrer B8 arbeitet mit der evangelischen Religionsunterrichtslehrerin zusammen, um Schulklassen über besondere Themen und Feste zu informieren. Lehrer B8 zufolge lehre er seinen Schülern demokratische Werte und vermittele ihnen die Idee, dass ihre religiösen Wurzeln in der Gesellschaft akzeptiert werden. Zudem betont Lehrer B8 die Ähnlichkeiten zwischen Gläubigern aller Religionen. Lehrer B8 ist sehr zufrieden mit der momentanen Form der islamischen Unterweisung und will keinen echten islamischen Religionsunterricht, da das bedeuten würde, dass er mit den "konservativen Moscheevereinen" zusammen arbeiten müsste.

Von den acht Lehrern, die an der Studie teilnahmen, wussten nur drei, darunter der Islamkundelehrer, wie Islamkunde sich von Religionsunterricht unterscheidet. Vielleicht waren am überraschendsten, dass Lehrerin B7, die evangelischen Religionunterricht unterrichtet und mit dem Islamkundelehrer öfters zusammenarbeitet, den Unterschied zwischen Islamkunde und

Religionunterricht nicht kannte. Es ist bemerkenswert, dass der Islamkundelehrer Islamkunde islamischem Religionsunterricht vorzieht. Die drei Lehrer, die nach der Einführung von Islamkunde zu Schule B gezogen sind, konnten den Unterschied zwischen Islamkunde und Religionsunterricht nicht erklären. Von den acht Lehrern hatten nur zwei Lehrer negative Ansichten gegenüber Islamkunde, und diese beiden arbeiteten erst seit kurzem an der Schule. Dieser Unterschied könnte andeuten, dass die, die während der Einführung von Islamkunde da waren, mehr an Islamkunde beteiligt sind, mehr darüber wissen und immer mehr Zeit hatten, die positiven Auswirkungen zu beobachten. Auf der anderen Seite, scheint ein Lehrer, der der Islamkunde kritisch gegenüber steht, ein Verfechter des Ethikunterrichts zu sein, der sich dem Religionsunterricht generell widersetzt. Solch eine Ansicht wird wahrscheinlich durch ein tieferes Verständnis von Islamkunde oder mehr Zeit an der Schule wenig verändert werden.

Vier der Lehrer berichteten, dass sie positive Auswirkungen des Islamkundeunterrichts bemerkt hätten. Zwei erklärten, dass die Zusammenarbeit zwischen den Lehrern und den Eltern sich verbessert habe. Einer bemerkte, dass sich die Zusammenarbeit zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Schülern verbessert habe. Zwei bemerkten, dass sie selbst toleranter geworden seien und mehr über den Islam gelernt haben. Der Islamkundelehrer berichtete auch, dass ihm viele Lehrer Fragen stellten, und dass er mit der evangelischen Religionslehrerin zusammenarbeitet, um gemeinsame Stunden zu halten. Man könnte alle diese Bemerkungen als Schritte zur Integration verstehen. Diese Schritte scheinen von Muslimen und Nichtmuslimen gemacht zu werden.

Viertklässler

Acht Schüler nahmen an der Studie teil: 6 muslimische, 1 evangelischer und ein Schüler einer "anderen Religion." Alle Schüler hatten von Islamkunde gehört, die in ihrer Schule unterrichtet wird. Alle kannten Klassenkameraden und hatten Freunde, die die Islamkunde besuchten. Alle glaubten, dass Islamkunde eine Klasse sei, in der man über Islam lerne und sich nur durch die gelehrte Religion von Religionsunterricht unterscheide.

Die sechs muslimischen Schüler glaubten alle, dass Islamkunde eine gute Idee sei, da man darin über den Islam lerne. Bis auf einen, sagten alle, dass die Schüler den Islamkundeunterricht gerne besuchten. Der eine, der nein sagte, besuchte den Unterricht. Dieser Schüler sagte, dass er nicht wisse, ob Islamkunde irgendwelche Auswirkungen auf ihn gehabt habe, oder nicht. Der muslimische Schüler, der Islamkunde nicht besuchte, sagte, dass Islamkunde keine Auswirkungen auf ihn habe. Die anderen vier sagten, dass Islamkunde sie beeinflusst habe. Einer sagte, dass er interessierter geworden sei. Einer hat mehr über die Propheten gelernt. Einer denke jetzt mehr über sich und andere nach. Einer lernte, dass man ältere Menschen respektieren sollte.

Der Schüler der "anderen Religion" wusste nicht, ob Islamkunde eine gute Idee sei, oder nicht. Der evangelischer Schüler dachte, dass Islamkunde eine gute Idee sei, da man über Gott lerne. Der evangelische Schüler dachte, dass er nicht von der Islamkunde beeinflusst würde und der Schüler der "anderen Religion" war sich unsicher.

Alle Schüler, die an der Studie teilnahmen, hatten von Islamkunde gehört. Entweder besuchten sie den Islamkundeunterricht selber oder hatten Freunde, die ihn besuchten. Aus ihrer Sicht stand Islamkunde dem Religionsunterricht sehr nahe. Alle muslimischen und einer der

nichtmuslimischen Schüler hielten Islamkunde für eine gute Idee. Der andere Schüler war sich nicht sicher. Generell scheinen die Schüler einen positiven Eindruck von Islamkunde zu haben.

Eltern der Viertklässler

Neun Eltern nahmen an der Studie teil: 6 Muslime, 1 Evangelischer und 2 die “andere Religion” angekreuzt haben. Alle neun hatten schon von Islamkunde gehört, die an der Schule ihres Kindes unterrichtet wird. Fünf der sechs muslimischen Eltern, schickten ihre Kinder in den Islamkundeunterricht. Alle muslimischen Eltern dachten, dass Islamkunde ein Fach sei, in der muslimische Kinder über ihre Religion lernten. Alle muslimischen Eltern glaubten, dass Islamkunde sich nur in der Religion von Religionsunterricht unterscheide. Zwei der muslimischen Eltern hatten keine Ahnung, warum der Schulversuch Islamkunde eingeführt wurde. Einer erwähnte, dass viele muslimische Kinder in Nordrhein-Westfalen leben. Drei der muslimischen Eltern sagten, dass muslimische Kinder über ihre Religion lernen sollten, und einer von ihnen fügte noch hinzu, dass alle Kinder über andere Religionen lernen sollten, damit sie in Frieden miteinander leben könnten. Alle muslimischen Eltern hielten Islamkunde für eine gute Idee, weil sie muslimischen Schülern erlaubte, etwas über ihre Religion zu lernen.

Als sie zur Integration befragt wurden, gaben zwei der sechs keinen Kommentar. Die anderen vier glaubten, dass Islamkunde Integration fördere. Einer erklärte, dass sie es tat, indem sie die Kinder lehrte, was gut und was schlecht sei, ein anderer erklärte, dass jede Religion Menschen mag, der dritte erklärte, dass man über Islam lerne, und der vierte gab keine Erklärung.

Alle sechs muslimischen Eltern sagten, dass sie mit dem Islamkundeunterricht zufrieden seien, aber das Elternteil, das sein Kind nicht zum Unterricht schickte, dachte, dass die Klasse zu

religiös sei. Mit Ausnahme des Elternteils des Kindes, das den Unterricht nicht besuchte, glaubten alle, dass Islamkunde einen guten Einfluss auf ihre Kinder ausübe. Einer berichtete, dass sein Kind mehr über den Islam gelernt habe, einer sagte, dass sein Kind mehr über den Islam und andere Religionen gelernt habe, einer erklärte, dass sein Kind zwischen Gut und Böse zu unterscheiden gelernt habe, einer erwähnte, dass sein Kind eine gute Beziehung zu seinen Eltern habe und ein Elternteil dachte, dass er sich jetzt mehr mit seinem Kind über tägliche Jugendprobleme, wie zum Beispiel Zigaretten und Drogen unterhalten könne.

Die drei nicht muslimischen Eltern kannten alle Schüler, die den Islamkundeunterricht besuchten. Der einzige Unterschied zwischen Islamkunde und dem Religionsunterricht sei die jeweilige Religion. Zwei wussten nicht, wieso der Schulversuch Islamkunde eingeführt wurde. Einer der Eltern der “anderen Religion” sagte, dass er eingeführt wurde, um Integration zu fördern. Als sie ausdrücklich über Integration befragt wurden, wusste der evangelische Elternteil nicht, ob Islamkunde Integration fördere oder nicht. Die anderen zwei dachten, dass sie es tat, da man durch Islamkunde mehr wisse und so Vorurteile abgebaut werden könnten. Einer der Eltern der “anderen Religion” war sich nicht sicher, ob Islamkunde eine gute Idee sei, aber die anderen zwei nicht muslimischen Eltern dachten, dass sie eine gute Idee für muslimische Schüler sei, aber später dachte der evangelische Elternteil, dass Islamkunde für Schüler nicht hilfreich sei.

Alle Eltern hatten von Islamkunde gehört. Keiner der Eltern sah einen Unterschied zwischen Islamkunde und Religionsunterricht. Die muslimischen Eltern hatten sehr positive Eindrücke von der Islamkunde. Obwohl die meisten antworteten, dass sie glaubten, dass Islamkunde Integration fördere, als sie danach gefragt wurden, schien keine ihrer Erklärungen mit dem staatlichen Verständnis vom Begriff übereinzustimmen. Obwohl sich keiner der nicht muslimischen Eltern öffentlich dem Islamkundeunterricht widersetzt, scheinen sie sich unsicher

darüber zu sein, was er eigentlich bedeutet. Zwei waren sich über die Gründe der Einführung des Schulversuchs unklar, einer war sich nicht sicher, ob Islamkunde Integration förderte, einer war sich nicht sicher, ob sie überhaupt eine gute Idee sei, und einer dachte nicht, dass sie hilfreich für Schüler sei.

Schule C

Schule C ist eine Gemeinschaftsgrundschule, genau wie Schule A und B. Jedoch im Unterschied zu Schule A und B befindet sich Schule C nicht unmittelbar neben einer katholischen Grundschule. Schule C ist eine von neun Grundschulen in einer kleinen Stadt, die 65km westlich von Köln liegt. Die Stadt hat 40.842 Einwohner und die Bevölkerungsdichte ist 667 Einwohner pro km². Im Großen und Ganzen ist sie eine Kleinstadt wie viele andere in ländlichen Teilen Nordrhein-Westfalens.

290 Kinder sind an Schule C eingeschrieben und besuchen dort die erste bis vierte Klasse. Sie werden von 21 Lehrern, einschließlich zwei Muttersprachunterrichtslehrern, einer für Spanisch und einer für Türkisch, unterrichtet. Es gibt ungefähr 55 Viertklässler, von denen wenigstens ein Viertel Muslime sind. Schule C, wie die überwiegende Mehrheit der Schulen in Nordrhein-Westfalen, nimmt nicht am Schulversuch Islamkunde teil. Katholischer und evangelischer Religionsunterricht werden an der Schule erteilt. Der Schulleiter erlaubte diese Studie an der Schule, da er glaubt, dass er sich wirklich für die ausländischen Schüler, vor allem die Türken, einsetze, damit sie alle zusätzliche Unterstützung erhielten, die sie für den akademischen Erfolg benötigten. Nichtsdestotrotz befürchtete der Schulleiter, dass nicht viele Lehrer und Eltern teilnehmen würden, zum Teil weil er daran zweifelte, dass überhaupt jemand vom Schulversuch Islamkunde gehört habe.

Lehrer

Vier Lehrer nahmen an dieser Studie teil, einer von ihnen war der evangelische Religionsunterrichtslehrer. Lehrer C1 hatte nie zuvor von Islamkunde gehört, dachte aber, dass wenigstens theoretisch jeder über seine Religion in der Schule lernen sollte. Lehrer C1 dachte, dass der Schulversuch wahrscheinlich aus "Gleichberechtigungs"-Gründen eingeführt wurde. Außerdem glaubte Lehrer C1, dass Islamkunde den Muslimen helfen würde, ihre "religiöse Identität" zu bilden.

Lehrer C2 hat gehört, dass es viele "kontroverse Debatten" über Islamkunde gäbe und glaubte, dass Integration der Hauptanstoß hinter dem Schulversuch sei. Trotzdem glaubte Lehrer C2, dass Islamkunde Muslimen helfen würde, ihre Identität zu bilden und sollte deshalb in Schule C eingeführt werden, wegen des Identitätsproblems.

Lehrer C3 hatte von Islamkunde als Zusatz zu Muttersprachenunterricht gehört, obwohl sie in Deutsch unterrichtet werde. Lehrer C3 glaubte, dass die Motivationen hinter dem Schulversuch Integration und religiöse Identitätsbildung seien. Lehrer C3 war sich unsicher, ob der Schulversuch wirklich vorteilhaft für muslimische Schüler sei. Lehrer C3 hoffte, dass Islamkunde "gegenseitige Toleranz und Verständnis" zwischen muslimischen und christlichen Schülern fördern würde. Lehrer C3 war aber skeptisch gegenüber der Einführung des Islamkundeunterrichts in Schule C, weil, obgleich, sie gut für die Integration und religiöse Identitätsbildung sein würde, würde sie auch potentielle Konflikte verursachen wegen den religiösen "Splittergruppen" in der Kleinstadt.

Lehrer C4 war der evangelische Religionsunterrichtslehrer. Lehrer C4 hatte gehört, dass Islamkunde von qualifizierten Lehrern unterrichtet wurde, und dass sie gut in den restlichen Lehrplan integriert sei. Die Ziele des Islamkundeunterrichts seien, aus Lehrer C4s Sicht, die

Integration der muslimischen Schüler und als Gegengewicht zum „islamistisches Gedankengut“ zu dienen. Lehrer C4 glaubte, dass er muslimischen Schülern helfen würde, indem er ihnen objektive Kenntnisse über ihre Religion vermitteln würde, so lange die Lehrer gut ausgebildet und vom Staat „kontrolliert“ wurden. Dazu glaubte Lehrer C4, dass Islamkunde den christlichen Schülern helfen würde, da sie den Islam als wirkliche Religion anerkennen würden, wenn er offen unterrichtet würde, anstatt versteckt in Koranschulen. Lehrer C4 unterstützte die Einführung des Islamkundeunterrichts an Schule C und würde gerne mit einem Islamkundelehrer zusammenarbeiten und “gemeinsame Feiern, Feste” organisieren, wenn der Islamkundelehrer dazu bereit wäre. Lehrer C4 glaubte auch, dass die evangelische Kirche Islamkunde aus “Gleichberechtigungsgründen” unterstütze.

Drei der vier Lehrer, die an der Studie teilnahmen, hatten schon vorher von Islamkunde gehört. Natürlich kann man diese Informiertheit nicht verallgemeinern. Viele Lehrer haben sich vielleicht gegen die Teilnahme entschieden, gerade weil sie nicht zuvor von Islamkunde gehört hatten. Die drei Lehrer, die etwas über Islamkunde wussten, glaubten alle, dass Integration wenigstens eines der Ziele von Islamkunde sei. Sie erwähnten auch religiöse Identitätsbildung und ein Gegengewicht zu islamistischem Gedankengut, als andere Ziele. Zwei der drei berichteten, dass sie die Einführung des Islamkundeunterrichts an ihrer Schule gut fänden. Der andere, der weniger entschlossen war, war auch nicht ganz abgeneigt von der Idee.

Viertklässler

Vier Viertklässler, zwei Katholiken und zwei Muslime, nahmen an der Studie teil. Die beiden katholischen Schüler besuchten den katholischen Religionsunterricht. Einer hatte nie von

Islamkundeunterricht gehört. Der andere definierte ihn als *“Türkischer Religionsunterricht +MSU.”*

Keiner der zwei muslimischen Schüler nahm am Religionsunterricht an der Schule teil. Beide hatten schon von Islamkunde gehört. Einer erklärte sie als das *“kennenlernen des Religiones Islam.”* Der andere sagte, dass in Islamkundeunterricht muslimische Schüler über ihren Glauben lernen, wie katholische und evangelische Kinder das im Religionsunterricht lernen. Er fügte hinzu, dass Islamkunde gut sei, aber nur wenn der Lehrer *“Ahnung”* habe. Schließlich sagte der zweite muslimische Schüler, dass es nur gerecht sei, dass muslimische Kinder auch Religionsunterricht haben sollten.

Obwohl die Teilnehmzahl klein war, deuten die Antworten dieser vier Schüler darauf hin, dass muslimische Kinder eher von Islamkunde gehört haben und mehr darüber informiert sind als ihre Mitschüler. Daraus kann man schließen, dass ihre Eltern und andere Mitglieder ihre Religionsgemeinschaft Islamkunde in ihrer Anwesenheit besprechen, und dass generell Islamkunde ein wichtiges Thema für Muslime in Deutschland ist. Wegen ihrer insgesamt positiven Aussagen scheint es, dass sie positiven Meinungen über die Einführung von Islamkunde ausgesetzt waren.

Eltern der Viertklässler

Zwei katholische Eltern der Viertklässler nahmen an der Studie teil. Beide Eltern hatten Kinder, die den katholischen Religionsunterricht an Schule C besuchten. Einer hatte noch nicht vom Schulversuch Islamkunde gehört. Der andere glaubte, dass er Religionsunterricht für muslimische Kinder sei, von der *“Vermittlung islamischer Werte”* handele und auf Türkisch oder Arabisch unterrichtet würde. Dieser Elternteil war gegen Islamkunde, weil er glaubte, dass

Religionsunterricht nicht in einer Fremdsprache unterrichtet werden sollte. Wenn er in einer Fremdsprache unterrichtet wurde, konnte der Staat ihn nicht beaufsichtigen und den Inhalt kontrollieren. So würde er auch die Integration verhindern. Schließlich glaubte der Elternteil, dass islamische Werte im Widerspruch zu christlichen Werten stehen und “wir sind ein christliches Land!!”

Obwohl nur wenige Eltern die Fragebögen beantworteten, kann man wiederum daraus schließen, dass Nichtmuslime, vor allem die, deren Kinder eine Schule besuchen, die nicht am Schulversuch Islamkunde teilnimmt, nicht sehr viel über den Schulversuch wissen. Einige Eltern sind vielleicht nur dagegen, weil sie nicht wissen, worum es sich eigentlich handelt. Der Elternteil oben scheint hauptsächlich gegen Islamkunde zu sein, weil er fälschlicherweise glaubt, dass sie in einer Fremdsprache unterrichtet wird. Man muss auch vorsichtig sein und solche Aussagen nicht als für die Gesamtbevölkerung gültig verallgemeinern, denn Menschen, die stärkere Gefühle über etwas haben, beantworten Fragebögen darüber eher, als die, die weniger darüber nachdenken.

Diskussion

Natürlich ist es bedauerlich, dass ich nicht genug Teilnehmer erreicht habe, um eine statistische Analyse durchführen zu können. Ich hätte es auch bevorzugt, wenn mehr Schulen an dieser Studie teilgenommen hätten, zumindest noch eine Schule, die nicht am Schulversuch teilnimmt. Jedoch gab es keine anderen Schulleiter, die mir erlaubten, an ihrer Schule meine Studie durchzuführen. Die Hauptgründe für diese Absagen waren Mangel an Zeit, da das Ende des Schuljahrs nahte, andere Projekte, die gleichzeitig liefen, und mein umstrittenes Thema. Man darf auch nicht vergessen, dass Schulen die Teilnahme am Schulversuch Islamkunde

beantragen müssen. Das bedeutet, dass die Schulverwaltung, eine Mehrzahl der Eltern, oder im besten Fall beide zusammen, sich engagieren müssen, um Islamkunde an ihrer Schule überhaupt einführen zu dürfen. Es scheint, dass Schulleiter an Schulen ohne Islamkunde unwillig waren, an meiner Studie teilzunehmen, weil sie das Thema nicht ans Tageslicht bringen wollten, was vielleicht zu einer Debatte in der Schulgemeinschaft hätte führen können.

Die Schulleiter an den drei Schulen, die an meiner Studie teilnahmen, haben mich sehr unterstützt, und viele Lehrer waren bereit, mir Zeit in ihren hektischen Zeitplänen einzuräumen. Dagegen war die Schüler- und Elternteilnahme sehr gering zum Teil weil die Schüler die Einwilligungsformulare ihren Eltern vorlegen und dann wieder zurückbringen mussten. Manchmal haben sie das wahrscheinlich einfach vergessen. Die Kinder schienen bereitwillig teilzunehmen, aber sie gaben zu, dass sie die notwendigen Dokumente "vergessen" hatten.

Trotz der geringen Teilnehmerzahl können wir einige vorläufige zusammenfassende Beobachtungen und Bemerkungen machen. Alle Lehrer, die an Schulen arbeiteten, die am Schulversuch Islamkunde teilnehmen, hatten davon gehört, aber nur die Hälfte der Lehrer an Schulen A und B wussten genug über Islamkunde, um sie vom Religionsunterricht unterscheiden zu können. Interessanterweise muss man als Religionstlehrer nicht über Islamkunde informiert sein. Die gut informierten Lehrer glaubten fest daran, dass Islamkunde Integration fördere. Die Vorstellung, wie diese Integration stattfinden kann, unterschieden sich stark, aber generell umfassten sie Schritte, die Muslime und Nichtmuslime gemeinsam machen würden. Zu diesen Erklärungen zählten die Ideen, dass muslimische Schüler sich integrieren, wenn sie eine gesunde, religiöse Identität gebildet haben, dass ihre Eltern zufrieden mit der Islamkunde waren und deshalb offener mit der Schulverwaltung umgingen, dass Nichtmuslime sehen, dass Islam

anderen Religionen gleicht und in der Schule einen Platz hat, und dass Menschen toleranter werden, wenn sie gegenseitig voneinander über ihren Glauben lernen.

Noch ein Ziel des Islamkundeunterrichts, welches viele der Lehrer erwähnten, war, dass er als Gegengewicht zu fundamentalistischeren Interpretationen des Islams, denen die Schüler außerhalb der Schule ausgesetzt werden, dienen sollte. Zwei muslimische Lehrer, darunter ein Islamkundefahrer, nannten dieses Ziel. Es ist auch bemerkenswert, dass zwei Muslime, darunter ein Islamkundefahrer, nicht sehen wollten, dass sich Islamkunde in islamischen Religionunterricht verwandelt, sondern dass sie weiterhin Islamkunde bleiben sollte.

Nur zwei Lehrer an Schulen A und B machten negative Aussagen hinsichtlich Islamkunde. Beide Lehrer arbeiteten erst seit kurzem an Schule B. Insgesamt scheint es, dass die Lehrer an den Schulen, die am Schulversuch teilnehmen, Islamkunde unterstützten.

Im Gegensatz dazu hatte ein Lehrer an Schule C, wo Islamkunde nicht erteilt wird, noch nie von Islamkunde gehört. Die drei Lehrer, die von Islamkunde gehört hatten, glaubten alle, dass Integration eines der Ziele der Islamkunde war, zusätzlich zur religiösen Identitätsbildung und als Gegengewicht zu islamistischen Lehren zu dienen. Zwei der Lehrer äußerten den Wunsch, Islamkunde auch in ihrer Schule einzuführen. Wie erwartet, waren die Lehrer an der Schule ohne Islamkunde viel weniger darüber informiert. Die, die Informationen hatten, verstanden die Ziele des Islamkundunterrichts ähnlich wie die Lehrer an Schulen mit Islamkundeunterricht. Keiner der Lehrer, die an der Studie teilnahmen, war komplett islamkundefeindlich.

Alle Schüler an Schulen A und B waren sich sehr bewusst, dass es Islamkunde an der Schule gab und sie oder ihre Freunde und Klassenkameraden besuchten den Unterricht. Keiner der Schüler sah einen Unterschied zwischen Islamkunde und Religionsunterricht. Alle, außer

einen glaubten, dass Islamkunde eine gute Idee sei; einer war sich nicht sicher. Insgesamt schienen die Schüler sehr positive Einstellungen gegenüber der Islamkunde zu haben.

Die nicht muslimischen Schüler an Schule C besaßen weniger Informationen als ihre muslimischen Klassenkameraden und alle Schüler an Schulen A und B. Die muslimischen Schüler an Schule C schienen ziemlich gut informiert zu sein und hatten insgesamt positive Einstellungen gegenüber der Islamkunde.

Alle Eltern der Viertklässler an Schule A und B hatten von Islamkunde gehört, aber keiner von ihnen wusste genug darüber, um sie vom Religionsunterricht unterscheiden zu können. Als sie nach den Gründen des Islamkundeunterrichts gefragt wurden, nannten die Eltern die hohe Anzahl der Muslime in Nordrhein-Westfalen, die Gleichberechtigung, Religionsfreiheit, Integration, friedliche Koexistenz, Forschungszwecke und den Versuch, den Extremismus zu verhindern. Obwohl Integration genannt wurde, stimmten nur ungefähr die Hälfte der Eltern zu, dass Islamkunde Integration förderte. Was die Eltern unter Integration verstanden unterschied sich stark. Zu den Erklärungen, wie Integration erreicht werden sollte, zählen, dass Islamkunde Kindern Gut und Böse lehre, alle Religionen Menschen mögen, Schüler über den Islam lernen, verschiedene Muslime sich miteinander integrieren, und dass Menschen fühlen, dass Muslime ernst genommen statt benachteiligt werden. Diese Erklärungen scheinen nicht mit den normalen Definitionen der Lehrer und Schulbehörden der Integration vereinbart zu sein. Trotzdem haben alle muslimischen Eltern sehr positive Einstellungen gegenüber der Islamkunde, und obwohl einige nicht-muslimische Eltern sich weniger sicher sind, ist keiner von ihnen ein aktiver Gegner.

Die Antworten der Eltern von Schule C deuten an, dass nicht-muslimische Eltern, deren Kinder Schulen ohne Islamkunde besuchen, wenig bis gar nichts über Islamkunde wissen.

Einige sind wahrscheinlich gegen Islamkunde, nur weil sie nicht gut darüber informiert sind.

Man muss betonen, dass obwohl Islamkunde ein kontroverses Thema ist, die Mehrheit der Betroffenen ziemlich schlecht darüber informiert ist. Erstens wusste keiner der Schüler und keiner der Eltern, auch an den Schulen an denen Islamkunde erteilt wird, wie sich Islamkunde von Religionsunterricht unterscheidet. Es scheint, dass das ein Schlag gegen die islamischen Verbände sein würde, da es unmöglich scheinen würde, sie gegen einen Unterschied zu mobilisieren, den sie nicht wahrnehmen. Zweitens sind die, die relative schlecht informiert sind, kritischer gegenüber Islamkunde als die anderen. Deshalb scheint es, dass Verfechter des Islamkundeunterrichts die Öffentlichkeit besser zu informieren versuchen sollten, als es so ruhig anzugeben. Schließlich sind die Lehrer, Eltern und Schüler an Schulen, an denen Islamkunde unterrichtet wird, sehr positiv eingestellt, wie auch die Muslime an Schulen, an denen es keine Islamkunde gibt. Es scheint, dass Islamkunde bei den Betroffenen erfolgreich ist, und es ist schade, dass nicht mehr Schulen und Schüler an ihr teilnehmen können.

SCHLUSSFOLGERUNG UND ZUKÜNFTIGE FORSCHUNGSMÖGLICHKEITEN

Ergebnisse

Islamkunde als ein Integrationsmittel

Diese Studie hat zuerst versucht die Frage zu beantworten, ob die Nordrhein-Westfälischen Einwohner glauben, dass Integration eines der Ziele der Islamkunde ist? Wenn nicht, was ist, ihnen zufolge das Ziel? Wenn ja, wie fördert, ihnen zufolge Islamkunde Integration?

Das Schulministerium hält Integration für eines der zwei Ziele des Islamkundeunterrichts. Das andere ist, islamischen Extremismus zu bekämpfen und zu verhindern. Wie bereits gesagt, stimmten alle politischen Parteien, die im Landtag repräsentiert sind, und die islamischen und christlichen Organisationen, die ich interviewt habe, zu, dass Integration eines der Ziele des Islamkundeunterrichts, oder des eventuellen islamischen Religionsunterrichts sei. Die gut informierten Lehrer an den zwei Schulen, die am Schulversuch "Islamkunde" teilnehmen, waren fest davon überzeugt, dass Islamkunde Integration fördere, und die drei Lehrer an der Schule, die nicht am Schulversuch teilnimmt, die von Islamkunde gehört hatten, stimmten auch zu, dass Islamkunde eines der Ziele des Islamkundeunterrichts sei. Andere Ziele, die die Parteien, die religiösen Gemeinschaften und die Lehrer erwähnten, waren die Bekämpfung des islamischen Extremismus, religiöse Identitätsbildung, ein Versuch des Staats, den Islam zu kontrollieren und zu definieren, und Religionsgleichberechtigung und Gleichstellung. Obwohl Integration erwähnt wurde, stimmten nur etwa die Hälfte der Eltern an den Schulen, die am Schulversuch teilnehmen, zu, dass Islamkunde Integration fördere. Von den zwei Eltern, die an der Studie teilnahmen, von der Schule, an der keine Islamkunde unterrichtet wird, hat einer nie vom Schulversuch gehört und der andere dachte, dass Islamkunde Integration

hindere. Eltern nannten auch die hohe Anzahl der Muslime in Nordrhein-Westfalen, Gleichberechtigung und Gleichstellung, Religionsfreiheit, das friedliche Zusammenleben, Forschungszwecke und die Bekämpfung des islamischen Extremismus als weitere Ziele des Islamkundeunterrichts.

Es scheint, dass die nordrhein-westfälischen Einwohner, die besser über den Schulversuch Islamkunde informiert sind, glauben, dass Integration eines der Ziele des Islamkundeunterrichts sei. Aus den Gruppen, die an dieser Studie teilnahmen, waren die Eltern am wenigsten von diesem Ziel überzeugt war. Man könnte behaupten, dass sie auch die Gruppe waren, die am wenigsten informiert war. Keiner der Eltern wusste genug über Islamkunde, um sie vom islamischen Religionsunterricht unterscheiden zu können. Hinzu kommt, dass das Elternteil, welches Islamkunde für eine Hinderung der Integration hielt, nicht einmal wusste, dass Islamkunde auf Deutsch unterrichtet wird.

Natürlich gibt es immer Menschen, die die Möglichkeit der Integration des Islams und der Muslime in die deutsche christliche-abendländische Gesellschaft in Frage stellen.²¹² Die Aussage des Elternteils, der Islamkunde für eine Hinderung der Integration hielt, ist ein gutes Beispiel: “Wir sind ein christliches Land!” Diese Studie deutet darauf hin, dass die Mehrheit der gut informierten nordrhein-westfälischen Einwohner glaubt, dass Integration ein Ziel des Islamkundeunterrichts sei. Die Frage ist jetzt, ob alle genannten Akteure die gleiche Definition der Integration haben.

Der VIKZ Vertreter hat diesen Punkt in meinem Interview mit ihm betont. Er glaubte, dass die Politiker Assimilation für die beste Form der Integration hielten. VIKZ ist gegen die

²¹² Christian Joppke, „State Neutrality and Islamic Headscarf Laws in France and Germany,“ Theory and Society 36.4 (2007), 337.

Assimilation, aber unterstützt die Integration.²¹³ Es ist wahr, dass, wenigstens historisch gesehen, die Deutschen Assimilation den Multikulturalismus vorziehen.²¹⁴ Schließlich ist Assimilation das Hauptkonzept hinter der deutschen Leitkultur. Im Leitkulturkontext werden fremde Kulturen und Religionen für minderwertig gehalten.²¹⁵

Wenn Muslime, wie der VIKZ Vertreter behauptet, Assimilation ablehnen, was für andere Arten von Akkulturation gibt es? Es existieren vier Arten von Akkulturationsstrategien, die davon abhängen, wie sehr ein "Ausländer" seine Herkunftskultur pflegen will, dagegen, wie viel Kontakt er mit der Gastgebekultur aufnehmen will. Integration findet statt, wenn jemand seine Herkunftskultur pflegt und zur gleichen Zeit Kontakt mit der Gastgebekultur aufnimmt. Absonderung passiert, wenn jemand seine Herkunftskultur zum Nachteil des Kontakts mit der Gastgebekultur pflegt. Assimilation passiert, wenn jemand seine Herkunftskultur auf seiner Suche nach Kontakt mit der Gastgebekultur aufgibt und eine Marginalisierung findet statt, wenn jemand seine Herkunftskultur abstößt, ohne erfolgreich Kontakt mit der Gastgebekultur aufnehmen zu können.²¹⁶ Hanna Zagefkas und Rupert Browns Studie von 321 Ruhrgebiet Haupt- und Gesamtschulenschülern von 2002 nach bevorzugen 95% der türkischen Schüler Integration gegen alle anderen Akkulturationsstrategien.²¹⁷ Obwohl die Mehrzahl der deutschen Schüler (61%) es bevorzugen, dass "Ausländer" die Integrationsstrategie verwenden, bevorzugen 18% der deutschen Schüler die Assimilationsstrategie und 19% die Marginalisierungsstrategie. Anders gesagt, es bevorzugen 37% der deutschen Schüler Strategien, bei denen "Ausländer" ihre

²¹³ VIKZ, persönliches Interview, 2 Jul. 2009.

²¹⁴ Claus Mueller, "Integrating Turkish Communities: A German Dilemma," Population Research and Policy Review 25.5/6 (2006), 420.

²¹⁵ Mueller 425.

²¹⁶ Hanna Zagefka and Rupert Brown, „The Relationship between Acculturation Strategies, Relative Fit and Intergroup Relations: Immigrant-Majority Relations in Germany,“ European Journal of Social Psychology 32 (2002), 171/172.

²¹⁷ Zagefka 179.

Herkunftskultur komplett ablehnen.²¹⁸ Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass “Integration” wohl verschiedene Bedeutungen für verschiedene Menschen in dieser Studie hat.

Die deutsche Regierung definiert Integration als einen langfristigen Prozess.

Sein Ziel ist es, alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, in die Gesellschaft einzubeziehen. Zuwanderern soll eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht werden. Sie stehen dafür in der Pflicht, Deutsch zu lernen, sowie die Verfassung und die Gesetze zu kennen, zu respektieren und zu befolgen.²¹⁹

Diese Definition von Integration erwähnt die Herkunftskultur der Einwanderer und deren Pflege oder Ablegung ihrer nicht, aber sie fordert ein Minimum an Kontakt, die sie mit der deutschen Gastgebekultur pflegen sollen.²²⁰ Die deutsche Regierung bietet ihnen dafür Gleichberechtigung an.

Wenigstens theoretisch müsste die Schulministeriumsbeamtin diese offizielle Definition der Integration annehmen, wenn sie erklärt, wie Islamkunde Integration fördert: “Islamkunde bietet ein Stück Integration, weil es [sic] immer von der Situation des Schülers in dieser Diaspora ausgeht.”²²¹ Sie fährt fort, dass Islamkunde die notwendigen Werte für Integration und das Gemeinschaftsleben vermittelt. Obwohl diese Erklärung im Einklang mit der offiziellen Definition der deutschen Regierung zu sein scheint, wenn die Werte die vermittelt werden, als Respekt der Verfassung und der Gesetze versteht, scheint sie auch auf der Pflege der Herkunftskultur der Schüler hinzuweisen, wenn sie über die Diaspora redet.

Die politischen Parteien und die evangelische Kirche scheinen wenigstens teilweise der Definition der Regierung zuzustimmen. Die politischen Parteien betonen, dass Schüler im

²¹⁸ Zagefka 178.

²¹⁹ Deutschland, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, „Integration“ Integrations-Lexikon 7. Jul 2011 <http://www.integration-in-deutschland.de/cIn_162/nn_278852/SubSites/Integration/DE/04__Service/Lexikon/__Function/glossar-catalog.lv2=278880,lv3=974684.html>.

²²⁰ Deutschland, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, „Integration.“

²²¹ NRW Schulministeriumsbeamtin, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

Islamkundeunterricht lernen, dass und wie der Islam mit deutschen Werten übereinstimmt und die evangelische Kirche betont, dass, da Islamkunde auf Deutsch unterrichtet wird, die Schüler ihr Deutsch verbessern werden. Jedoch betonen beide auch die Wichtigkeit einer Anerkennung des Islams von Seiten des Staates, und dass diese Anerkennung selbst die Integration fördere. Man könnte behaupten, dass diese Anerkennung vom Staat die Durchführung der versprochenen Gleichberechtigung ist, da der deutsche Staat verschiedene Religionen anerkennt. Ich würde jedoch argumentieren, dass es auf ein umfassenderes Verständnis von Integration hinweist.

Obwohl darüber diskutiert wird, dass Respekt und gegenseitige Kenntnis und Anerkennung notwendig für die Integration sind,²²² würde ich behaupten, dass wenn man über die Integration von Muslimen in der deutschen Gesellschaft redet, spricht man über etwas Größeres, als nur die Abwägung jedes individuellen Muslims zwischen seiner Religion und Herkunftskultur, der deutschen Sprache und der Werte. Johan Galtung definiert Integration als “den Prozess, wobei zwei oder mehr Akteure einen neuen Akteur bilden. Wenn der Prozess vervollständigt ist, sagt man, dass die Akteure integriert sind.”²²³ Zu jeder individuellen Integration der religiösen Identität eines Muslims mit seiner deutschen Identität kommt noch hinzu, dass die deutsche traditionelle christliche-abendländische Gesellschaft auch den Islam integriert, und wenn der Prozess abgeschlossen ist, wird die deutsche Kultur zumindest etwas anders sein, als zuvor. Wenigstens auf unbewusster Ebene verstehen die Europäer und die Deutschen, dass Integration auch Veränderung ihrerseits bedeutet. Die Angst vor dieser Veränderung erklärt, warum 80% der Europäer wollen, dass Muslime die westliche Kultur

²²² Joppke 339.

²²³ Johan Galtung, “A Structural Theory of Integration,” Journal of Peace Research 5.4 (1968), 377.

assimilieren und warum sich 50,1% der ehemalige Ostdeutschen von fremden Kulturen und Nationen bedroht fühlen.²²⁴

Natürlich ist Angst eine negative Reaktion auf das Verständnis, dass Integration wenigstens zum Teil ein zweiseitiger Prozess ist. Vor allem die Lehrer und nicht-muslimischen Eltern betonen, dass Islamkunde Integration und Veränderung auf Seiten der Gastgeberkultur fördere, dass Islamkunde eine Anerkennung des Islams und der Muslime sei, und dass diese Anerkennung nicht nur Muslimen mehr Selbstbewusstsein gebe, und dass sie sich mehr als Teil der deutschen Gesellschaft betrachten, sondern auch, dass es wichtig sei, dass nicht-Muslime erkennen, dass der Islam dem Christentum gleichwertig ist. Dazu sagen sie, dass nicht-Muslime durch die Einführung von Islamkunde mehr über den Islam erfahren, und dass sie so Vorbehalte abbaue. Schließlich betonen sie, dass Muslime und nicht-Muslime beide lernen, wie man toleranter und mit mehr Respekt gegenüber der jeweils anderen Religion miteinander umgehen kann, über gemeinsame religiöse Wurzeln lerne, und an gemeinsamen religiösen Festen und sogar manchmal an gemeinsamen Religionsunterrichtstunden teilnehmen.

Andrerseits konzentrieren sich die islamischen Verbände und muslimischen Eltern mehr auf die muslimischen Schüler, wenn sie erklären, wie Islamkunde die Integration fördere. Sie konzentrieren sich darauf, wie das Fach den Schülern Moral, Toleranz und Respekt für andere Menschen beibringt. Die islamischen Verbände betonen, dass Islamkunde zur Entwicklung der religiösen Identität der Schüler beiträgt, obwohl auch die politischen Parteien und Lehrer das als einen der Wege, auf dem Islamkunde die Integration fördert, erwähnen. Auf diese Weise konzentrieren sich die Muslime in dieser Studie auf das Vermögen der Islamkunde, die individuellen Schüler zu integrieren, anstatt ein umfassenderes Verständnis von Integration der

²²⁴ Mechthild Küpper, „In Deutschland starke Vorbehalte gegen den Islam,“ Frankfurter Allgemeine Zeitung 3 Dez. 2010, 7 Jul. 2007 < <http://www.faz.net/artikel/C30923/integration-in-deutschland-starke-vorbehalte-gegen-den-islam-30321063.html>>.

nicht-Muslime, die betonen, wie Islamkunde die Integration des Islams in der deutschen Gesellschaft fördert. Ich würde jedoch behaupten, dass diese zwei Interpretationen sich nicht widersprechen, und dass es möglich ist, dass Islamkunde beide Rollen zur gleichen Zeit erfüllt.

Neben Spracherwerb müssen muslimische Schüler auch interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen entwickeln, um sich gut in der deutschen Gesellschaft zu integrieren.²²⁵ Sie müssen ihre religiöse Identität pflegen und gleichzeitig Kontakt mit der deutschen Kultur aufnehmen. Islamkundeunterricht an deutschen Schulen bietet ein gutes Milieu, um dieses Ziel zu erreichen. Was Deutschland betrifft, versucht der Staat, den Islam in der deutschen Gesellschaft zu integrieren.²²⁶ Es existiert die Angst, dass die Unterstützung islamischer Verbände oder muslimischer Anrechte auf Anerkennung und die Unterstützung ihrer kulturellen Unterschiede und Identität von Seiten des Staates zu Absonderungstendenzen führen, den sozialen Zusammenhalt schwächen und zur Auflösung im Sozialbereich führen könnte.²²⁷ Die deutsche Religionsunterrichtstradition (und man muss Islamkunde als einen befristeten Ersatz für islamischen Religionsunterricht betrachten) sieht jedoch einen Weg vor, wie der Staat die religiösen Unterschiede der Schüler anerkennen kann, während er sie in der Schulgemeinschaft vereint.

Akzeptanz des Islamkundeunterrichts

Die zweite Hauptfrage dieser Studie war: Unterstützen die nordrhein-westfälischen Einwohner die Islamkunde?

²²⁵ Frank Gesemann, „Die Integration junger Muslime in Deutschland,“ Islam und Gesellschaft Nr. 5 (Berlin: Friedrich Ebert Stiftung, 2006), 20.

²²⁶ Riva Kastoryano, „Religion and Incorporation: Islam in France and Germany,“ International Migration Review 38.3 (2004).

²²⁷ Mueller 422/423.

Ruud Koopmans and Paul Statham, „Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism, and the Collective Claims Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany,“ American Journal of Sociology 105.3 (1999), 658.

Einige Juristen behaupten, dass der Mangel an Fortschritt im Bereich Islamkunde und islamischem Religionsunterricht nicht so sehr den rechtlichen Hindernissen zuzuschreiben ist, sondern vielmehr dem islamfeindlichen Klima in Deutschland.²²⁸ In der Tat, der repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid nach, die im Sommer 2010 durchgeführt wurde, haben weniger Deutsche positive Einstellungen zu Muslimen als andere Europäer. Die Umfrage fand heraus, dass 62% der Niederländer, 56% der Franzosen und 55% der Dänen positive Einstellungen zu Muslimen hatten, während nur 34% der ehemaligen Westdeutschen und 26% der ehemaligen Ostdeutschen positive Einstellungen zu Muslime hatten. Dazu kommt, dass 42% der Deutschen die religiösen Praktiken der Muslime stark einschränken wollten, und dass nur etwa die Hälfte der Deutschen es für richtig hielten, dass alle Religionen die gleichen Rechte haben sollten.²²⁹

Trotz dieser islamfeindlichen Gefühle, die in der deutschen Gesellschaft vorhanden sind, unterstützten alle fünf politischen Parteien, die im nordrhein-westfälischen Landtag vertreten waren, Islamkunde als einen Schritt auf dem Weg zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts. Doch die Schulministeriumsbeamtin, die ich interviewt habe, warnte mich davor, dass diese Position die Einsichten der Nordrhein-Westfälischen Bevölkerung nicht widerspiegelte:

...[Islamkunde] ist wahrlich kein Thema mit dem man den Durchschnittswähler in NRW begeistern kann. Es gibt sehr viele Vorurteile und auch eine gehörige Portion Rassismus in unserem Land und es gibt viele, die sagen, "Warum sollen die auch noch Religionsunterricht erhalten?"²³⁰

²²⁸ „Unbehagen am Islam‘ verhindert Entwicklungen im Bereich Religionsunterricht,“ Islamische Gesellschaft Milli Görüs 22. Jan 2011, 7 Jul. 2011 <<http://www.igmg.de/nachrichten/artikel/2011/02/16/unbehagen-am-islam-verhindert-entwicklungen-im-bereich-religionsunterricht?L=.html.html.html%2Fphprojekt%2Flib%2F%2Finclude%2Flib.inc.php.html>>.

²²⁹ Küpper.

²³⁰ NRW Schulministeriumsbeamtin, persönliches Interview, 7 Jul. 2009.

Sie erklärte, dass das Schulministerium nicht einmal alle Lehrer überzeugen konnte, dass islamischer Religionsunterricht eine gute Idee sei, und dass man auch an Schulen mit hoher Anzahl an muslimischen Schülern wegen der Schwierigkeiten in der Auseinandersetzung mit den muslimischen Eltern auf starken Widerstand gegen die Einführung des Islamkundeunterrichts traf.

Trotz dieser Warnungen fand meine Studie heraus, dass im Gegensatz dazu die meisten Schüler, Eltern und Lehrer Islamkunde unterstützen, vor allem an Schulen, an denen sie unterrichtet wird. Alle Schüler, Muslime und nicht-Muslime, an Schulen A und B, außer einer, der sich unsicher war, glaubten, dass Islamkunde eine gute Idee sei. Die muslimischen Schüler an Schule C, wo keine Islamkunde unterrichtet wurde, waren auch ziemlich gut informiert und hatten relativ positive Einstellungen zur Islamkunde. Alle muslimischen Eltern an den Schulen, an denen Islamkunde unterrichtet wurde, hatten positive Einstellungen zum Fach, und obwohl die nichtmuslimischen Eltern sich weniger sicher waren, schien sich niemand aktiv zu widersetzen. Was die Lehrer betrifft so machten nur zwei an Schulen A und B irgendwelche negative Äußerungen dazu, und zwei der drei Lehrer an Schule C, die von Islamkunde gehört hatten, haben sogar den Wunsch geäußert, Islamkunde an ihrer Schule einzuführen.

Meine Studie fand heraus, dass die, die negative Einstellungen zur Islamkunde hatten, weniger Erfahrung mit der Islamkunde hatten und wenige Kenntnisse darüber hatten. Die nichtmuslimischen Eltern an Schule C, an der keine Islamkunde unterrichtet wurde, wussten fast nichts über Islamkunde. Die zwei Lehrer, die negative Aussagen zur Islamkunde machten, arbeiteten erst seit kurzem an Schule B. Diese Erkenntnisse unterstützen den Punkt, den die TNS Emnid Umfragung herausfand, dass 60% der Minderheit der Deutschen, die Kontakt zu

Muslimen haben, diesen Kontakt als “sehr” oder “eher” angenehm empfinden.²³¹ Diese Studie deutet darauf hin, dass Islamkunde da gut akzeptiert wird wo sie eingeführt wird, und je mehr die nordrhein-westfälische Bevölkerung damit Kontakt hat und darüber lernt, desto mehr sie sie akzeptieren und unterstützen wird.

Die Einstellung der deutschen Religionsgemeinschaften gegenüber der Islamkunde war auch bemerkenswert. Wie bereits erwähnt, unterstützten alle muslimischen und christlichen Religionsgemeinschaften die schnellst mögliche Einführung des islamischen Religionsunterrichts, doch diese Einstellung setzte sich nicht in kompletter Unterstützung des Islamkundeunterrichts um. Während DITIB, VIKZ und die evangelische Kirche die Islamkunde als einen Schritt auf dem Weg zum islamischen Religionsunterricht unterstützten, widersetzten sich der ZMD, der Islamrat und die katholische Kirche der Islamkunde, auch als Übergangslösung. Doch basierend auf dieser Studie scheint es unwahrscheinlich, dass diese letzteren viel Unterstützung von der allgemeinen oder sogar der muslimischen Bevölkerung bei ihrem Kampf um den islamischen Religionsunterricht erhalten werden, da diese Studie zeigt, dass viele Lehrer und alle Eltern und Schüler, die teilnahmen, nicht zwischen Islamkunde und islamischem Religionsunterricht unterscheiden konnten. Dazu bestimmten zwei muslimische Lehrer, die zwischen den zwei Formen religiöser Unterweisung unterscheiden konnten, dass sie in der Tat gegen die Transformation des Islamkundeunterrichts zu islamischem Religionsunterricht waren und die unbefristete Fortführung des Islamkundeunterrichts bevorzugten. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die deutschen Politiker und nicht die deutsche Bevölkerung die besten Alliierten der Religionsgemeinschaften sein werden, in ihrem Einsatz für den islamischen Religionsunterricht, und dass die Einführung des islamischen Religionsunterrichts, wenn überhaupt, dann von Oben erfolgen wird. Das soll nicht heißen, dass

²³¹ Küpper.

die allgemeine Bevölkerung sich dem islamischen Religionsunterricht widersetzen wird. Im Gegenteil, da Islamkunde gut akzeptiert ist und der durchschnittliche nordrhein-westfälische Einwohner den Unterschied zwischen Islamkunde und islamischen Religionsunterricht nicht erkennen kann, wird islamischer Religionsunterricht, wenn er eingeführt wird, wohl auf weitere Akzeptanz treffen.

Zukünftige Entwicklungen und Forschung

Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen seit dem Ende der Studie

Der CDU Integrationsminister verkündete am 1. Juni 2009 den Beschluss, einen islamischen Religionsunterricht Schulversuch einzuführen, nach den Vorschlägen der Islamkonferenz. Verschiedene islamische Verbände sollten auf individueller Basis am Erstellen der Lehrpläne teilnehmen.²³² Seit dem 9. November 2010 hat die Schulministerin Sylvia Löhrmann und der Koordinationsrat der Muslime (KRM), in dem alle islamischen Verbände repräsentiert sind, die an dieser Studie teilnahmen, drei Gespräche gehalten über die Möglichkeiten, einen konfessionellen islamischen Religionsunterricht einzuführen.²³³ Am 22. Februar 2011 haben sie eine gemeinsame Erklärung über die Einführung des konfessionellen islamischen Religionsunterrichts unterzeichnet.²³⁴

Diese Erklärung enthält eine Vereinbarung zur Erschaffung eines Beirats, der von Vertretern der KRM sowie von nicht organisierten Muslimen zusammengesetzt ist. Alle

²³² „Durchbruch für islamischen Religionsunterricht in NRW,“ Katholische Nachrichtenagentur 22 Feb. 2011, 7 Jul. 2011 <<http://kirchensite.de/aktuelles/news-aktuelles/datum/2011/02/22/durchbruch-fuer-islamischen-religionsunterricht-in-nrw/>>.

²³³ Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen and Koordinationsrat der Muslime, „Gemeinsame Erklärung des Koordinationsrat der Muslime (KRM) und der Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen über den Weg zu einem bekenntnisorientierten Islamunterricht,“ Düsseldorf, 22 Feb. 2011.

²³⁴ Sylvia Löhrmann, „Die Zukunft des islamischen Religionsunterrichts in NRW,“ Rede der Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, 6 May 2011.

Mitglieder müssen islamischen Glaubens sein,²³⁵ und der Beirat wird die Rolle der deutschen Religionsgemeinschaft, die Rolle der Kirchen ähnlich, und so auch die Rolle der notwendigen religiösen Ansprechpartner erfüllen, um islamischen Religionsunterricht einzuführen. Der Beirat wird unter anderem bei der Erstellung der Lehrpläne und Wahl der Lehrkräfte teilnehmen.²³⁶ Der Beirat wird nur so lange vorhanden sein, bis die Muslime eine rechtlich anerkannte deutsche Religionsgemeinschaft bilden können.²³⁷ Trotz der generellen Akzeptanz der Beiratslösung gibt es einige Gegner aus der nordrhein-westfälischen-muslimischen Bevölkerung. Lamya Kaddor, Vorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes (LIB) und erfahrene Islamkundeführerin, widersetzt sich der Abmachung zwischen dem Staat und der „konservativen“ KRM und verlangt auch im Beirat einen Sitz. Die alivitische Gemeinschaft in Deutschland kritisiert auch die Rolle der KRM als Ansprechpartner des Staats. Das Schulministerium behauptet jedoch, dass der Beirat nicht nur aus Vertretern des KRM bestehen wird, sondern aus Vertretern mehrerer islamischer Strömungen, die in Nordrhein-Westfalen vorhanden sind.²³⁸

Der gemeinsame Regierung-KRM Entschluss, islamischen Religionsunterricht einzuführen, hatte bereits auch rechtliche Auswirkungen. Am 31. März 2011 hat der Landtag einstimmig den Entschließungsantrag mit dem Titel „Der Islam ist ein Teil Deutschlands und Nordrhein-Westfalens,“ der eine Verkündung des Willens des Landtags zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts enthält, verabschiedet.²³⁹ Am 29. Juni 2011 wurde der Gesetzentwurf für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach

²³⁵ Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen and Koordinationsrat der Muslime, „Gemeinsame Erklärung.“

²³⁶ Dominik Reinle, „Islamunterricht ab 2012 in ganz NRW,“ WDR, 2 Mar. 2011, 7 Jul. 2011 <<http://www.wdr.de/themen/kultur/religion/islam/religionsunterricht/beirat.jhtml>>.

²³⁷ „Durchbruch für islamischen Religionsunterricht in NRW.“

²³⁸ Reinle.

²³⁹ Löhrmann.

in Nordrhein-Westfalen im Landtag verlesen. Dieses Gesetz wird Paragraph 132a zum nordrhein-westfälischen Schulgesetz hinzufügen:

Schaffung einer Übergangslösung, die es dem Ministerium für Schule und Weiterbildung erlaubt, Religionsunterricht für Schüler islamischen Glaubens als ordentliches Lehrfach einzuführen, ohne dass sämtliche im Grundgesetz und in der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen geltenden Voraussetzungen erfüllt sind.²⁴⁰

Das Gesetz ist noch in Beratung.²⁴¹

Das Fach "islamischer Religionsunterricht" wird an den rund 130 Schulen anfangen, an denen schon Islamkunde unterrichtet wird. Am Ende des Schuljahres 2010-2011 gab es rund 80 Islamkundelehrer.²⁴² Am 20. Juli 2011 schlossen weitere 50 Lehrer den Islamkunde-Zertifikatskurs ab.²⁴³ Hinzukommen die Absolventen des islamischen Religionsunterrichts Studiengangs an der Universität Münster. Von da aus wird islamischer Religionsunterricht schrittweise erweitert, bis er flächendeckend in Nordrhein-Westfalen eingeführt sein wird.²⁴⁴ Herr Korchinde, der das Programm an der Universität Münster führt, schätzt, dass die flächendeckende Einführung des islamischen Religionsunterrichts in Nordrhein-Westfalen weitere 800 Lehrkräfte benötigen wird.²⁴⁵ Die Schulministerin warnt davor, dass es keinen großen Zuwachs an Lehrkräftenstellen geben wird, da die Zuteilung der Lehrkräfte für den

²⁴⁰ Nordrhein-Westfalen, Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz), Gesetzentwurf, 21 Jun. 2011.

²⁴¹ Nordrhein-Westfalen, Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz), Detailansicht, 20 Oct. 2011
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/II.2/Landtagsdokumentation/Suche/Suchergebnisse_Ladok15.jsp?w=native%28%27+%28+ID+ph+like+%27%271501943/0100%27%27++%29+%27%29&order=native%28%27DOKDATUM%281%29%2FDescend+%27%29&view=detail>.

²⁴² „Löhrmann: ‚Wir wollen einen modernen, schülerorientierten Islamischen Religionsunterricht,“
Islamische Gesellschaft Milli Görüs 10 May 2011, 7 Jul. 2011
<<http://www.igmg.de/nachrichten/artikel/2011/05/10/loehrmann-wir-wollen-einen-modernen-schuelerorientierten-islamischen-religionsunterricht.html>>.

²⁴³ „Erste Islamkundelehrer mit unbefristeter Unterrichtserlaubnis Allah und Mohammed in der Schule,“
Bezirksregierung Münster Zentrale, 21 Jul. 2011, 20 Oct. 2011 <http://www.bezreg-muenster.de/startseite/presse/pressearchiv/2011/20110721_Erste_Islamkundelehrer_mit_unbefristeter_Unterrichtserlaubnis_Allah_und_Mohammed_in_der_Schule/index.html>.

²⁴⁴ Löhrmann.

²⁴⁵ Reinle.

Religionsunterricht auf zwei Stunden pro Kind kalkuliert wird. Wenn man eine neue Religionsunterrichtswahl (also eine Parallelklasse) einführt, sind natürlich weitere Lehrkräfte erforderlich, aber die Schulministerin ist überzeugt, dass das Land diesen Zusatz an Stellen verkraften kann.²⁴⁶ Jedenfalls wird Nordrhein-Westfalen den ersten islamischen Religionsunterricht bereits im Schuljahr 2012-2013 an Schulen, die im Moment Islamkunde unterrichten, einführen können.²⁴⁷ Auf diese Weise wird Islamkunde ihre Übergangsrolle auf dem Weg zum islamischen Religionsunterricht erweitern.

Zukünftige Forschungsmöglichkeiten

Einer der Nachteile meiner Studie ist ihr kleiner Umfang. Nur drei Schulen nahmen teil, und die Mehrheit der Eltern und Kinder hat die Fragebögen nicht beantwortet. Sogar in Michael Kiefers Studie nahmen nur fünf Schulen teil, davon drei in Köln,²⁴⁸ und nur 53.1% der Befragten beantworteten seine Fragebögen.²⁴⁹ Natürlich würde eine größere Studie, die mehr Schulen auch außerhalb Kölns umfassen würde, repräsentativer und dadurch aussagekräftiger sein.

Zudem gibt es mehrere Fragen, die mit Islamkunde und islamischer religiöser Unterweisung generell verbunden sind, und die detaillierter erforscht werden müssen. Zu diesen Fragen gehören die Rechtsfragen, die den islamischen Religionsunterricht berühren und umgeben. Dazu kommen sowohl die Vorschläge der Islamkonferenz in Bezug auf diese Gesetze, als auch die allgemeine Debatte in der Gesellschaft, ob Religionsunterricht überhaupt fortgeführt werden soll, oder ob er mit Ethikunterricht ersetzt werden soll. Zudem sollte das Verhältnis zwischen dem neuen alevitische Religionsunterricht und der Islamkunde,

²⁴⁶ Löhrmann.

²⁴⁷ Reinle.

²⁴⁸ Michael Kiefer, Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen, 195.

²⁴⁹ Michael Kiefer, Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen, 196.

beziehungsweise der geplante Einführung des islamischen Religionsunterrichts in Nordrhein-Westfalen erforscht werden. Zuletzt wäre ein detaillierter Vergleich zwischen den Schulversuchen in verschiedenen deutschen Bundesländern, sowie ein Vergleich zwischen Deutschlands Lösung im Verhältnis zu anderen europäischen Ländern sinnvoll.

ANHANG

Fragebogen für Schüler aus der 4. Klasse [Schule ohne *Islamkunde*]

1. Zu welchem Glaube gehörst du?
katholisch
evangelisch
muslimisch
jüdisch
keinem
2. Gehst du zum Religionsunterricht?
Ja – katholischer Religionsunterricht
Ja – evangelischer Religionsunterricht
Ja – anderer
Nein
3. Hast du von *Islamkunde* gehört?
Ja
Nein
4. Was ist *Islamkunde*?
5. Worin unterscheidet sich *Islamkunde* von katholischem und evangelischem Religionsunterricht?
6. Glaubst du, dass *Islamkunde* eine gute Idee ist? Warum? Warum nicht?
7. Würde die Einführung von *Islamkunde* in deiner Schule etwas für Dich ändern? Wenn ja, was würde sich ändern? Wenn nein, warum würde sich nichts ändern?

Fragebogen für Schüler aus der 4. Klasse [Schule mit *Islamkunde*]

1. Zu welchem Glaube gehörst du?
katholisch
evangelisch
muslimisch
jüdisch
keinem
2. Gehst du zum Religionsunterricht?
Ja – katholischer Religionsunterricht
Ja – evangelischer Religionsunterricht
Ja – Islamkunde
Ja – anderer
Nein
3. Hast du von *Islamkunde* gehört?
Ja
Nein
4. Was ist *Islamkunde*?
5. Worin unterscheidet sich *Islamkunde* von katholischem und evangelischem Religionsunterricht?
6. Glaubst du, dass *Islamkunde* eine gute Idee ist? Warum? Warum nicht?
7. Gehen deine Klassenkameraden zur *Islamkunde*?
8. Gehen deine Freunde zur *Islamkunde*?
9. Mögen die Schüler, die zur *Islamkunde* gehen, das Fach?
10. Welche Auswirkungen hat *Islamkunde* auf Dich?

Fragebogen für die Eltern der Schüler aus der 4. Klasse [Schule ohne *Islamkunde*]

1. Zu welchem Glaube gehört Ihr Kind?
katholisch
evangelisch
muslimisch
jüdisch
anderer
keinem
2. Geht Ihr Kind zum Religionsunterricht?
Ja – katholischer Religionsunterricht
Ja – evangelischer Religionsunterricht
Ja – ein anderer
Nein
3. Haben Sie von *Islamkunde* gehört?
Ja
Nein
4. Was ist *Islamkunde*?
5. Worin unterscheidet sich *Islamkunde* von katholischem und evangelischem Religionsunterricht?
6. Warum glauben Sie, dass *Islamkunde* in einige Schulen in Nordrhein-Westfalen eingeführt wird?
7. Glauben Sie, dass *Islamkunde* eine gute Idee ist? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?
8. Glauben Sie, dass *Islamkunde* die Integration fördert? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?
9. Möchten Sie, dass *Islamkunde* in der Schule Ihres Kindes eingeführt wird? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?
10. Würde die Einführung von *Islamkunde* für Sie oder ihr Kind etwas ändern? Wenn ja, was? Wenn nein, warum nicht?

Fragebogen für die Eltern der Schüler aus der 4. Klasse [Schule mit *Islamkunde*]

1. Zu welchem Glaube gehört Ihr Kind?
katholisch
evangelisch
muslimisch
jüdisch
anderer
keinem
2. Geht Ihr Kind zum Religionsunterricht?
Ja – katholischer Religionsunterricht
Ja – evangelischer Religionsunterricht
Ja – Islamkunde
Ja – anderer
Nein
3. Haben Sie von *Islamkunde* gehört?
Ja
Nein
4. Was ist *Islamkunde*?
5. Worin unterscheidet sich *Islamkunde* von katholischem und evangelischem Religionsunterricht?
6. Warum glauben Sie, dass *Islamkunde* in einige Schulen in Nordrhein-Westfalen eingeführt wird?
7. Glauben Sie, dass die Einführung von *Islamkunde* eine gute Idee ist? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?
8. Glauben Sie, dass *Islamkunde* die Integration fördert? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?
9. Kennen Sie Schüler, die zur *Islamkunde* gehen?
10. Gehen die Freunde Ihres Kindes zur *Islamkunde*?
11. Ist *Islamkunde* von Vorteil für Schüler?
12. Sind Eltern zufrieden, dass *Islamkunde* an der Schule Ihres Kindes angeboten wird?
13. Hat die Einführung von *Islamkunde* etwas für Sie oder ihr Kind etwas verändert? Wenn ja, was? Wenn nein, warum nicht?

BIBLIOGRAPHIE

Altenkamp, Britta. Pressestelle SPD-Landtagsfraktion. 1 Jul. 2009.

“Anzahl der Schulen, erteilter Unterricht und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Islamkunde in deutscher Sprache im Schuljahr 2008/09.“ Düsseldorf: NRW Schulministerium, 2009.

Beamtin des Schulministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen. Persönliches Interview. 7 Jul. 2009.

Becker, Hildegard. “Der organisierte Islam in Deutschland und einige ideologische Hintergründe.” Schriftenreihe Migration, Flüchtlinge, und Integration – Band 14. Ed. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Bonn: Bernd Brümmer, 2005: 62-85.

Barth, Peter. “Islam und Islamismus: Eine Herausforderung für Deutschland.” München: Studiengesellschaft für Friedensforschung e.V., 2003.

Barlett, Patrick. “Germans debate technology v immigration.” BBC. 6 Apr. 2000. 15 Oct. 2011 <<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/704539.stm>>.

CDU. Persönliches Interview. 1 Jul. 2009.

Deutschland. Bundesministerium des Innern. Staat und Religionsgemeinschaften in Deutschland. 19 Dec. 2005. 20 Jul. 2009 <http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/PolitikGesellschaft/KirchenReligion/StaatReligion/StaatReligion_node.html>.

Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Das Integrationsportal: Muslime in Europa. 19 Jul. 2009 <http://www.integration-in-deutschland.de/cln_117/nn_284176/SubSites/Integration/DE/01__Ueberblick/ThemenUndPerspektiven/Islam/Europa/europa-node.html?__nnn=true>.

Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. „Integration“ Integrations-Lexikon 7. Jul. 2011 <http://www.integration-in-deutschland.de/cln_162/nn_278852/SubSites/Integration/DE/04__Service/Lexikon/__Funktion/glossar-catalog.lv2=278880,lv3=974684.html>.

Deutschland. Gesetz über die religiöse Kindererziehung.

DITIB. Persönliches Interview. 16 Jul. 2009.

„Durchbruch für islamischen Religionsunterricht in NRW.“ Katholische Nachrichtenagentur. 22 Feb. 2011. 7 Jul. 2011 <<http://kirchensite.de/aktuelles/news-aktuelles/datum/2011/02/22/durchbruch-fuer-islamischen-religionsunterricht-in-nrw/>>.

“Dutch Courage and the death of Theo van Gogh – Counting the Cost – A usually tolerant country troubled by intolerant Muslim extremism.” The Economist. 31 Aug. 2006. 14 Jun. 2011 <<http://www.economist.com/node/78540110>>.

“EKD & Kirchen“ EKD. 20 Jan. 2010 <<http://www.ekd.de>>.

EkiR. Persönliches Interview. 13 Jul. 2009.

“Erste Islamkundeführer mit unbefristeter Unterrichtserlaubnis Allah und Mohammed in der Schule.” Bezirksregierung Münster Zentrale. 21 Jul. 2011, 20 Oct. 2011 <http://www.bezreg-muenster.de/startseite/presse/pressearchiv/2011/20110721_Erste_Islamkundeführer_mit_unbefristeter_Unterrichtserlaubnis_Allah_und_Mohammed_in_der_Schule/index.html>.

Erzbistum Köln. “AW: Mastersprojekt ueber Islamkundeunterricht.” E-mail. 12 Jun. 2009.

Erzbistum Köln. “AW: Mastersprojekt ueber Islamkundeunterricht.” E-mail. 10 Jul. 2009.

Ewing, Katherine Pratt. Stolen Honor: Stigmatizing Muslim Men in Berlin. Stanford, CA: Stanford University, 2008.

FDP. Persönliches Interview. 1 Jul. 2009.

Fuess, Albrecht. “Islamic Religious Education in Western Europe: Models of Integration and the German Approach.” Journal of Muslim Minority Affairs 27.2 (2007): 215-239.

Galtung, Johan. “A Structural Theory of Integration.” Journal of Peace Research 5.4 (1968): 375-395.

Gebauer, Klaus. “Bildungs- und gesellschaftspolitische Ziel-Ebene.” Islamkunde in Nordrhein-Westfalen: Einige Infos, ed. Bülent Ucar. Düsseldorf: NRW Landesinstitut für Schule, 2007.

Gesemann, Frank. „Die Integration junger Muslime in Deutschland.“ Islam und Gesellschaft Nr. 5. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung, 2006.

Ghadban, Ralph. “Staat und Religion in Europa in Vergleich: Grossbritannien, Frankreich und die Niederlande.” Bundeszentrale für politische Bildung. Jul. 2002. 20 Jul. 2009 <http://www.bpb.de/veranstaltungen/STZS3V,0,Staat_und_Religion_in_Europa_im_Vergleich.html>.

Gordon, Frank J. “The German Evangelical Churches and the Struggle for the Schools in the Weimar Republic.” Church History 49.1 (1980): 47-62.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.

- Habermas, Jürgen. Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992.
- Haug, Sonja, Stephanie Muessig and Anja Stichs. Muslimisches Leben in Deutschland. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2009.
- Heckel, Martin. "Religionsunterricht für Muslime?" Juristenzeitung 54.15/16 (1999): 741-758.
- Helmreich, Ernst Christian. Religious Education in German Schools: An Historical Approach. Cambridge: Harvard University Press, 1959.
- Hildebrandt, Tina. "Auf dem Grat." Der Spiegel. 19 Mar. 2001. 16 Oct. 2011 <<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18758690.html>>.
- Islamrat. Persönliches Interview. 15 Jun. 2009.
- Joppke, Christian. „State Neutrality and Islamic Headscarf Laws in France and Germany.“ Theory and Society 36.4 (2007), 313-342.
- “Katholische Kirche.“ Katholische Kirche. 20 Jan. 2010 <<http://www.katholische-kirche.de>>.
- Kaplan, Ismail. "Start gegeben: Alevitischer Religionsunterricht an den Grundschulen." AABK. 22 Sep. 2008. 20 Jul. 2009 <<http://www.alevi.com/religionsunterricht0+M5baf1cb4474.html>>.
- Kastoryano, Riva. „Religion and Incorporation: Islam in France and Germany.“ International Migration Review 38.3 (2004) 1234-1255.
- Kiefer, Michael. Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen. Münster: Lit Verlag, 2005.
- Kiefer, Michael. "Islamunterricht in den Ländern – Überblick über die Modellversuche." Auf dem Weg zum Islamischen Religionsunterricht. Ed. Michael Kiefer, Eckart Gottwald, and Bülent Ucar. Berlin: Lit Verlag Dr. W. Hopf, 2008.
- “Kirchengemeinden im Erzbistum Köln." Erzbistum Köln. 23 Jan. 2010 <www.erzbistum-koeln.de>.
- Koopmans, Rainer and Paul Statham. „Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism, and the Collective Claims Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany.“ American Journal of Sociology 105.3 (1999) 652-696.
- Küpper, Mechthild. „In Deutschland starke Vorbehalte gegen den Islam.“ Frankfurter Allgemeine Zeitung. 3 Dec. 2010. 7 Jul. 2007 <<http://www.faz.net/artikel/C30923/integration-in-deutschland-starke-vorbehalte-gegen-den-islam-30321063.html>>.

Lachmann, Rainer and Bernd Schröder, eds. Geschichte des evangelischen Religionsunterrichts in Deutschland: Ein Studienbuch. Neukirchen-Vluyn: Neukirchener Verlag, 2007.

Die Linke. Persönliches Interview. 3 Jul. 2009.

„Löhrmann: ,Wir wollen einen modernen, schülerorientierten Islamischen Religionsunterricht.“
Islamische Gesellschaft Milli Görüs. 10 May 2011. 7 Jul. 2011
<<http://www.igmg.de/nachrichten/artikel/2011/05/10/loehrmann-wir-wollen-einen-modernen-schuelerorientierten-islamischen-religionsunterricht.html>>.

Löhrmann, Sylvia. „Die Zukunft des islamischen Religionsunterrichts in NRW.“ Rede der Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen. 6 May 2011.

“Madrid Train Attacks.” BBC. 14 Jun. 2011
<<http://news.bbc.co.uk/2/shared/spl/hi/guides/457000/457031/html/default.stm>>.

Manz, Stefan. “Constructing a Normative National Identity: The Leitkultur Debate in Germany 2000/2001.” Journal of Multilingual and Multicultural Development 25:5-6 (2004) 481-96.

Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen and Koordinationsrat der Muslime. „Gemeinsame Erklärung des Koordinationsrat der Muslime (KRM) und der Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen über den Weg zu einem bekenntnisorientierten Islamunterricht.“ Düsseldorf. 22 Feb. 2011.

“Mohammed Cartoon Row Intensifies.” BBC. 1 Feb. 2006. 14 Jun. 2011
<<http://news.bbc.co.uk/2/hi/4670370.stm>>.

Muckel, Stefan. “Islamischer Religionsunterricht und Islamkunde an öffentlichen Schulen in Deutschland.” Juristenzeitung 56.2 (2001): 58-64.

Mueller, Claus. “Integrating Turkish Communities: A German Dilemma.” Population Research and Policy Review 25.5/6 (2006): 419-441.

Muslims in the European Union: Discrimination and Islamophobia. European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, 2006.

Nitschmann, Johannes. “Koalitions-Streit um Islam-Professor.” WRD.de 31 Dec. 2008. 25 Jul. 2009
<<http://www.wdr.de/themen/kultur/religion/islam/konflikte/kalisch/081231.jhtml>>.

Nordrhein-Westfalen. Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz). Gesetzentwurf. 21 Jun. 2011.

Nordrhein-Westfalen. Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als

ordentliches Lehrfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz). Detailansicht. 20 Oct. 2011
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/II.2/Landtagsdokumentation/Suche/Suchergebnisse_Ladok15.jsp?w=native%28%27+%28+ID+ph+like+%27%271501943/0100%27%27++%29+%27%29&order=native%28%27DOKDATUM%281%29%2FDescend+%27%29&view=detail>.

Nordrhein-Westfalen. Innenministerium. Islamismus-Missbrauch einer Religion.

Nordrhein-Westfalen. Innenministerium. Islamistische Organisationen in Nordrhein-Westfalen. 2007. 18 Oct. 2008. <www.im.nrw.de/verfassungsschutz>.

Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung. Die Ministerien. 21 Jul. 2009
<http://www.nrw.de/Die_Landesregierung/Die_Ministerien/index.php>.

Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung. Nordrhein-Westfalen. 20 Jul. 2009
<<http://www.nrw.de/Nordrhein-Westfalen/index.php>>.

Nordrhein-Westfalen. Landtag. Aufgaben: Parlamentarische Arbeitsgruppe Islam-Dialog (A04/1). 25 Jul. 2009
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/I.1/Ausschuesse/A04_1/aufgaben.jsp>.

Nordrhein-Westfalen. Landtag. Die Fraktionen. 17 Feb. 2010
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/Parlament/Fraktionen.jsp>.

Nordrhein-Westfalen. Landtag. Kommentar zu den bisherigen Landtagswahlen. 21 Jul. 2009
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/Wahlinformationen/Wahlbetaeutungen.jsp>.

Nordrhein-Westfalen. Landtag. 60 Jahre Landtag. 21 Jul. 2009
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/60JAHRE/010_60Jahre_Landtag.jsp>.

Nordrhein-Westfalen. Landtag. Wahlen. 21 Jul. 2009
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/Wahlinformationen/wahlen.jsp>.

Nordrhein-Westfalen. Landtag. Das Wahlsystem. 21 Jul. 2009
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/Land_und_Landtag/wahlsystem.jsp>.

“NRW: Laschet verkündet Islamunterricht – Die Grünen kritisieren.” Migazin. 3 Jun. 2009. 20 Jul. 2009 <<http://www.migazin.de/2009/07/03/nrw-laschet-verkundet-islamunterricht-die-grunen-kritisieren>>.

Professor bei der Universität Osnabrück. Persönliches Interview. 22 Jul. 2009.

Reinle, Dominik. „Islamunterricht ab 2012 in ganz NRW.“ WDR. 2 Mar. 2011. 7 Jul. 2011

- <<http://www.wdr.de/themen/kultur/religion/islam/religionsunterricht/beirat.jhtml>>.
- Richter, Emanuel. "Die Einbürgerung des Islams" Aus Politik und Zeitgeschichte: Muslime in Europa 20 (2005): 3-7.
- "Rheinland." Evangelische Kirche im Rheinland. 23 Jan. 2010 <<http://www.ekir.de/>>.
- Rüttgers, Jürgen. Interview. Netzeitung.de. 27 Apr. 2001. 12 Jul. 2009 <<http://www.netzeitung.de/sport/tennis/141207.html>>.
- Rüttgers, Jürgen. "Nordrhein-Westfalen kommt wieder: Mehr Selbstbestimmung wagen." Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen. 13 Jul. 2005.
- Schulgesetz NRW (Stand 15.4.2011).
- Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht. 2008/09. Statistische Übersicht 369. Düsseldorf: Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nord Rhein-Westfalen, 2009.
- "Selbstdarstellung." Islamrat. 20 Jan. 2010 <<http://www.islamrat.de>>.
- "Selbstdarstellung des Verbandes der Islamischen Kulturzentren und dessen Gemeinden." VIKZ. 20 Jan. 2010 <www.vikz.de>.
- "Selbstdarstellung." Zentralrat. 20 Jan. 2010 <<http://zentralrat.de>>.
- "7 July Bombings." BBC. 14 Jun. 2011 <http://news.bbc.co.uk/2/shared/spl/hi/uk/05/london_blasts/what_happened/html>.
- SPD. Persönliches Interview. 6 Jul. 2009.
- Spielhaus, Riem. "Religion und Identität – Vom Deutschen Versuch "Ausländer" zu "Muslimen" zu machen." Internationale Politik March (2006): 28-36.
- Stein, Thomas. "Wahlkämpfer Rüttgers verteidigt Äußerung "Kinder statt Inder." Berliner Zeitung. 10 Mar. 2000. 12 Jul. 2009 <<https://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2000/0310/none/0084/index.html>>.
- Sternberger, Dolf. "Verfassungspatriotismus." Frankfurter Allgemeine Zeitung 23 May (1979): 1.
- Ucar, Bülent. "Die Akzeptanz des Faches Islamkunde in NRW." Staatlicher Islamunterricht in Deutschland: Die Modelle in NRW und Niedersachsen im Vergleich. ed. Stefan Reichmuth et al. Berlin: Lit Verlag, 2006: 53-60.
- Ucar, Bülent. "Eine Brücke von der Islamkunde zum Islamischen Religionsunterricht in

- Nordrhein-Westfalen.“ Auf dem Weg zum Islamischen Religionsunterricht. Eds. Michael Kiefer, Eckhart Gottwald, Bülent Ucar. Berlin: Lit Verlag, 2008: p. 73-82.
- Ucar, Bülent. Interview. Qantara.de – Dialog mit der islamischen Welt. 2009. 22 Jul. 2009 <http://de.qantara.de/webcom/show_article.php?wc_c=469&wc_id=1025&printmode=1>.
- Ucar, Bülent, ed. Islamkunde in Nordrhein-Westfalen: Einige Infos. Düsseldorf: NRW Landesinstitut für Schule, 2007.
- “‘Unbehangen am Islam‘ verhindert Entwicklungen im Bereich Religionsunterricht.“ Islamische Gesellschaft Milli Görüs. 22. Jan 2011. 7 Jul. 2011 <<http://www.igmg.de/nachrichten/artikel/2011/02/16/unbehangen-am-islam-verhindert-entwicklungen-im-bereich-religionsunterricht?L=.html.html.html%2Fphprojekt%2Flib%2F%2Finclude%2Flib.inc.php.html>>.
- United States. Congressional Research Service report for Congress. The Library of Congress. Muslims in Europe: Integration Policies in Selected Countries. Washington: CRS Web, 2005.
- United States. National 9/11 Commission. The 9/11 Commission Report Final Report of the National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States Executive Summary. 21 Aug. 2004. 14 Jun. 2011 <http://www.9-11commission.gov/report/911Report_Exec.htm>.
- United States. State Department, Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor. “Germany.” International Religious Freedom Report 2010. 17 Nov. 2010. 19 Jun. 2011 <<http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2010/148938.htm>>.
- Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen.
- VIKZ. Persönliches Interview. 2 Jul. 2009.
- Von Dirke, Sabine. “The German Debate on Multiculturalism.” German Studies Review 17.3 (1994): 513-536.
- Wintzer, Friedrich, et al. Praktische Theologie. Neukirchen-Vlyun: Neukirchener Verlag, 1997.
- “Wir über uns.“ DITIB. 19 Jan. 2010 <www.ditib.de>.
- Yakar, Havva et al. Die Schöne Quelle: Islamunterricht in der Grundschule, Klasse 3: helfen und stärken. Köln: Önel Verlag, 2008.
- YV. “Modell startet in Köln und Duisburg. Islamischer Religionsunterricht an nordrhein-

westfälischen Schulen.” Landtag intern 10 (2006) 17.

Zagefka, Hanna and Rupert Brown. „The Relationship between Acculturation Strategies, Relative Fit and Intergroup Relations: Immigrant-Majority Relations in Germany.“ European Journal of Social Psychology 32 (2002), 171-188.

ACADEMIC VITA of Erin M. Collins

Erin M. Collins
8055 Rising Ridge Road
Bethesda, MD 20817
emc230@gmail.com

Education: Penn State University, Fall 2011
M.A. in German
Thesis: *Islamkunde* in North Rhine-Westphalia: A Source of Integration or Division?
Thesis Supervisor: Martina Kolb

Penn State University, Fall 2011
B.A. in German, French and Francophone Studies, and International Studies
Minors in Middle East Studies and Arabic Language
Honors in German
Thesis: *Islamkunde* in North Rhine-Westphalia: A Source of Integration or Division?
Thesis Supervisor: Martina Kolb

Related Experience:

Cultural Assistant with the Center for Arabic Studies Abroad
Supervisor: Dr. Iman Soliman
Summer 2011

Graduate Teaching Assistant with Penn State University
Supervisor: Dr. Richard Page
Spring 2010

Honors Intern with the FBI
Supervisor: Steven Jones
Summer 2008

Academic Awards:

Evan Pugh Award
President's Freshman Award
Dean's List
Phi Beta Kappa
Phi Kappa Phi
Delta Phi Alpha National German Honors Society
Center for Arabic Studies Abroad (CASA) Fellowship
German Academic Exchange Service German Studies (DAAD) Grant
NSEP David L. Boren Scholarship

Language Proficiency: German, French, and Arabic

Study Abroad Experience:

American University in Cairo, Cairo, Egypt
June 2010 – May 2011

Thesis Research, Cologne, Germany
May 2009 – July 2009

AMIDEAST/Mohammed V University, Rabat, Morocco
September 2008 – May 2009

IES/Die Humboldt-Universität, Berlin, Germany
March 2007 – July 2007

IES/L'Université Paris – Sorbonne (Paris IV), Paris, France
September 2006 – January 2007

The Arabic Language Institute, Fez, Morocco
June 2006 – July 2006

Activities:

Penn State Women's Rugby Football Club
English Language Conversation Partner Program Volunteer